

Jahresbericht



2008

Deutsches Institut für Urbanistik

Impressum

Jahresbericht 2008

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Difu

Redaktion & Innenlayout

Steffen Böhm (Praktikant)

Jascha Braun (Praktikant)

Jana Krause (Praktikantin)

Susanna Mayer

Cornelia Schmidt

Sybille Wenke-Thiem (verantwortlich)

Gestaltung Außentitel

Elke Postler

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

G.R.I.M.M. CopyPlot & Digidruck GmbH, Berlin

Bestellung

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH

– Pressestelle –

Straße des 17. Juni 112

10623 Berlin

Telefon: (030) 39001-208/209

Telefax: (030) 39001-130

E-Mail: presse@difu.de

Internet: www.difu.de

Inhalt

Bericht des Institutsleiters für das Jahr 2008	9
Aktivitäten der Institutsleitung	18
Redaktion	25
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	31
Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht	
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	33
1. Abgeschlossene Projekte	
1.1 Konzepte eines integrativen Naturschutzes in Zeiten von Diversitätsverlust u. Nutzungswandel – Landschaftsplanung heute und morgen	35
1.2 Planspiel „Neuordnung des Rechts der Raumordnung“	35
1.3 Städte und Europäische Verfassung	36
1.4 Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt.....	37
1.5 Städtebauliche Begleitforschung – Stadtumbau Ost. Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost	38
2. Laufende Projekte	
2.1 Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Forschungsschwer- punkts „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruch- nahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“ ...	39
2.2 Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeinde- entwicklung	40
2.3 4. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“	40
2.4 Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht	41
2.5 Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen	41
2.6 Bundestransferstelle Soziale Stadt (Baustein IV, Übergangs- mandat, Baustein 2008/2009)	42
2.7 Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen	43
2.8 „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“	44
2.9 Mehr als gewohnt: Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung	45
2.10 Bauleitplanung & Internet	45
3. Weitere Aktivitäten (Auswahl)	46

Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	51
1. Abgeschlossene Projekte	
1.1 Edition Difu „Cluster in der Wirtschaftsförderung“	53
1.2 Mobilfunkgutachten 2007	53
1.3 Umfrage Kommunale Wirtschaftsförderung 2008.....	54
1.4 „Planspiel EA NRW“ (Hilfestellung zur Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie in NRW).	55
1.5 „Kooperation und Vernetzung im Nordosten“, Modul 4: „Die Zusammenarbeit verbreitern: Kooperation im Gesamtraum“ (MORO).....	55
1.6. Kommunalen Investitionsbedarf 2006 bis 2020	56
1.7. Strategisches Investitionsmanagement.....	57
1.8. Städtetypologie auf der Basis der Europäischen Bürgerumfrage 2006	57
2. Laufende Projekte	
2.1 Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government	58
2.2 PPP-Umfrage 2008.....	58
2.3 Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung	59
2.4 Urban Audit Analyse II	60
2.5 Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland.....	61
2.6 Stadtentwicklungskonzept Gewerbe für die Landeshauptstadt Potsdam	62
2.7 COST-Aktion „Urban Knowledge Arena“	62
3. Weitere Aktivitäten (Auswahl).....	63

Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	65
1. Abgeschlossene Projekte	
1.1 Handreichung Verkehrssteuerung	67
2. Laufende Projekte	
2.1 Infrastruktur und Stadtentwicklung	68
2.2 Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft (netWORKS I.....	68
2.3 Fahrradportal	69
2.4 Erfahrungsaustausch mit AG Nahverkehrsplanung der BAG ÖPNV Aufgabenträger.....	70
2.5 Fortbildungsangebot „Fahrradakademie“	71
2.6 Planspiel „Interkommunale Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München“	72
2.7 ParkenBerlin – Parkraummanagement in Berlin.....	72

2.8. Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen insbesondere für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung der Belange des ÖPNV	73
3. Weitere Aktivitäten (Auswahl).....	74

Abteilung Köln

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	77
1. Abgeschlossene Projekte	
1.1 Deutsche Städte und Globalisierung	79
1.2 Difu goes Europe: Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten.....	79
1.3 Regionale Luftreinhalteplanung: Koordinierungsphase	80
1.4 Werkstatt: Lärminderungsplanung	81
1.5 13. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten	81
1.6 Fachtagung „Kommunaler Klimaschutz: Maßnahmen, Erfolge, Perspektiven“	82
1.7 Die Rolle der Kommunen im Rahmen der Optimierung von Stoffkreisläufen am Beispiel von Gasentladungslampen.....	83
1.8 Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen – am Beispiel der Abfallwirtschaft	83
2. Laufende Projekte	
2.1 Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz.....	84
2.2 Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen.....	85
2.3 14. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten.....	85
2.4 Handbuch Stadtklima	86
2.5 UmSicht – Internet-Zeitschrift für den kommunalen Umweltschutz	87
2.6 Fachtagung: Kommunen als Stoffstrommanager – die Abfallwirtschaft auf neuen Wegen	87
3. Weitere Aktivitäten (Auswahl)	88

Arbeitsbereich Fortbildung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	91
1. Überblick	93
2. Fortbildungsaktivitäten des Difu	
2.1 Berlin-Seminare	93
2.2 Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen, Inhouse-Seminare, Difu-Dialoge	94
3. Projektarbeit	
3.1 Laufende Projekte	95
3.2 Abgeschlossene Projekte	96
4. Weitere Aktivitäten (Auswahl)	97

Arbeitsbereich Information und Dokumentation

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	99
1. Datenbanken	
1.1 Literaturdatenbank ORLIS.....	101
1.2 Volltextserver EDOC.....	101
1.3 Umfragedatenbank kommDEMOS	101
1.4 Datenbankprodukte und -dienstleistungen	102
2. Difu-Internetangebote	
2.1 Kontinuierliches Webangebot.....	103
2.2 Projekt-Websites	104
2.3 Nutzung der Difu-Internetangebote	104
3. Servicefunktionen innerhalb des Difu	
3.1 EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung	106
3.2 Bibliothek	106
3.3 Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen	107
4. Kooperationen	107
5. Weitere Aktivitäten	108

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	109
1. Projekt: „Organisation von Fachtagungen zu neuen Anforderungen an die Jugendhilfe im vereinigten Deutschland“ (AGFJ)	111
2. Veranstaltungen.....	112
3. Weitere Aktivitäten	112

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen im Jahr 2008 (nach Autoren)	115
--	-----

Anhang	121
Kurzinformation über das Institut	123
Zuwenderstädte	125
Personalbestand/ Personalveränderungen	129
Abkürzungsverzeichnis	133

Bericht des Wissenschaftlichen Direktors

Aktivitäten der Institutsleitung

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann (Wissenschaftlicher Direktor)
Christina Blödorn
PD Dr.-Ing. Arno Bunzel (Stellvertreter des Wissenschaftlichen Direktors)
Regina Haschke

Studentische Mitarbeiter

Christoph Albrecht
Stephan Matzdorf

Bericht des Wissenschaftlichen Direktors

Das Difu zwischen gesellschaftsrechtlichem Wandel und Leistungskontinuität

Das Jahr 2008 ist durch den formalen Abschluss der gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung des Difu in eine gemeinnützige GmbH, die Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, gekennzeichnet. Dieser aufwendige Arbeitsprozess setzte auf den Vorarbeiten des Jahres 2007 auf, hatte aber noch eine lange und dornenreiche Wegstrecke im Jahr 2008. Diese Situation hat aber kaum zu Leistungseinbußen in den Bereichen Forschung, Fortbildung und Wissensdokumentation geführt. Das Difu war in gleichem Maße fachlicher Partner der deutschen Städte und Gemeinden, war unverändert gesuchter Auftragnehmer und Kooperationspartner im Bereich der Wissenschaft und der generalisierten Beratung von Städten und Gemeinden. Das Difu wurde bei Landes- und Bundespolitik sowie den entsprechenden Ministerien ebenso gehört wie bei den kommunalen Spitzenverbänden, insbesondere den Gremien des Deutschen Städtetages.

Der formale Umstrukturierungsprozess fand seinen Abschluss in dem Beschluss der Mitgliederversammlung des Vereins für Kommunalwissenschaften VfK am 21. Juni 2008 zur Ausgliederung des Deutschen Instituts für Urbanistik aus dem VfK – dort als unselbständige Einheit – in eine gemeinnützige GmbH. Dieser Beschlussfassung war ein langer und intensiver Abstimmungsprozess innerhalb des Vereins für Kommunalwissenschaften, mit der Hauptgeschäftsstelle und den Gremien des Deutschen Städtetages, aber auch mit den institutionellen Förderern Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Senatskanzlei für das Land Berlin vorausgegangen. Alleiniger Gesellschafter ist der Verein für Kommunalwissenschaften. Die Ausgliederung erfolgte rückwirkend zum 1. Januar 2008, was in der Folge erhebliche Zusatzarbeiten in der Haushaltsführung von VfK, Difu und AGFJ (Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im VfK) – bis hin zur Erstellung des kameralen und des kaufmännischen Haushaltsabschlusses – bedeutete.

Der Umstrukturierungsprozess ging einher mit

- a) einer strategischen Neuausrichtung der Aufgaben und Arbeitsfelder des Difu (Abbildung 1),
- b) der Erstellung eines Arbeitsprogramms der Forschung für die Jahre 2009/2010
- c) einer weiteren organisatorischen Anpassung der Binnenstruktur des Difu (Abbildung 2),
- d) einer Integration der „Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, AGFJ“ in das Difu.

Gleichzeitig wurde die zukünftige Rolle der Arbeitsbereichsleiter neu definiert, die über die fachlichen Profilierungs-, Lenkungs- und Koordinierungsaufgaben hinaus auch Aufgaben der Ressourcen- und Personalverantwortung übernehmen werden. Die Berufung der Arbeitsbereichsleiter soll im 2. Quartal 2009 erfolgen.

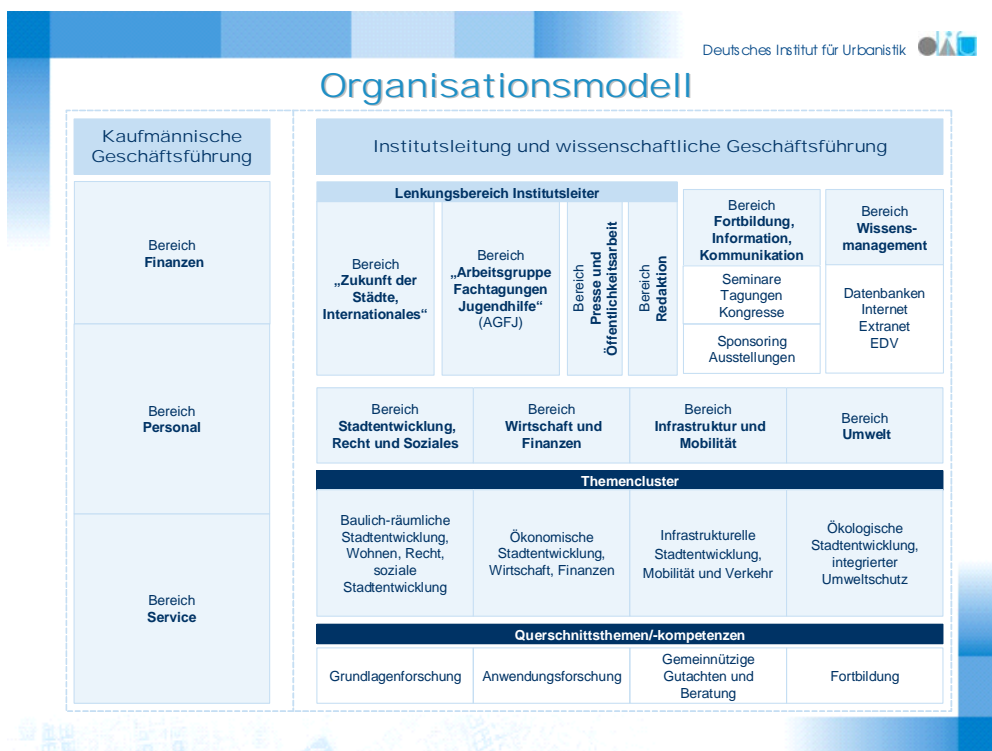
Da in den Jahren 2006 und 2007 eine Reihe wissenschaftlicher Mitarbeiter ausgeschieden ist, deren Stellen zum Teil vorläufig nicht wieder besetzt wurden, zudem in dem Unternehmenskonzept ein mittelfristiger „Aufwuchs“ um drei Wissenschaftlerstellen vorgesehen war und letztlich auch 2009 weitere Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden werden, sollen erfahrene und kompetente Zeitkräfte auf unbefristete Stellen übernommen werden, soweit das fachliche Profil des jeweiligen Mitarbeiters dem fachlichen Strategiekonzept des Difu entspricht und das vorhandene Qualifikationsprofil des Instituts sinnvoll ergänzt. Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wurde 2008 begonnen.

Weiteres Element der Umstrukturierung war der Verkauf des Ernst-Reuter-Hauses durch den Deutschen Städtetag. Für das Difu bedeuten die veränderten Mietkonditionen möglicherweise das Erfordernis eines Standortwechsels. Damit stellte sich schon 2008 die Aufgabe, Mietoptionen zu eruieren. Dies betrifft nicht nur die Büroräume, sondern auch die Räumlichkeiten für die Difu-Seminare. Diese Schritte bedürfen im Jahr 2009 einer engen Abstimmung mit den Zuwendern Bund und Land Berlin.

Abb 1: Themencluster und thematische Schwerpunkte



Abb 2: Organisationsmodell



Die Ausrichtung der Arbeitsschwerpunkte orientierte sich weiterhin vorrangig an den Aufgaben und Problemstellungen der Städte und Gemeinden sowie an den Rahmenseetzungen dafür durch Bund und Länder. Dabei wurde den Schwerpunktverlagerungen Rechnung getragen. Dies wurde im Jahr 2008 durch die thematischen Cluster deutlich: „Nationale Stadtentwicklungspolitik“, „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Soziale Stadt“/„Stadtumbau“, „Infrastrukturbedarf“, „Private-Public-Partnership“, „Verkehrfinanzierung/ÖPNV“, „Fahrradverkehr“, „Kommunaler Klimaschutz“, „Kommunaler Umweltschutz“, „Rolle der Kommunen als Aufgabenträger in der Abfall-/Wertstoffwirtschaft“.

Die verstärkte Akzentuierung der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ durch Bund, Länder und Gemeinden findet auch in den Arbeiten des Difu Niederschlag:

- In dem von der Institutsleitung betreuten Workshop-Prozess „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ sind beispielsweise Schwerpunktthemen in Experten-Workshops inhaltlich und prozessual vertieft worden, um Handlungshinweise für Bund, Länder und Gemeinden abzuleiten. Dabei standen die Themen „Strategien und Handlungsansätze für zivilgesellschaftliches Engagement für die Stadt“ und „Innovationsorientierte Stadtentwicklungspolitik – Voraussetzung und Motor der wirtschaftlichen Entwicklung“ im Vordergrund und sollen in 2009 zum Thema „Klimaschutz und Stadtentwicklung“ vertieft werden. Das Projekt „Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung“ bezieht sich vor allem auf die Beiträge einzelner Ressorts und zeigt Koordinationserfordernisse und -möglichkeiten zwischen den Ressorts zur Förderung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.
- Mit dem Abschluss des Projekts „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt – Anforderungen, Möglichkeiten, Probleme“ sowie mit der Fortführung des vom Bundesamt für Bauwesen, Stadtentwicklung und Raumordnung (BBSR) geförderten Projekts „Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens: Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaft“ behält das Thema „Wohnen“ seine strategische Bedeutung und wird in das Themenfeld Stadtentwicklung unter ökonomischen, sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Gesichtspunkten eingeordnet.
- Auch das abgeschlossene Projekt „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“, das in der Fachöffentlichkeit große Aufmerksamkeit gefunden hat, liefert wichtige Bausteine zur Stadtentwicklung durch Erhaltung und Förderung der städtischen Zentrumsysteme.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik findet ihre instrumentelle Umsetzung unter anderem durch die Förderprogramme der „Städtebaulichen Erneuerung und Entwicklung“, des „Stadtumbaus und des Städtebaulichen Denkmalschutzes“. Da die Umsetzung unter Beachtung der Programmbedingungen durch die Städte und Gemeinden und mit finanziellen Mitteln von Bund, Ländern und Gemeinden erfolgt, haben die folgenden Aufgaben und Funktionen des Difu eine besondere Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung von Städten und Gemeinden:

- Funktion als Bundestransferstelle „Soziale Stadt“,
- Durchführung und Abschluss der Arbeiten zur „Städtebaulichen Begleitforschung – Stadtumbau Ost. Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost“,
- Bearbeitung des Projekts „Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen“ mit einem integrierten Workshopprozess von Vertretern der relevanten Akteure.

Eine zunehmende Bedeutung erfahren auch Fragen der Gesundheit und der sozialen Entwicklung im städtischen Kontext, was beispielhaft Ausdruck findet in den Projekten „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“ (Auftraggeber: Nationales Zentrum Frühe Hilfen/Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung BZgA/Deutsches Jugendinstitut) und „Mehr als gewohnt: Stadtteile machen sich stark für die Gesundheitsförderung“ (Auftraggeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMF).

Die im 3. und 4. Quartal 2008 erkennbare „Finanzmarktkrise“ und in deren Folge „Weltmarktkrise“ wird unmittelbar und mittelbar Folgen für die Städte und Gemeinden haben; dies gilt entsprechend auch für die nationalen Konjunkturpakete. Die Forschungsaktivitäten des Difu im Arbeitsbereich „Wirtschaft und Finanzen“ stellten sich in diesem Zusammenhang als ausgesprochen „perspektivisch“ dar.

- Die Projekte „Cluster in der Wirtschaftsförderung“ und „Umfrage Kommunale Wirtschaftsförderung 2008“ zeigen in ihren Ergebnissen Handlungsansätze zur Wirtschaftsförderung sowie deren Wirkungen. Diese Erfahrungen können gerade zur Konjunkturstabilisierung und zur regionalen/lokalen Wachstumsförderung in und nach einer Weltwirtschaftskrise strategisch und operativ fruchtbar gemacht werden.
- Geradezu eine „Steilvorlage“ der kommunalen Argumente für eine ausgeprägte kommunale Kompetente des Konjunkturpakets II zur Erneuerung und Ertüchtigung der Kommunalen Infrastrukturen erbrachten die Ergebnisse des Vorhabens „Kommunaler Investitionsbedarf 2006 bis 2020“. Dieses Thema wird in der Fokussierung auf ein „Strategisches Investitionsmanagement“ auf der operativen Ebene von Public-Private-Partnership, Nutzerfinanzierung u. ä. vertieft.
- Gewerbeflächenpotenziale und deren Aktivierung bekommen gerade auch im Zusammenhang zügiger und verlässlicher Reaktionsmöglichkeiten eine verstärkte Bedeutung.

Die strategische und operative Positionierung der Städte und Gemeinden im Bereich „Mobilität/Verkehr“ und „Infrastruktur“ – in Verbindung mit Umweltwirkungen – hat in den letzten Jahren sowohl in der Praxis als auch in den Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsaktivitäten des Difu wieder verstärkt an Bedeutung gewonnen.

- In den Themenfeldern wie „Verkehrssteuerung“ und „Fahrradverkehr“ wird deutlich, dass Handlungsstrategien und Maßnahmenansätze erarbeitet und durch Forschungen in ihren Wirkungen untersucht sind, dass aber vielfach die Vermittlung in die Praxis defizitär ist. Dies hat zur Konsequenz, dass in der Arbeit des Difu zunehmend Bedeutung finden:
 - die Erarbeitung von Handreichungen (z.B. „Handreichung Verkehrssteuerung“),
 - die Bereitstellung von Internetportalen (z.B. „Fahrradportal“),
 - Erfahrungsaustausche,
 - Fortbildungsakademien (z.B. „Fahrradakademie“).
- Im Zusammenhang der kommunalen und regionalen Verkehrssystemgestaltung zeigen besondere Erfordernisse einer Weiterentwicklung in den Sachfeldern
 - ▲ „Interkommunale/regionale Verkehrsentwicklungsplanung“ (z.B. in der Region München),
 - ▲ Umsetzungsstrategien von Steuerungsstrategien (z.B. „Parken Berlin – Parkraummanagement in Berlin“)

Hier stehen im Difu gleichermaßen Forschungsarbeiten wie Fortbildungsaktivitäten im Bearbeitungsvordergrund.

Ingesamt gewinnen – u.a. auch zur theoretischen und empirischen Fundierung von Finanzierungsstrategien für Verkehrs-/Infrastrukturanlagen – Analyseaspekte der Kostenentstehung und Kostenanlastung eine zunehmende Bedeutung. In diesem Kontext ist das vom Bundesamt für Bauwesen, Stadtentwicklung und Raumordnung (BBSR) geförderte

Projekt „Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen“ von hoher praktischer Relevanz.

Die veränderten Rahmenbedingungen der kommunalen Entwicklung – z.B. durch demografische Veränderungen, durch Anforderungen an Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung, aber auch Weltwirtschaftskrise – bedeuten insgesamt veränderte Rahmenbedingungen für Kommunale Infrastrukturen, deren Bedarf, Rechts- und Organisationsformen, Finanzierung usw. Das Difu verfolgt derartige Veränderungen seit geraumer Zeit mit verschiedenen Forschungsprojekten.

- Im Projekt „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft (networks II)“ werden technische Lösungsansätze und organisatorische sowie institutionelle finanzielle Implikationen untersucht. Dabei variieren die Lösungsoptionen zwischen zentralen Systemen und „kooperierenden dezentralen Systemen“.
- Das von der Wüstenrot Stiftung finanzierte Projekt „Infrastruktur und Stadtentwicklung“ untersucht die Auswirkungen der veränderten Rahmenbedingungen auf soziale und technische Infrastrukturen im Wechselspiel mit den städtebaulichen Grundstrukturen. Ziel ist die Erarbeitung städtebaulicher Kenn- und Orientierungswerte.
- Das abgeschlossene Projekt „Deutsche Städte und Globalisierung“ (internes Projekt) fokussiert auf die Einflüsse, aber auch die Handlungserfordernisse und Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang der globalen Wirtschaftsentwicklung. Die Effekte sind widersprüchlich und zeigen sich zudem in Städten unterschiedlicher Größe und unterschiedlicher Wirtschaftsdynamik sehr unterschiedlich. Dennoch lassen sich grundsätzliche Handlungsmöglichkeiten auf Bundes-, Landes- und Kommunaler Ebene zeigen. Es ist ein Paradigmenwechsel zur aktiven Steuerung erforderlich.

Auch wenn die kommunalen Handlungserfordernisse und Gestaltungsmöglichkeiten zunehmend von der EU-Ebene und der Bundesebene beeinflusst und festgelegt werden, ist die konkrete Problemlösung im kommunalen Klimaschutz und im kommunalen Umweltschutz wie auch in der kommunalen Ressourcenwirtschaft Aufgabe und Handlungsfeld der Kommunen. Das Difu verfolgt daher seit Jahren in diesem Feld einen breiten Handlungsschwerpunkt.

- Die Ziele des Flächensparens und der Flächenkreislaufwirtschaft finden breite strategische und operative Berücksichtigung in den Teilprojekten des BMBF-Forschungsprogramms REFINA, dessen Koordination das Difu übernommen hat. Durch die Aufgaben der inhaltlichen Koordination und der fachlichen Querauswertung können wichtige Hinweise für Vorgehensweisen, Organisationsformen, Instrumenteneignung abgeleitet und den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Dabei bearbeitet das Difu selbst das Praxisprojekt „Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government“.
- In Kooperation mit Kommunen und dem Regionalverband Ruhr bearbeitet das Difu in engem Bezug zur Umsetzung in die kommunale Praxis und zur landesseitigen Ausgestaltung von Rahmenbedingungen das Projekt „Regionale Luftreinhaltung: Koordinierungsphase“ wie auch die „Werkstatt: Lärminderungsplanung“.
- Die Bedeutung des kommunalen Klimaschutzes findet ihren Niederschlag in der Durchführung der „Fachkongresse der kommunalen Energiebeauftragten“, der Fachtagung „Kommunaler Klimaschutz: Maßnahmen, Erfolge, Perspektiven“ wie auch in der Bearbeitung des vom Umweltbundesamt geförderten Vorhabens „Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen“. Alle Projekte dienen dazu, Handlungswissen für diese zentrale Aufgabe der globalen Entwicklung den Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Im Zuge der zum Teil unreflektiert verfolgten Umsetzung der neuen Steuerungsmodelle in den 90er-Jahren sind insbesondere auch Leistungsbereiche der kommunalen Ver- und

Entsorgungswirtschaft ausgelagert, privatisiert oder in öffentlich-private Kooperationslösungen überführt worden. Eine zunehmend kritische Sicht der unreflektierten Übertragung und der ungleichgewichtigen Lasten- und Vorteilsverteilung führt dazu, dass die Rekommunalisierung dieser Leistungsbereiche wieder eine ernsthafte Option wird – insbesondere, wenn Ver- oder Entsorgungsverträge auslaufen. Mit verschiedenen Projekten versucht das Difu hierzu Entscheidungshilfen zu erarbeiten:

- „Die Rolle der Kommunen im Rahmen der Optimierung von Stoffkreisläufen am Beispiel von Gasentladungslampen“ (Unterstützung von verschiedenen Städten und Firmen Lightcycle),
- Rückübertragung operativer Dienstleistungen auf Kommunen – am Beispiel der Abfallwirtschaft“ (internes Projekt).

Das Spannungsfeld zwischen der kommunalen Gestaltungshoheit auf der einen Seite und der direkt oder indirekt Einfluss nehmenden europäischen Richtlinien auf der anderen Seite findet mit dem Ziel der Verbesserung der Positionen wie auch der Einflussmöglichkeiten der deutschen Städte und Gemeinden in den Arbeiten des Difu besondere Beachtung und wird ab Mitte 2009 durch eine Stelle im Stab der Institutsleitung unterstützt und koordiniert. Projekte in diesem Zusammenhang waren in 2008:

- „Difu goes Europa: Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten“ (internes Projekt),
- „Städte und europäische Verfassung“ (internes Projekt).

Leistungsüberblick

- Im Jahre 2008 wurden zwölf extern und sieben intern finanzierte Projekte abgeschlossen. Die gegenüber 2007 deutlich zurückgegangenen Zahlen sind Ausdruck der Tatsache, dass es gelungen ist, länger laufende Projekte zu akquirieren. Die Zahl der laufenden Projekte ist mit 28 externen und sieben internen Projekten trotz dieser Rahmenbedingungen leicht gestiegen. Dies bedeutet eine Verstetigung der Auftragslage.
- Die Zahl der Veröffentlichungen erhöhte sich leicht von 32 (2007) auf 34 (2008). Dies bedeutete bei den ab 1.7.2008 halbierten Personalkapazitäten eine außerordentliche Leistung. In der Edition-Reihe konnten sogar vier Bände (2007: 3) herausgegeben werden, in der „Difu-Impulse-Reihe“ sechs Bände. Eine zunehmende Bedeutung erlangten thematische Sonderveröffentlichungen.
- Im Jahr 2008 wurden einschließlich AGFJ 34 Veranstaltungen (2007: 35; 2006: 29) mit 2 608 Teilnehmern (2007: 2 050; 2006: 2 488) durchgeführt. Trotz der Belastungen durch die Umstrukturierung konnte eine hohe Zahl gehalten werden.
- Die Internetzugriffe auf 14 Domänen mit rund 16 000 Internet-Seiten bedeuten bei rund 1,3 Mio. Seitenabrufen pro Monat eine weitere Steigerung.

Bundesinteresse an kommunalwissenschaftlicher Forschung

Zentrale Handlungsfelder des Bundes betreffen die Aufgabenbereiche der Kommunen. Im Sinne einer effizienten Gestaltung der Arbeiten und der Nutzung der kommunalen Erfahrungen unterstützt der Bund die Arbeit des Difu als Netzknoten der Stadtforschung sowohl institutionell als auch aufgrund der spezifischen Fachkompetenz des Difu durch die Vergabe von Projekten, die für die kommunale Entwicklung eine besondere Relevanz haben. In diesem Sinne stärken verschiedene Bundesressorts (BMVBS, BMU, BMWi, BMBF, BMG) und deren nachgeordneten Behörden (BBR, UBA, BfN, BZgA) die fachlichen Arbeitsmöglichkeiten des Difu. Dies kommt gleichermaßen dem Bund als auch den Städten und Gemeinden zugute, da einseitige Forschungsansätze vermieden werden.

Durch die engen Kontakte des Difu zu den Städten, Fachreferaten und Fachgremien des DST sind auch immer eine frühzeitige Rückkoppelung mit der Praxis sowie ein wirkungsvoller Transfer in die Praxis gewährleistet.

Wissenschaftlicher Austausch

Neben den im „Wintersemester“ im ca. vierwöchigen Turnus stattfindenden Veranstaltungen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ bieten vor allem die Seminarveranstaltungen und Fachtagungen des Difu die Möglichkeit, aktuelle Arbeitsergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren. Sie stellen zudem auch den Ort für einen Austausch mit (anderen) vortragenden bzw. teilnehmenden Wissenschaftlern dar. Darüber hinaus sind die Wissenschaftler durch ihre Moderations- und Vortragstätigkeiten sowie durch ihre Publikationen in den wissenschaftlichen Diskurs eingebunden. Hinzu kommt die Tätigkeit in Fachgremien des DST, der Gremien kommunaler Spitzenverbände auf Landesebene, in Akademien, Forschungsgesellschaften, Fachorganisationen und in Beiräten von Ministerien auf Bundes- und Landesebene.

Plattformen für den wissenschaftlichen Austausch sind zudem die Kontakte und der Erfahrungsaustausch im Rahmen der Treffen der zehn außeruniversitären raumwissenschaftlichen Institute (10R-Institute) sowie in verschiedenen Fachgremien, Vortragsveranstaltungen und Treffen im fachwissenschaftlichen Bereich Berlin-Brandenburgs. Eine große Bedeutung für den fachwissenschaftlichen Austausch hat das Difu-Engagement in der Working Group on Urban Research von EUROCITIES sowie die Bearbeitung verschiedener Projekte der Europäischen Kommission.

Auch das Interesse internationaler Gesprächspartner und Besuchergruppen an der Arbeit des Instituts zeigt sich an dem konstanten Wunsch, über die Difu-Arbeit informiert zu werden. Dabei steht zum einen der fachliche Austausch im Vordergrund, zum anderen das Interesse an Arbeitsweise und Organisation sowie Finanzierung des Instituts als Modell für ein großes außeruniversitäres Institut der Stadtforschung (Aktivitäten der Pressestelle, S. 31 f.).

Finanzen

Das Haushaltsvolumen des kameralen Abschlusses für das Jahr 2008 lag insgesamt um rund 127 000 Euro über dem Jahresergebnis für 2007.

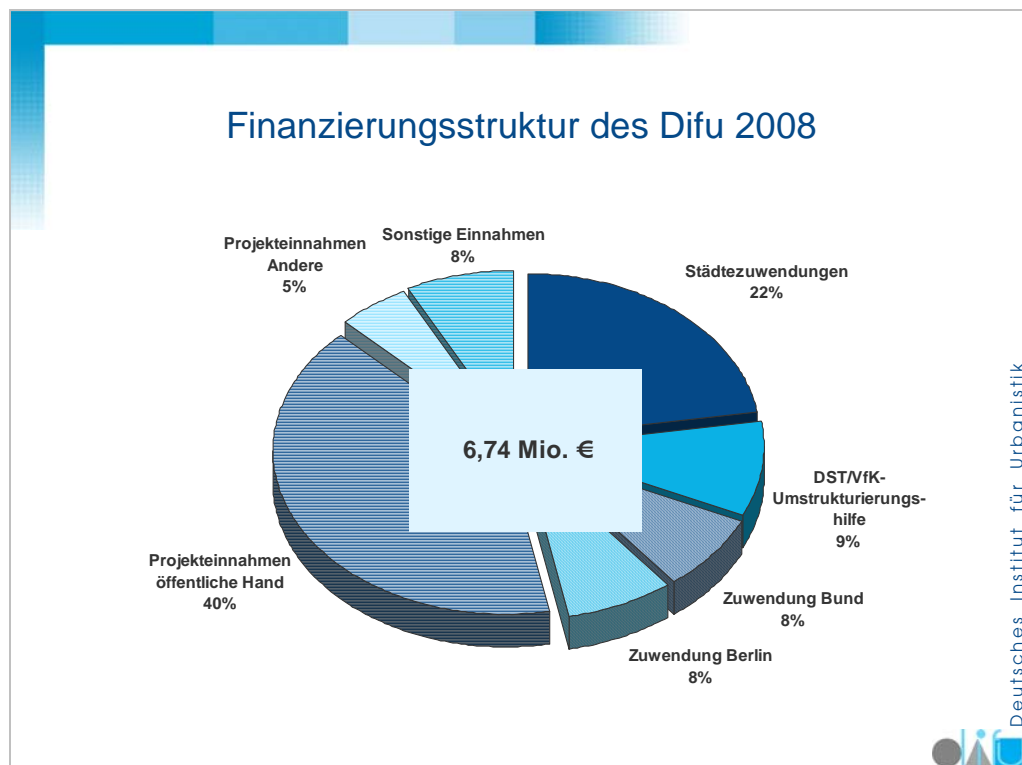
Der Beitrag, den die Zuwerderstädte jährlich an das Difu zahlen, blieb für die Städte unverändert. In der Summe erreichten die Städtezuwendungen mit über 1,5 Mio. Euro damit auch wieder das Vorjahresniveau.

Im Jahr 2008 sind 109 Städte sowie Verbände bzw. Planungsgemeinschaften Zuwerder des Difu gewesen (108 in 2007). Erfreulicherweise konnte die Stadt Plauen für 2008 als neuer Zuwerder gewonnen werden. Die 109 Städte repräsentieren rund 23 Millionen Einwohner.

Durch die Erzielung eines Rechnungsüberschusses konnte ein Teil der Mittel, die im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung durch den Bund und das Land Berlin bereitgestellt wurden, zurückgezahlt werden. Im Ergebnis betragen die Zuwendungen durch den Bund und das Land Berlin 1,14 Mio. Euro.

Der VfK als Gesellschafter des Difu hat im Jahr 2008 keine direkte Zuwendung an das Institut geleistet; die Zuwendungen sind bis zum Jahr 2011 ausgesetzt. Im Gegenzug hat der DST umfangreiche Mittel für die Neustrukturierung der Deutsches Institut für Urbanistik GmbH bereitgestellt, die anteilig für das Jahr 632 000 Euro betragen.

Im Vergleich zu den Vorjahren gibt es einen deutlichen Anstieg der Projekteinnahmen von zuletzt etwa 2,1 auf 3,1 Mio. Euro. Damit ist auch der Anteil der durch Projekte, Veröffentlichungen und Seminare erzielten Einnahmen von zuletzt 46 Prozent auf deutlich über 50 Prozent gestiegen. Dabei ist zu beachten, dass etwa 90 Prozent der Einnahmen aus Projekten Fördermittel des Bundes, der Länder oder der Kommunen sind.



Ausblick

Im Jahr 2009 wird es vorrangig darum gehen, den Prozess der Umgestaltung und Weiterentwicklung des Instituts abzuschließen und durch eine Phase der kreativen Stabilität folgen zu lassen.

Die anspruchsvolle Themenstruktur und das neue Organisationsmodell werden weiter schrittweise ausgestaltet und umgesetzt. So müssen die Aufgaben wie Prüfung und Weiterentwicklung der Gemeinkostenermittlung, der Deckungsgradkontrolle des kontinuierlichen Liquiditätsmanagements sowie der Umzug in 2009 umgesetzt werden.

Der mögliche personelle „Wieder-Aufwuchs“ im wissenschaftlichen Bereich wird abschließend umgesetzt. In der Projektakquise und im Bearbeiten aktueller kommunalrelevanter Themen kann das Institut nur erfolgreich – und zukunftsfähig – sein, wenn es über den dafür notwendigen kompetenten Personalstamm verfügt.

Die erfreuliche Entwicklung im Bereich der marktlichen Einnahmen macht deutlich, dass das Difu sich nicht nur durch sein wissenschaftliches Renommee auszeichnet: Ebenso erfolgreich behauptet sich das Institut mit seinen praxis- und dienstleistungsorientierten Bereichen der Fortbildung, Publikationstätigkeit sowie Datenbereitstellung.

Dieses hohe Niveau zu sichern, weiter auszubauen und jeweiligen Erfordernissen anzupassen, dafür sorgte in den letzten Jahren das gemeinschaftliche, unermüdliche und in der Regel über das zu erwartende Maß hinausreichende Engagement aller Mitarbeiter. Die künftigen Aufgaben erfordern weiterhin einen engagierten und professionellen Einsatz. Die dazu bisher gezeigte Bereitschaft lässt keinen Zweifel daran, dass das Institut auch in der Zukunft ein leistungsstarker verlässlicher Partner für die Kommunen sein wird. Dennoch wird die Institutsleitung dafür Sorge tragen, dass die mehrjährige Anspannung und Überlastung wieder in eine Arbeit mit ausreichender Zeit für strategische Neuorientierungen, methodische Innovationen oder auch neue Partnerschaften überführt wird.

Aktivitäten 2008

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Mitgliedschaften

- Vorsitzender des Beirates für Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).
- Vorsitzender des Beirats für Verkehr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).
- Mitglied des Beirats des Stadtforums Berlin.
- Konsultationspartner der AG „Alternde Gesellschaft“ der Leopoldina/acatech.
- Vorsitzender des Lenkungsausschusses der Arbeitsgruppe „Verkehrsplanung“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
- Mitglied in der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL).
- Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
- Fachgutachter „Verkehr“ bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).
- Mitglied der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V., (DVWVG).
- Mitglied der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL).
- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim „Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung“ (IRS).

Vorträge, Podiumsdiskussionen, Moderationen

- | | |
|----------------|---|
| 10.01.2008 | „Anforderungen an prozessuale und methodische Weiterentwicklungen der Bundesverkehrswegeplanung – ausgewählte Hinweise“, Thesen im Rahmen der internen Klausur „Aktuelle Themen der Verkehrspolitik“ der Arbeitsgruppe Verkehr der Bundestagsfraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“, Berlin. |
| 06.03.2008 | „Demografiekonzept für Berlin – Gestalten – Planen – Chancen nutzen“ – Schlussfolgerungen des Tages – Zusammenfassung und Ausblick, Vortrag im Rahmen der Veranstaltung Demografiekonzept Berlin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin, Rotes Rathaus. |
| 27.03.2008 | Workshop-Prozess „Nationale Stadtentwicklungspolitik“(Vortrag und Moderation), 1. interner Workshop, Berlin. |
| 02.–03.04.2008 | Podiumsdiskussion „Die Zukunft der örtlichen Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen“ im Rahmen des Fachkongresses „Biodiversität, Klima und Demographie – Erhalten und en Wandel gestalten: Die örtliche Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen, Leipzig. |
| 21.04.2008 | „Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020“ – Die wichtigsten Ergebnisse der Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik, Vortrag anlässlich des Kommunalkongresses der Deutschen Bauindustrie, der Deutschen Zementindustrie und des Deutschen Städtetages |

	„Richtig investieren – effizient modernisieren – Mit starken Städten und Gemeinden Deutschlands Zukunft gestalten“, Berlin.	Aktivitäten
15.05.2008	Präsentation zum Difu-Beitritt der Stadt Plauen vor dem Rat der Stadt Plauen.	
19.–20.05.2008	„Die Innenstadt als Motor einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Was ist zu tun? Eine perspektivische Bilanz“, Vortrag im Rahmen des Difu-Seminars „Innenstädte: Trends – Perspektiven – Handlungspotenziale“, Berlin.	
09.06.2008	Workshop-Prozess „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ (Vortrag und Moderation), 1. externer Workshop „Strategie- und Handlungsansätze für zivilgesellschaftliches Engagement für die Stadt: Erfahrung, Anstöße, Akteure, Beispiele“, Berlin.	
10.–11.06.2008	Grußwort zur gemeinsamen Fachtagung: Deutsches Institut für Urbanistik, Deutscher Städtetag und Landeshauptstadt Düsseldorf „Kommunaler Klimaschutz: Maßnahmen, Erfolge, Perspektiven“, Düsseldorf.	
11.–14.06.2008	Vortrag „Die Mitte ist frei – Neue Chancen für das Stadtgrün?“, Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre GALK unter dem Motto: Gesunde Stadt – Gesunde Bürger, Frankfurt am Main.	
25.–26.06.2008	Mitwirkung am Szenarioprojekt „Zukunft der Mobilität 2030“ des Instituts für Mobilitätsforschung (eine Einrichtung der BMW Group). Expertise zum Umfeld „Stadt- und Ballungsraum“, Workshop, Berlin.	
18.09.2008	Workshop-Prozess „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ (Vortrag und Moderation), 2. externer Workshop „Innovationsorientierte Stadtentwicklungspolitik – Voraussetzung und Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin.	
23.–26.09.2008	Podiumsdiskussion zum Thema „Investieren oder verlieren! – Was kommt nach dem GVFG?“, Dialog-Forum der InnoTrans Convention, Berlin.	
29.–30.09.2008	Vortrag „Urban Mobility management framework in Germany“ auf dem Seminar „Umweltzonen und City-Maut“ des DIFU, Berlin.	
08.–10.10.2008	Teilnahme an einer Diskussionsrunde zum Vortrag „Globale Erwärmung – Eine Herausforderung für die FGSV, Anthropogener Treibhauseffekt“ auf Deutscher Straßen- und Verkehrskongress 2008, Düsseldorf.	
16.–17.10.2008	Vortrag „Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtbau Ost – Ergebnisse und Empfehlungen“, Vortrag im Rahmen des Bau- und Verkehrsausschusses des DST, Dessau.	
16.–17.10.2008	Vortrag „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“, im Rahmen des Bau- und Verkehrsausschusses des DST, Dessau.	
16.–17.10.2008	Vortrag „Kommunaler Investitionsbedarf 2006 bis 2020“, Vortrag im Rahmen des Bau- und Verkehrsausschusses des DST, Dessau.	
24.10.2008	Dialog mit Jean-Pierre Orfeuill zum Thema „Mobilität in den europäischen Metropolen von morgen“, Peugeot-Avenue, Berlin.	
27.–28.10.2008	Vortrag „Kinder- und seniorenfreundliche Verkehrssicherheitsarbeit – kommunale Investition in die Zukunft“ auf der Fachtagung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg GmbH, Köln.	
03.11.2008	Workshop-Prozess „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ (Vortrag und Moderation), 2. interner Workshop, Berlin.	

Aktivitäten

- 06.11.2008 Vortrag „Wie sollte es mit dem Stadtumbau weitergehen?“, Tagung des IRS und IWH unter dem Motto: Perspektiven für den Stadtumbau Ost: Was wird aus der lokalen Infrastruktur und den Innenstädten?, Potsdam.
- 11.11.2008 Dialog „Die Leipzig Charta – Europäische Stadtentwicklungspolitik für Berlin“ (Difu, Bln. SenV für Stadtentwicklung, BMVBS, Europäisches Parlament) auf Fachkonferenz „Quartiere als Sozialer Raum – Integrierte Stadtentwicklung in Berlin“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- 19.–21.11.2008 Eröffnungsrede der Fachtagung „Frühe Hilfen interdisziplinär gestalten. Zum Stand des Aufbaus Früher Hilfen in Deutschland“, DIFU, Berlin.
- 26.11.2008 Vortrag „Stadt – Ort der Integration?“ Aufgaben und Chancen der Stadtentwicklung“ auf dem 7. Wohnungspolitischen Kongress in Niedersachsen – „Zuhause bei Fremden? – Integration und Stadtentwicklung, Hannover.

Privatdozent Dr. Arno Bunzel (Stellvertretender Institutsleiter)

Projektleitungen

- Städtebauliche Entscheidungshilfen
- Städte und Europäische Verfassung
- Planspiel „Neuordnung des Rechts der Raumordnung“

Vorträge zu verschiedenen Aspekten städtebaulicher und rechtlicher Fragen der Stadtentwicklung bei Veranstaltungen folgender Institutionen:

- IfS Berlin
- ARL Landesgruppe Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern

Mitgliedschaften

- Mitglied in der Fachkommission Baurecht des DST
- Ständiger Gast des Planungs- und Bauausschusses des DStGB Brandenburg
- Ständiger Gast in der Fachkommission Stadtplanung des DST
- Mitglied der ARL Landesgruppe Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern
- Mitglied der Gesellschaft für Umweltrecht

Mitwirkungen

- Arbeitskreis „Umgang mit dem europäischen Naturschutzrecht bei Vorhaben der Landesentwicklung“ der ARL Landesgruppe Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern

Diese Übersicht stellt einen Teil der Aktivitäten von Dr. Arno Bunzel dar. Weitere Tätigkeiten, die sich aus seiner Funktion des Koordinators des Arbeitsbereiches „Stadtentwicklung und Recht“ ergeben, sind in der Übersicht der Aktivitäten (Seite 47) aufgeführt.

Redaktion

Mitarbeiter und Mitarbeiterin

Klaus-Dieter Beißwenger
Christina Blödorn
Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann

1. Rückblick auf das Jahr 2008

Die Redaktion betreute im Laufe des Jahres zahlreiche Print- und Online-Publikationen, die im Difu-Eigenverlag bzw. im Rahmen von (Drittmittel-)Projekten erschienen sind.

1.1 Im Mittelpunkt von Aktualität und Themenrelevanz: Die Premium-Reihe

In der Premium-Reihe des Instituts „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“ erschienen 2008 vier Bände, die alle überdurchschnittlich große Resonanz fanden und finden – kein Wunder bei den Themen, die für kommunale Akteure und darüber hinaus einige Brisanz aufweisen:

In Band 4 werden aktuelle Untersuchungsergebnisse zum „Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen“ präsentiert. „Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik“ werden in Band 5 aufgegriffen. Obwohl in großen Teilen noch vor „Ausbruch“ der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise konzipiert und erarbeitet, liefert Band 6 „Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung“ eine schlüssige Analyse der aktuellen Umbruchsituation mit ihren Wechselwirkungen und Verflechtungen, ihren Risiken und Chancen. Band 7 mit dem Titel „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“ enthält unter anderem konkrete Empfehlungen für das richtige Vorgehen bei der Ansiedlung von großen Einkaufszentren in Innenstädten.

1.2 Weitere Difu-Reihen und Periodika

In der Reihe „Difu-Impulse“ brachte das Difu 2008 sechs Bände heraus. Sie greifen aktuelle Forschungs- und Tagungsergebnisse zu den Themen „Gebäudeenergieeffizienz“, „Stadtentwicklung“, „Denkmalschutz“, „Kindertagesbetreuung“, „Kommunale Verkehrsplanung und Klimaschutz“ auf.

„Difu-Papers“ vereinen Themenpapiere, praktische Handreichungen, Kurzfassungen, Vorträge sowie Essays. Sie erscheinen je nach Thema und Zielgruppe als Print- oder Online-Version, in englischer oder deutscher Sprache. 2008 erschienen drei Papers: „Circular Land Use Management in Cities and Urban Regions“, „Schneller und einfacher gründen: One-Stop-Shops in deutschen Kommunen“ und „Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven“.

Mit sieben Titeln veröffentlichte das Difu 2008 überdurchschnittlich viele „Sonderveröffentlichungen“, die Forschungsergebnisse aus Difu-Projekten einer breiteren Fachöffentlichkeit vorstellen. Die Themenpalette reicht dabei von den Implikationen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie für die Kommunen über nachhaltiges Flächenmanagement, Raumordnungsrecht und Wissensbilanzen bis hin zu Aspekten von Public-Private-Partnerships.

Die im Difu-Eigenverlag publizierte Reihe „Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)“ griff in ihren beiden Halbjahresheften die Themen „Städtische Kulturförderung“ und „Stadt und Industriekultur“ auf. Für die IMS bestanden im Jahr 2008 927 Abonnements (2007: 878), von ihnen waren 664 zahlungspflichtige Abos (Vorjahr: 573) und 263 Freiabos (Vorjahr: 305).

Bei der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK) ist die Zahl der kostenpflichtigen Abonnements mit 310 fast genauso hoch wie im Jahr 2007 (311). Hinzu kommen 205 Freiabonnements (2007: 198), insbesondere für die Difu-Zuwenderstädte.

Das von Gregor Jekel (Difu) inhaltlich verantwortete Themenheft mit dem Schwerpunkt „Innenstadtwohnen: Herausforderungen für die Städte“ wird im Einzelverkauf überdurchschnittlich gut abgesetzt. Weiterhin hoch ist die Zahl der Zugriffe auf die Internetfassungen der DfK: Auf die deutschsprachige Version (Zusammenfassungen der Beiträge) wurde im Berichtsjahr 67 572 Mal (2007: 62 546 Mal), auf die englischsprachige Volltextfassung 153 833 Mal (2007: 136 814 Mal) zugegriffen. Mit 272 881 Zugriffen auf die DfK-Internetseiten wurde 2008 das zweithöchste Ergebnis seit 2002 erreicht, insgesamt wurden die DfK-Seiten bisher über 1,3 Mio. Mal aufgerufen.

1.3 Projektveröffentlichungen

Zahlreiche vom Difu verantwortete und betreute Veröffentlichungen entstammten auch im Jahr 2008 „großen“ Drittmittelprojekten, allen voran „Bundestransferstelle Soziale Stadt“ und „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“. Diese Publikationen werden dem Auftrag entsprechend auch in der Printversion kostenlos abgegeben.

In Lang- und Kurzfassung, Letztere auch in englischer Sprache, wurde der „Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt“ („Status Report 2008. The Programme ‚Social City‘“) vom Difu erarbeitet und online veröffentlicht. Im Newsletter „Soziale Stadt info“ (Print- und Online-Version) wird über den Fortgang der Programmumsetzung und aktuelle Entwicklungen in den Programmgebieten berichtet. Heft 22 widmete sich dem Schwerpunktthema „Sport im Stadtteil“.

Im Forschungsschwerpunkt REFINA erschienen 2008 jeweils als Print- und Online-Fassungen die beiden Bände „Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen und Projekte des Förderschwerpunkts REFINA“ und „Paths to Sustainable Land Management – Topics and Projects in the REFINA Research Programme“. Die Reihe „Flächenpost – nachhaltiges Flächenmanagement in der Praxis“ stellt in monatlichem Abstand ausgewählte REFINA-Projekte vor und ist seit Herbst 2008 in vier Ausgaben erschienen.

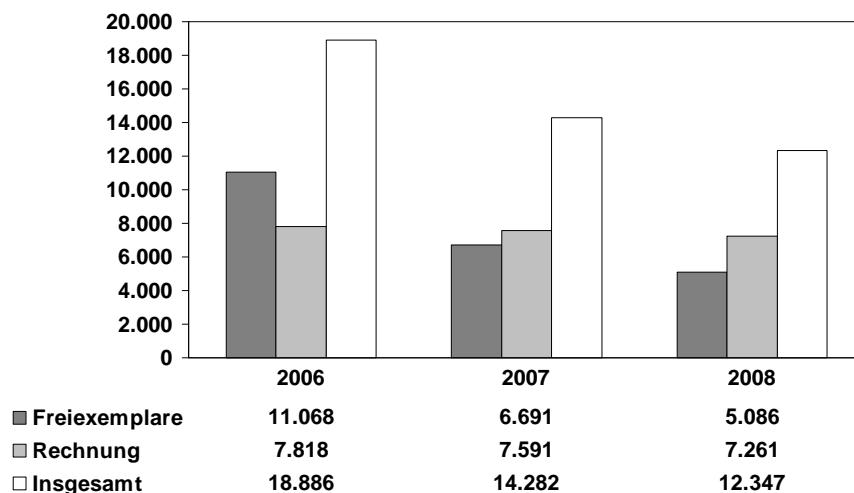
Die Ergebnisse des Forschungsverbundes netWORKS erscheinen größtenteils in der Reihe netWORKS-Papers. 2008 wurden zwei Titel herausgebracht: „Transformation städtischer Wasser-Infrastrukturen: Internationale Erfahrungen“ (netWORKS-Paper, Nr. 25) und „Technische Möglichkeiten der alternativen Gestaltung städtischer Wasser- und Abwasserinfrastruktur“ (netWORKS-Paper, Nr. 24)

2. Der Absatz von Veröffentlichungen im Jahresvergleich

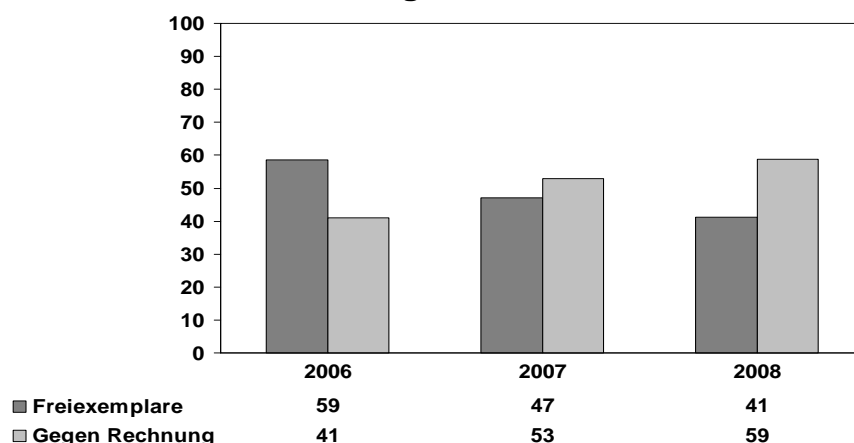
Die Gesamtzahl der veröffentlichten Titel erhöhte sich im Jahr 2008 leicht: von 32 im Jahr 2007 auf 34 in 2008 – keine Selbstverständlichkeit in einem Jahr, das durch die Umstrukturierung des Difu außergewöhnliche Herausforderungen mit sich brachte.

Die Zahl der abgesetzten Printexemplare hat sich insgesamt leicht verringert. Dies rührt vor allem daher, dass die Zahl der Printveröffentlichungen aus Drittmittelprojekten etwas zurückgegangen ist. Da Letztere zumeist kostenlos abgegeben werden und einige Titel in 2008 überdurchschnittlich gut verkauft wurden, hat sich insgesamt das Verhältnis von verkauften zu Freixemplaren weiter verbessert. Der Anteil der gegen Rechnung abgegebenen Publikationen stieg von 41 Prozent in 2006 über 53 Prozent in 2007 auf rund 59 Prozent in 2008.

Abgesetzte Veröffentlichungen im Jahresvergleich



Quote Freiexemplare/Verkaufte Exemplare im Jahresvergleich in Prozent



Die Gesamteinnahmen lagen mit rund 103 000 Euro auf demselben überdurchschnittlich hohen Niveau wie 2007 (2006: 96 000 Euro). Die genannten Einnahmen enthalten wie immer auch jene, die vom Arbeitsbereich „Information und Dokumentation“ erzielt wurden.

Nicht nur die aktuellen Publikationen tragen zum Absatz und Umsatz bei, sondern auch etliche „Klassiker“ aus vergangenen Jahren – damit erweisen sich gleichermaßen Themenaktualität, Themenrelevanz und Zielgruppenspezifität als qualitative Kriterien des Erfolgs der Difu-Publikationstätigkeit.

Ab Seite 115 sind alle Veröffentlichungen von Difu-Autorinnen und Difu-Autoren (Difu-Eigenverlag und externe Verlage) aufgelistet.

Pressestelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mitarbeiterinnen

Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem

Praktikantinnen und Praktikanten

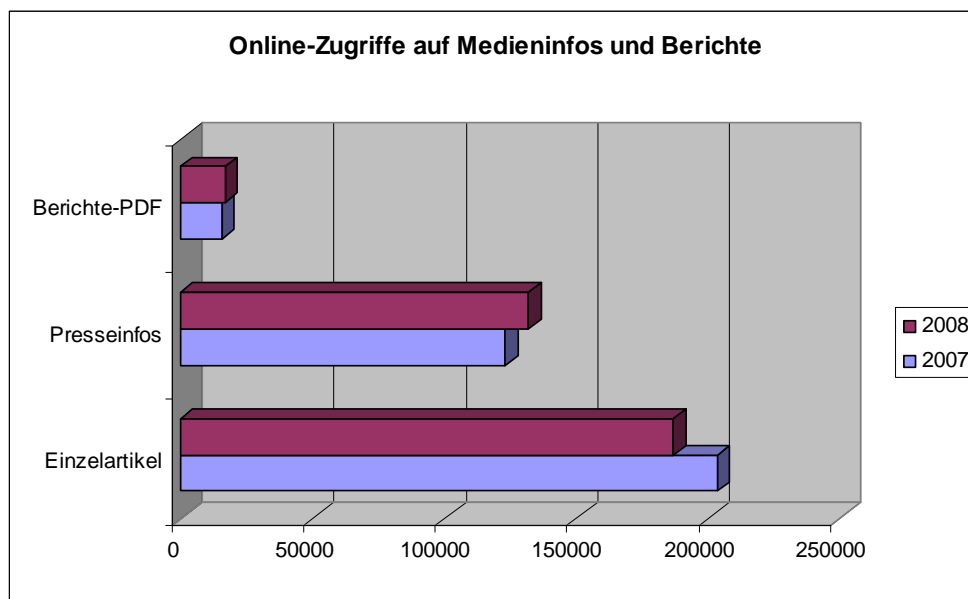
Steffen Böhm
Jascha Braun
Katrin Hunger
Claudia Körner
Jana Krause
Steffen Mielke
Chistine Nickol
Robert Seefeld

1. Aktivitäten im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Difu-Pressestelle informiert Medien und allgemeine Öffentlichkeit über aktuelle Forschungsergebnisse, Veranstaltungen, Veröffentlichungen sowie weitere Institutsaktivitäten. Zudem initiiert und vermittelt sie Gespräche zwischen Medien und Difu-Wissenschaftlern. Tages- und Fachpresse berichteten 2008 ausführlich über das Institut und seine Arbeit. Auch zahlreiche Autorenbeiträge in Fachmedien sowie dem Difu-Newsletter „Berichte“ sorgten für eine umfangreiche Medien-Präsenz des Instituts, die auch in Hörfunk und Fernsehen durch eine Reihe von Interviews hör- und sichtbar war.

2008 berichteten die überregionalen und lokalen Medien intensiv über das Institut. Aktenordner füllen könnte allein die Presseresonanz auf die legendäre Difu-Schätzung zum Investitionsbedarf der Kommunen für die kommunale Infrastruktur bis 2020. Intensiv wurde zudem über die Auswirkungen der Einkaufszentren auf die Innenstädte berichtet wie auch über den Themenkomplex Wohnen in der Innenstadt/Wohnformen/Baugruppen/Townhouses. Als weitere Themen wurden häufig aufgegriffen: die Nutzung von Cluster-Strategien in der Wirtschaftsförderung, Transformation städtischer Wasser-Infrastrukturen, Radverkehrsplanung/Fahrradakademie, Finanzielle Auswirkungen neuer Baugebiete für die Gemeinden, Auswirkungen von Public Private Partnership-Projekten.

Stark nachgefragt waren weiterhin die im Internet-Angebot abrufbaren Difu-Medieninfos, Einzelartikel des Difu-Newsletters „Berichte“ sowie das Gesamtheft als PDF. Diese Informationen bietet das Institut seit 1996 zum kostenfreien Download an. Die Suchfunktion ermöglicht dabei ein zielgerichtetes Recherchieren nach bestimmten Themen.



Die Pressestelle begleitete mit zielgruppenorientiertem Publikationmarketing die Difu-Neuerscheinungen. Wichtig sind auch die Marketing-Aktivitäten der Pressestelle für die jährlich 30-40 Veranstaltungen des Instituts. In dem mittlerweile stark umworbene Markt der kommunalen Fortbildung präsentiert sich das Institut als kompetenter Anbieter kommunaler Fortbildung.

Konzeption, Planung und Durchführung des jährlichen Ansprechpartnertreffens, zu dem sich die Städtevertreter in jeweils wechselnden Städten treffen, war eine weitere Aufgabe

der Pressestelle. Die im Jahr 2008 angebotene Veranstaltung fand am 22. und 23.9.2008 in Mülheim an der Ruhr statt. Workshop-Themen waren in diesem Jahr „Stadtpolitik und neue Wohnformen“, „Große Einkaufszentren – Fluch oder Segen für die Innenstädte?“ „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte in Stadtregionen.“ Darüber hinaus wurden die Kurzvorträge „Wissen und Kreativität als Wachstumsmotoren“, „Kommunaler Klimaschutz“ und „Investitionen in die Infrastruktur“ diskutiert.

Auch die Planung, organisatorische Begleitung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Veranstaltungsserie „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ oblag der Pressestelle. Diese bereits im elften Jahr angebotene Veranstaltungsserie hat sich inzwischen zu einem intensiv genutzten „Termin“ der an Stadtentwicklungsthemen interessierten Community aus Berlin und Brandenburg entwickelt.

2. Kurzüberblick über die Aktivitäten der Difu-Pressestelle

- Beantwortung bzw. Vermittlung der Anfragen aus Medienbereich, Kommunen und allgemeiner Öffentlichkeit.
- Redaktion und Distribution von Medieninformationen und Pressetexten.
- Organisation bzw. Durchführung von Pressegesprächen und -konferenzen.
- Redaktion und Layout der Instituts-Zeitschrift „Berichte.“
- Redaktion und Layout des Jahresberichts.
- Redaktion und Layoutarbeit neuer PR-Materialien.
- Konzeption, Organisation und Durchführung des Difu-Ansprechpartnertreffens.
- Auswertung der Tagespresse und Zusammenstellung des täglichen Pressespiegels.
- Zusammenstellung und Auswertung der Jahrespresseresonanz.
- Redaktion des Difu-Internetangebots.
- Planung und Durchführung der Marketingaktionen für die Difu-Publikationen.
- Planung und Durchführung der Marketingaktionen für die Difu-Veranstaltungen.
- Pflege verschiedener Adressverteiler.
- Organisation und Durchführung verschiedener Ausstellungsaktivitäten/Organisation von Bücher- und Informationstischen/Teilnahme an Veranstaltungen, u. a.:
 - ▲ „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ am 14.10., 12.11. und 3.12. in Berlin (Wenke-Thiem, Schmidt).
 - ▲ DST-Pressesausschuss vom 10.–11.4.2008, Bonn (Wenke-Thiem).
 - ▲ DST-Seminar der städtischen Pressereferenten, 11.–13.6.2008, Bottrop (Wenke-Thiem).
 - ▲ Difu-Institutsausschuss am 21.7.2008 in Berlin (Wenke-Thiem).
 - ▲ DST-Konferenz städtischer Pressereferenten vom 17.–18.9.2008 in Bonn (Wenke-Thiem).
 - ▲ DST-Pressesausschuss am 20./21.11.2008 in Leonberg (Wenke-Thiem).
- Planung und Koordination der Betreuung von Besuchergruppen sowie Pressestellenbesuchern, u.a.:
 - ▲ 29.4: internationale Besuchergruppe des Masterstudiengangs SPRING, Spatial Planning for Regions in Growing Economies, TU Dortmund (Franke, Strauss).
 - ▲ 30.6.: Delegation von Kommunalpolitikern aus Mexiko und Kolumbien (Wenke-Thiem).
 - ▲ 24.9: Forschungsdirektor für Neue Technologien des Instituts INRETS, Frankreich (Bracher, Koerdt).

Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dipl.-Soz. Maja Angelika Arlt (ab 1.7.2008)
Dipl.-Soz. Gesine Bär
Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Dipl.-Ing. Christa Böhme
PD Dr. Arno Bunzel (Koordinator)
Dipl.-Geogr. Thomas Franke
Dipl.-Ing. Franciska Frölich v. Bodelschwingh
Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Ina Kaube
Dipl.-Soz. Detlef Landua (ab 1.6.2008)
Susanna Mayer (bis 31.1.2008)
Dipl.-Ing. Ulrike Meyer (bis 30.9.2008)
Franziska Paiteris (bis 30.6.2008)
Jessika Pluth (ab 1.10.2008)
Dipl.-Ing. Luise Preisler-Holl (bis 31.1.2008)
Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Christa Rothäusler
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje (bis 31.7.2008)
Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss
Dr. Angela Uttke (ab 15.11.2008)

Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Vera Finger
Beate Jaschik
David Männel
Kristin Müller
Alexander Okon
Manuel Ott
Kerstin Petrich
Lars Wagenknecht

Praktikantinnen und Praktikanten

Cathrin Gudurat
Olivia Klimm
Oliver Koszy
Silke Stader
Kerstin Stark
Janin Spigalski

Referendarin

Inga Rosenke-Schwinger

1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Konzepte eines integrativen Naturschutzes in Zeiten von Diversitätsverlust u. Nutzungswandel – Landschaftsplanung heute und morgen

Vom 2.–3.4.2008 trafen sich in der „Konsum Zentrale“ in Leipzig rund 140 Expertinnen und Experten aus Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen, aus Verbänden und Planungsbüros sowie aus der Wissenschaft zu dem vom BfN und Difu gemeinsam veranstalteten Fachkongress „Biodiversität, Klima und Demographie – Erhalten und den Wandel gestalten: Die örtliche Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen“. Vor dem Hintergrund demographischer und wirtschaftlicher Veränderungen und der damit verbundenen neuen Raumstrukturen, des Wandels in der agrarischen Nutzung sowie des Klimawandels wurden die sich aus den veränderten Rahmenbedingungen ergebenden Konsequenzen für die örtliche Landschaftsplanung erörtert und Lösungsansätze für die kommunale Praxis diskutiert. Insbesondere ging es hierbei auch um die kommunale Verankerung der querschnittsorientierten und gesamtgesellschaftlich angelegten Nationalen Biodiversitätsstrategie.

Auftraggeber: Bundesamt für Naturschutz (BfN).

Veröffentlichung: Christa Böhme und Arno Bunzel, Biodiversität, Klima und Demographie – Erhalten und den Wandel gestalten: Die örtliche Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen. Fachkongress 2.–3.04.2008 in Leipzig. Tagungsbericht, Berlin Juli 2008 (www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/landschaftsplanung/tagungsbericht_web.pdf)

Laufzeit: Dezember 2007 bis Juni 2008.

Projektnummer: 10133

Projektbearbeitung: Böhme (PL ab 2/2008), Bunzel.

1.2 Planspiel „Neuordnung des Rechts der Raumordnung“

Nach der Föderalismusreform unterliegt das Recht der Raumordnung der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes. Die vorher bestehende Rahmengesetzgebungskompetenz wurde generell abgeschafft. Daher brachte die Bundesregierung ein Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Raumordnung auf den Weg, das am 13. November 2008 vom Deutschen Bundestag in zweiter und dritter Lesung behandelt und verabschiedet wurde und nach erneuter Befassung des Bundesrates voraussichtlich Anfang Januar 2009 im Bundesgesetzblatt bekannt gemacht wird. Vorbereitend und begleitend zum parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren führte das Difu im Auftrag des BMVBS und des BBR wie bei früheren Novellen im Bereich des Städtebaurechts – ein Planspiel durch. Ziel dieses Planspiels war die Überprüfung des Gesetzentwurfs durch die Normadressaten – also die Träger der Raumordnungsplanung sowie die Raumordnungsbehörden – mit dem Ziel, im Vorfeld des eigentlichen Gesetzgebungsaktes Hinweise zu einer Verbesserung des Gesetzentwurfs zu erhalten.

Das wichtigste Ergebnis des Planspiels ist, dass die mit dem Gesetzentwurf von der Bundesregierung verfolgte Zielsetzung, einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Regelungsrahmen für das Recht der Raumordnung zu erhalten, breite Unterstützung gefunden hat. Begrüßt wurde auch das Konzept, geltende landesrechtliche Regelungen zur Raumordnung in den Ländern, die die bundesrechtlichen Anforderungen ergänzen, grundsätzlich gelten zu lassen, auch wenn hier punktuell Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen lediglich ergänzenden und gleichlautenden Vorschriften erwartet werden. Hervorzuheben ist, dass eine Vielzahl von Anregungen aus dem Planspiel bereits vor Einleitung des parlamentarischen Verfahrens durch die Bundesregierung und später durch das Parla-

ment aufgegriffen wurde. Dementsprechend würdigten die Fraktionen im Rahmen der Ausschussberatungen des Bundestages das Planspiel als beispielgebendes Verfahren der Gesetzesvorbereitung.

Auftraggeber: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVBS) und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Involvierte Regionen: Regierung von Oberbayern, Regionaler Planungsverband München, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, Regionaler Planungsverband Mittleres Mecklenburg/Rostock, Zweckverband Großraum Braunschweig, Bezirksregierung Münster, Regionaler Planungsverband Westsachsen und Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg.

Laufzeit: Oktober 2007 bis November 2008.

Projektnummer: 10130

Veröffentlichungen: Bunzel, Arno, Franciska Frölich- v. Bodelschwingh und Christian Strauss, Planspiel Neuordnung des Rechts der Raumordnung, Ergebnisse und Empfehlungen, eingestellt ins Internet als Sonderveröffentlichung am 12.11.2008 unter www.difu.de/publikationen/.

Projektbearbeitung: Bunzel (PL), Frölich v. Bodelschwingh, Strauss.

1.3 Städte und Europäische Verfassung

Mit diesem gemeinsam mit dem DST durchgeführten Projekt wurde der Frage nachgegangen, wie die kommunalen Belange in europäischen Entscheidungsprozessen besser zur Geltung gebracht werden können. Aufbauend auf einer Befragung ausgesuchter Experten aus Wissenschaft und Praxis wurden die mit dieser Frage verbundenen Aspekte im Rahmen eines Symposiums im Mai 2008 diskutiert, die Ergebnisse dieses Symposiums dokumentiert und ausgewertet und Empfehlungen zu einer verbesserten Beachtung kommunaler Belange in Europa entwickelt.

Das Projekt fand vor dem Hintergrund des im Dezember 2007 verabschiedeten EU-Reform-Vertrags von Lissabon statt. Wenn der Reform-Vertrag durch Ratifikation in allen EU-Mitgliedstaaten in Kraft getreten sein wird, wird er die kommunale Selbstverwaltung an verschiedenen Stellen ausdrücklich herausstellen. Insgesamt bleibt es jedoch auch angesichts dieser Neuregelungen dabei, dass die Belange der Kommunen auf der Ebene der Europäischen Union nur schwach vertreten sind. Die Zahl der Mitgliedstaaten, die wiederum sehr unterschiedliche politische Systeme haben, die entsprechend vervielfachte Zahl der Akteure, die Einfluss auf Entscheidungsprozesse innerhalb der europäischen Kommission zu nehmen versuchen und eine Reihe weitere Faktoren sind erschwerende strukturelle Rahmenbedingungen.

Gemeinsame und vorrangige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln der Kommunen im europäischen Politiksystem ist, dass anstehende Probleme so frühzeitig wie möglich erkannt und analysiert werden müssen, damit Lösungsstrategien und ggf. Datenerhebung rechtzeitig organisiert werden können. Aus dieser Erkenntnis resultiert der Vorschlag, als konzertierte Maßnahme der Kommunalen Spitzenverbände ein periodisch einzuberufendes hochrangig besetztes Expertengremium zu etablieren, in dem aktuelle kommunalwissenschaftliche und kommunalpolitische Themen mit europäischer Relevanz beraten und Empfehlungen hierzu ausgearbeitet werden.

Auftraggeber: Eigenprojekt in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST).

Kooperationspartner: Plan + Recht GmbH, Prof. Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt.

Laufzeit: September 2007 bis September 2008.

Projektnummer: 10131

Veröffentlichungen: Beckmann, Klaus J., Arno Bunzel, Gerd Schmidt-Eichstaedt (Hrg.), Städte im europäischen Verfassungssystem. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums des DST und des Difu am 28.5.2008 in Berlin, Berlin 2009.

Projektbearbeitung: Bunzel (PL), Schmidt-Eichstaedt [ext.].

1.4 Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Seit der Veröffentlichung der Difu-Studie „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ im Herbst 2005 hat in vielen Städten eine intensive Diskussion über die Stadt als Wohnstandort, über die Gründe, die zu einer wachsenden Nachfrage nach dem Wohnen in der Innenstadt führen, und zu den Belegen für einen solchen Trend stattgefunden. Insbesondere mit Bezug auf die Datenlage wurde dabei häufig betont, dass dieser Trend bislang eher ein „gefühlter“ ist, der höchstens in Form von Tendenzen und Indizien seine Spuren in der Statistik hinterlassen hat, darüber hinaus aber keinen belastbaren Niederschlag in den Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung findet.

Das Difu hat im Zuge der Untersuchung „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt“ einen Beitrag zur Festigung der Datenbasis geleistet, indem anhand von sieben Fallstudienstädten unterschiedlicher Bevölkerungszahl und Flächenausdehnung, unterschiedlicher regionaler Lage und Bedeutung als Wirtschaftsstandort sowie unterschiedlicher Wirtschaftskraft und Arbeitsplatzentwicklung der Frage nachgegangen wurde, ob jeweils und in welcher Weise ein positiver Bedeutungswandel des Wohnens in der Innenstadt stattfindet und wie die Stadtpolitik auf einen Bedeutungswandel des Innenstadtwohnens reagiert.

Hierzu wurden im Zeitraum zwischen November 2006 und Mai 2007 Experteninterviews mit Vertretern von Kommunalverwaltungen und Kommunalpolitik, von Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften, von Mietervereinen und Stadtteilvereinen, von Maklerbüros und Investoren sowie der Industrie- und Handelskammern geführt. Ergänzend wurden Daten und Materialien zur Stadtentwicklung, zur Bevölkerungsentwicklung, zur wirtschaftlichen Situation und zu Umweltbelastungen ausgewertet, die von den Kommunen zur Verfügung gestellt wurden.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen zählt unter anderem, dass Wohnungspolitik heute mit einer größeren Bandbreite an inhaltlichen Zielen erfolgt als noch vor wenigen Jahren. Neben die Versorgung sozial benachteiligter Haushalte, die in vielen Städten und Gemeinden angesichts entspannter Wohnungsmärkte inzwischen als weniger drängendes Problem gesehen wird, treten zunehmend Überlegungen, wie in einer Gesellschaft mit sich ausdifferenzierenden Lebensstilen passende Wohnungsangebote in der Stadt zur Verfügung gestellt werden können, wie das Altwerden in der eigenen Wohnung für möglichst viele Menschen gewährleistet werden kann, wie man stärker dem Wunsch eines wachsenden Anteils von Familien nach Wohnen in der Innenstadt gerecht werden kann. Attraktive Wohnlagen in den Innenstädten geraten als „weicher“ Standortfaktor in den Fokus von Stadtmarketing und Identitätspolitik. Die Stabilisierung der Einwohnerzahlen und Schaffung hochwertiger Wohnungsangebote wird angesichts knapper öffentlicher Finanzen als zunehmend wichtiger Beitrag zur Sicherung der fiskalischen Basis kommunaler Selbstverwaltung wahrgenommen.

Auftraggeber/Kooperation: Difu-Projekt in Kooperation mit den Fallstudienstädten Braunschweig, Dresden, Frankfurt am Main, Kassel, Köln, Schwäbisch Gmünd und Wetzlar.

Laufzeit: Juli 2006 bis Dezember 2008.

Projektnummer: 50072

Projektbearbeitung: Jekel [PL], Beckmann (IL), Frölich v. Bodelschwingh, Bunzel.

1.5 Städtebauliche Begleitforschung – Stadtumbau Ost. Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost

Das BMVBS hat in enger Abstimmung mit den Ländern eine Evaluierung des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“ nach sechsjähriger Laufzeit in Gang gesetzt. Im Mai 2008 haben die Gutachter die Ergebnisse der Evaluierung vorgelegt.

Ziel der Evaluierung war es, die Programmfortschritte und Umsetzungsprozesse zu bewerten und auf dieser Basis Empfehlungen für die Fortführung des Stadtumbaus Ost nach 2009 aufzuzeigen. Als Datengrundlagen für die Evaluierung dienten u.a. Begleitdaten zur Städtebauförderung, Erhebungen und Auswertungen zu den Wohnungsanbietern, Experteninterviews mit Akteuren des Stadtumbaus in Bund und Ländern sowie Fallstudien in ausgewählten Stadtumbaukommunen.

Die Evaluierungsergebnisse belegen, dass die Auswahl der Programmgemeinden und die Verteilung der Finanzmittel auf die verschiedenen Gruppen von Städten insgesamt problemadäquat waren, die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte als Planungs- und Durchführungsgrundlage erfolgreich implementiert wurden, praxiswirksame Verfahrensweisen und Strukturen zur Akteursbeteiligung entwickelt wurden. Grundsätzlich wurde mit dem Programm ein Beitrag zu einer Stabilisierung der Wohnungsmärkte geleistet. Bei der Aufwertung der Innenstädte und des innerstädtischen Altbaus sind die Erfolge nicht so eindeutig zu quantifizieren und stehen vielerorts noch am Anfang. Zudem sind diese nicht allein der Programmumsetzung Stadtumbau Ost zuzurechnen. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse empfehlen die Gutachter u.a.:

- den Erhalt des Programms als eigenständigen Bereich der Städtebauförderung und eine Verlängerung der Programmlaufzeit bis 2016,
- die Bereitstellung von Mitteln zur Aufwertung und für den Rückbau in gleicher Höhe,
- die weiterhin flexible Festlegung des Verhältnisses von Rückbau und Aufwertung in den Stadtumbaukommunen und -gebieten entsprechend ihrer Problemlagen,
- eine problemorientierte Verteilung der Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau auf die Länder,
- die Fortführung der pauschalen Förderung von Rückbaumaßnahmen,
- die Aufrechterhaltung der Beschränkung der Rückbauförderung ohne kommunalen Eigenanteil auf Wohngebäude,
- die Fortführung des Ausschlusses von stadtbildprägenden Gebäuden mit Baujahr vor 1918 und denkmalgeschützten Gebäuden aus der Rückbauförderung,
- den grundsätzlichen Erhalt des kommunalen Drittelanteils bei der Aufwertungsförderung,
- die Wiedereinführung der Investitionszulage für Modernisierungsmaßnahmen in Altbaubeständen.

Auftraggeber/Kooperation: BMVBS

Veröffentlichung: BMVBS/BBR (Hrsg.): Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost. Gutachten. Bearbeitung: Difu: Beckmann, Klaus; Meyer, Ulrike; Reimann, Bettina; IfS: Vesper, Jürgen; Aehnelt, Reinhardt; Jaedicke, Wolfgang, Bonn 2008.

www.stadtumbau-ost.info/aktuelles/detail.php?id=58.

Kooperationspartner: IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH.

Laufzeit: März 2007 bis Mai 2008.

Projektnummer: 10123

Projektbearbeitung: Beckmann (PL), Meyer, Reimann, Jekel, Bunzel.

2. Laufende Projekte

2.1 Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Forschungsschwerpunkts „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“

Im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsforschung fördert das BMBF mit dem Förderschwerpunkt „REFINA“ die Entwicklung und Erprobung innovativer Konzepte für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Mit Hilfe dieser Fördermaßnahme sollen unterschiedliche Ziele, wie Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum aber auch sozialgerechte Wohnungsversorgung, städtebauliche Qualität und Mobilität besser in Einklang gebracht werden. Im Dezember 2006 übernahm das Difu mit Unterstützung des BKR Aachen die projektübergreifende Begleitung des Forschungsschwerpunktes, an dem bundesweit 45 Forschungsverbünde und Einzelprojekte beteiligt sind.

Die zentrale Aufgabe der projekt- und fachübergreifenden wissenschaftlichen Begleitung liegt in der Kompetenzbündelung im Forschungsfeld. Durch die Vernetzung der beteiligten Projekte sollen übergreifende, auch auf Programmsynthese zielende Diskussionsprozesse initiiert, moderiert und ausgewertet werden. Insbesondere durch die Identifizierung von Querschnittsthemen, die die Klammer zwischen den Projekten bilden, sollen innovative Lösungsansätze entwickelt werden. In diesem Zusammenhang wurden 2008 neben dem zweiten REFINA-internen Statusseminar (März 08), an dem über 150 Verbundbeteiligte teilnahmen, Workshops zu ausgewählten Querschnittsthemen angeboten: „Standort- und Flächenbewertung“ „Ökonomische Instrumente 2: Werkzeuge für die Ermittlung von kommunalen Folgekosten der Flächeninanspruchnahme“; „Kommunikation 2‘: ‚Kommunikation und REFINA‘. Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren“, „Kommunale Perspektiven im Förderschwerpunkt REFINA“. Mit einem umfangreichen Konzept für Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Broschüre, Flächenpost) verfolgt die Projektübergreifende Begleitung einerseits die Entwicklung abgestimmter Veröffentlichungen, die sich aus der Identifizierung der Anforderungen und Interessen einzelner Zielgruppen ableiten. Andererseits soll die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert werden. Zur integrierten Darstellung und übergreifenden Zusammenstellung der Ergebnisse der Projekte wurden die Internetdomain www.refina-info.de aufgebaut und die vierteljährlich erscheinenden REFINA-News entwickelt. Zur Vernetzung mit internationalen Aktivitäten nahm die projektübergreifende Begleitung an Veranstaltungen in Bulgarien, Italien Polen, Rumänien und den USA teil.

Ausblick: Im letzten Drittel der Laufzeit des Förderschwerpunktes verschiebt sich der Schwerpunkt der Projektübergreifenden Begleitung auf eine Synthese der Ergebnisse sowie auf Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu werden in 2009 unterschiedliche Veröffentlichungen, u.a. Beiträge zur REFINA-Forschung und Handbuch Nachhaltiges Flächenmanagement, herausgegeben und weitere Formen des Wissenstransfers umgesetzt.

Auftraggeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Kooperation: Büro für Kommunal- und Regionalplanung (BKR) Aachen.

Veröffentlichung: Projektübergreifende Begleitung REFINA (Bock, Stephanie; Floeting, Holger; Libbe, Jens; Preuß, Thomas; Zwicker-Schwarm, Daniel): Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen und Projekte des Förderschwerpunktes REFINA.

Laufzeit: Dezember 2006 bis November 2009.

Projektnummer: 10120

Projektbearbeitung: Bock (PL), Becker [AB 3], Beißwenger [Redaktion], Diekelmann [Redaktion] Floeting [AB 2], Grabarse [AB 7], Jekel, Libbe [AB 3], Preuß [AB 3], Reichel [AB 7], Zwicker-Schwarm [AB 2].

2.2 Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung

Die beim Difu angesiedelte Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung wurde 2002 gegründet. Die Arbeitsgruppe verfolgt das Ziel der Integration von Gesundheitsförderung in Programme der Gemeinde- und Stadtentwicklung.

Schwerpunkte der Arbeit in 2008 waren:

- Mitwirkung beim 58. Wissenschaftlichen Kongress des Öffentlichen Gesundheitsdienstes „Öffentliche Gesundheit im sozialen Spannungsfeld“ in Braunschweig am 29.5.2008;
- Vorbereitung, Durchführung und Moderation der Teilveranstaltung „Akteure und Kooperationen für eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklung“ des 14. Kongresses Armut und Gesundheit „Gerechtigkeit schafft mehr Gesundheit für alle!“ am 5.12.2008 in Berlin.

Ausblick: Für 2009 sind die Vorbereitung und Durchführung von Teilveranstaltungen im Rahmen des 59. Wissenschaftlichen Kongresses des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie des 15. Kongresses Armut und Gesundheit vorgesehen.

Auftraggeber: eigenfinanziertes Projekt.

Kooperation: Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Fachhochschule Dortmund, Gesunde-Städte-Netzwerk, Hochschule Magdeburg-Stendal, Institut für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, Techniker Krankenkasse, Technische Universität Berlin, Unabhängige Patientenberatung.

Laufzeit: laufend.

Projektnummer: 10098

Projektbearbeitung: Böhme (PL).

2.3 4. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

Nach bereits drei betreuten Bundeswettbewerben „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ erhielt das Difu auch den Auftrag zur Organisation und Durchführung des 4. Wettbewerbs in dieser Reihe. Der Wettbewerb wird von der BZgA gemeinsam mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung und mit Unterstützung der Kommunalen Spitzenverbände sowie der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen ausgeschrieben. Gesucht werden mit dem 4. Bundeswettbewerb Städte, Kreise und Gemeinden, die mit ihren Aktivitäten zur „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“ ein besonders gutes Beispiel für andere Kommunen geben. Damit stellt der Wettbewerb ausdrücklich eine Thematik in den Mittelpunkt, von der bereits in den zurückliegenden Wettbewerben deutlich geworden ist, dass ein großer Teil der suchtpreventiven Aktivitäten und Maßnahmen in den Kommunen auf sie ausgerichtet ist.

Die vom Difu inhaltlich vorbereitete Ausschreibung zum Wettbewerb startete am 18.9.2008. Bis zum 1.11.2008 – der Frist zur Abgabe einer optionalen Absichtserklärung – signalisierten 81 Städte, Gemeinden und Kreise, am Wettbewerb teilzunehmen. Begleitet wurde die Ausschreibung durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit des Difu (Internetauftritt zum Wettbewerb, Pressemitteilungen, gezielte Ansprache von Teilnehmerkommunen der Vorgängerbewerbe, Mailings u.a.).

Ausblick: Nach Auslaufen der Ausschreibungsfrist nimmt das Difu eine Vorprüfung der eingereichten Wettbewerbsbeiträge vor. Ziel der Vorprüfung ist es, die Entscheidung einer von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung berufenen Fachjury vorzubereiten. Die Jurysitzung findet am

23.3.2009 und die Preisverleihung am 29.6.2009 in Berlin statt. Darüber hinaus wird zur Unterstützung des Ergebnistransfers am 30.6.2009 eine Fachtagung stattfinden.

Auftraggeber: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Veröffentlichung: Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden in einer Dokumentation dargestellt und alle Wettbewerbsbeiträge im Internet veröffentlicht.

Laufzeit: Juni 2008 bis Juli 2009.

Projektnummer: 10137

Projektbearbeitung: Böhme (PL), Bretschneider [ext.], Diekelmann [Redaktion], Grabarse [AB 7], Hollbach-Grömig [AB 2], Kaube, Reichel [AB 7], Reimann, Seidel-Schulze [AB 2].

2.4 Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht

Das Projekt zielt auf die Vermittlung von Anwendungswissen. Die städtebaulichen Aufgabenstellungen, die strukturellen Rahmenbedingungen der Bauverwaltungen, aber auch die rechtlichen Grundlagen unterliegen einem fortwährenden Wandel. Das Difu will durch Vermittlung strategischen und instrumentellen Wissens sowie praktischer Handlungsempfehlungen die betroffenen Aufgabenträger in den Kommunen bei der notwendigen Anpassung ihrer Praxis zum einen durch die Erstellung von Arbeitshilfen und zum anderen durch Seminarveranstaltungen unterstützen. Dabei kann auf Ergebnisse aus diversen empirisch ausgerichteten Forschungsprojekten, vielfältige bilaterale Kontakte mit Bauverwaltungen im gesamten Bundesgebiet sowie auf den Erfahrungsschatz kommunaler Praktiker, die als Autoren gewonnen werden konnten, zurückgegriffen werden.

Im Berichtsjahr wurde die Arbeitshilfe „Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche“ fertig gestellt.

Ausblick: Für das Jahr 2009 ist u. a. eine Arbeitshilfe zu den städtebaulichen Geboten nach dem BauGB geplant.

Auftraggeber: Eigenprojekt.

Veröffentlichungen: Bunzel, Arno, Heinz Janning, Stefan Kruse und Gerd Kühn, Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche, Berlin 2009.

Laufzeit: fortlaufend seit 1995, verlängert bis Ende 2009.

Projektnummer: 10068

Projektbearbeitung: Bunzel (PL).

Auftraggeber: Eigenprojekt

2.5 Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen

Im Rahmen des Forschungsvorhabens „Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen“ wird unter anderem folgenden Fragen nachgegangen:

- Was kann unter „integriertem Handeln“ verstanden werden?
- Welchen Umsetzungsstand hat integriertes kommunales Handeln in Deutschland?
- Inwieweit werden regionale Zusammenhänge in kommunales integriertes Handeln einbezogen?
- Wie wird die Bedeutung integrierten Handelns aus Verwaltungssicht eingeschätzt?
- Welche guten Praxisbeispiele gibt es in Europa?

Methodisch basiert das Projekt auf Sekundäranalysen, einer schriftlichen Umfrage, bei allen Städten und Gemeinden über 20 000 EW sowie allen Städten und Gemeinden unter 20 000 EW, sofern diese an den Programmen Soziale Stadt und/oder Stadtumbau Ost

bzw. West teilnehmen, der Analyse und Systematisierung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten, Interviews in drei Fallbeispielregionen sowie Gruppendiskussionen im Rahmen zweier Workshops.

Ausblick: Die Ergebnisse der Untersuchung sollen sowohl in konkreten Handlungsempfehlungen für kommunale integrierter Stadtentwicklung unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge als auch in übergeordnete Schlussfolgerungen einfließen, die einer Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Integrierte Stadtentwicklung dienen (z.B. Ausgestaltung von Förderprogrammen u.a. im Sinne von Anreizsystemen).

Auftraggeber: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Fallstudienstädte/-regionen: Stadtregionen Dresden, Hamburg und Saarbrücken (Kernstadt plus jeweils sechs Kommunen unterschiedlicher Gemeindegröße im engeren und weiteren Pendlerverflechtungsraum).

Laufzeit: Oktober 2007 bis April 2009.

Projektnummer: 10132

Projektbearbeitung: Franke [PL], Beckmann [IL], Bunzel, Frölich v. Bodelschwingh, Grabow [AB 2], Preuß [AB 3], Strauss.

2.6 Bundestransferstelle Soziale Stadt (Baustein IV, Übergangsmandat, Baustein 2008/2009)

Im Januar 2008 endete der im Oktober 2006 gestartete vierte Leistungsbaustein der Programmbegleitung. Es folgte zunächst ein Übergangsmandat für die Monate Februar und März 2008, dem sich eine neue Beauftragung (Baustein 2008/2009; April 2008 bis Juni 2009) anschloss.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Bundestransferstelle gehörten in 2008 die Begleitung der Modellvorhaben sowie – damit verbunden – die Vorbereitung und Durchführung einer ersten „Regionalkonferenz Soziale Stadt“:

- **Begleitung der Modellvorhaben der Sozialen Stadt:**
Die Möglichkeit, innerhalb des Programms Soziale Stadt auch Projekte und Maßnahmen im nicht-baulichen Bereich zu finanzieren, bietet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung seit dem Jahr 2006 im Rahmen von Modellvorhaben an. Dazu heißt es in der Verwaltungsvereinbarung 2007: „Die Länder können die (...) zusätzlichen Mittel auch für Modellvorhaben in Gebieten des Programms Soziale Stadt einsetzen. (...) Förderfähig sind Vorhaben, welche die Ziele des integrierten Entwicklungskonzepts unterstützen und ohne die Förderung nicht oder nicht im vorgesehenen Umfang verwirklicht werden können“. Im Jahr 2007 wurden etwa 390 Modellvorhaben in rund 230 Programmgebieten gefördert. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen vor allem in den Bereichen Integration von Zuwanderern, Beteiligung, Schule und Bildung, Schule und Bildung, nachbarschaftliches Zusammenleben und andere soziale Aktivitäten. Aufgabe der Bundestransferstelle war es im Jahr 2008 vor allem, alle Modellvorhaben zu systematisieren, gute Beispiele zu identifizieren und deren nähere Untersuchung im Jahr 2009 vorzubereiten (geplante „Good Practice“-Broschüre).
- Die Modellvorhaben standen auch im Mittelpunkt der 1. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt am 27.11.2008 in Mannheim. Die neue Veranstaltungsreihe wurde ins Leben gerufen, um einen intensiveren Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren der örtlichen Ebene sowie der Landes- und Bundesebene zu ermöglichen. Die Konzentration auf jeweils wenige benachbarte Bundesländer (in diesem Falle Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) erlaubte eine vertiefte Diskussion aus regionaler Sicht.

Außerdem gehörten zu den Aufgaben der Bundestransferstelle:

- Weiterführung des Informationstransfers zum Programm Soziale Stadt einschließlich Fortführung, Aktualisierung und Ausbau der Internetplattform www.sozialestadt.de,
- Herausgabe eines „Soziale Stadt infos“ (Nr. 22: Sport im Stadtteil),
- Fertigstellung und Online-Publikation des Statusberichts 2008 zum Programm Soziale Stadt (April 2008).

Auftraggeber: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Veröffentlichungen: Bundestransferstelle Soziale Stadt, Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin, Juli 2008 (www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/).

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Soziale Stadt info 22, Schwerpunkt: Sport im Stadtteil, Berlin, August 2008 (www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/).

Involvierte Städte: Alle Städte mit Programmgebieten der Sozialen Stadt (498 Gebiete in 318 Gemeinden; Stand: 12/07).

Laufzeit: Baustein IV (10/2006 bis 01/2008; Übergangsmandat (02-03/2008); Baustein 2008/2009 (04/2008-06/2009).

Projektnummer: 10136

Projektbearbeitung: Böhme (PL), Franke (PL), Beißwenger [AB 6], Grabarse [AB 7], , Reichel [AB 7], Strauss.

2.7 Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen

Mit der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften widmete die Bundesregierung dem genossenschaftlichen Wohnen und seinen Wirkungen auf gesellschaftliche, stadtentwicklungspolitische und wohnungswirtschaftliche Entwicklungen eine besondere Aufmerksamkeit. Grundlegendes Ziel dieser Aktivitäten war es, das selbst bestimmte genossenschaftliche Wohnen als dritte tragende Säule des Wohnungsmarktes neben Miete und Wohneigentum weiterzuentwickeln und die Zukunft der genossenschaftlichen Idee zu sichern. Die im Rahmen der Expertenkommission aufgestellten Empfehlungen sollten dazu dienen, den Wohnungsgenossenschaften Wege aufzuzeigen, wie sie sich den neuen Herausforderungen stellen können, die im Zuge gesellschaftlicher Veränderungsprozesse auf sie zukommen.

Mit der Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften soll nun aufgezeigt werden, welche Wirkungen die Arbeit der Expertenkommission auf die Stärkung und Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Wohnens hatten und inwieweit die öffentliche Wahrnehmung der Leistungen von Wohnungsgenossenschaften gestärkt wurde. Als Ergebnis des Projekts soll eine Bewertung der von den zentralen Akteuren verfolgten Strategien und durchgeführten Maßnahmen vor dem Hintergrund der jeweiligen Wohnungsmärkte, der wohnungswirtschaftlichen Rahmenbindungen sowie der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse vorgenommen werden. Darüber hinaus soll eine Zwischenbilanz zum Erfolg der Maßnahmen und Anstöße des Bundes zur Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Wohnens gezogen werden.

Im bisherigen Projektverlauf wurden die erhobenen Daten, Informationen und Analyseergebnisse unter anderem aus der schriftlichen Genossenschaftsbefragung und den durchgeführten Experteninterviews zusammengeführt und mit dem Ziel bewertet, einen Gesamteindruck über Breitenwirkung und Nachhaltigkeit der Empfehlungen zu erhalten. Dies geschah entlang der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossen-

schaften anhand thematischer Schwerpunktsetzungen, die in der Anfangsphase des Projekts in einem mehrstufigen Abstimmungsprozess vereinbart wurden.

Ausblick: Als nächstes wird als wichtiger Schwerpunkt die Rolle der Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik untersucht. Im Ergebnis sollen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens durch die wohnungswirtschaftlichen Verbände sowie die verschiedenen Ebenen des föderalen politischen Systems in Deutschland formuliert werden.

Auftraggeber: Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung (BMVBS)

Fallstudienstädte/involvierte Städte: Zusatzbefragung im Rahmen der Difu-Kommunalbefragung 2008.

Laufzeit: Januar 2008 bis November 2009

Projektnummer: 10134

Projektbearbeitung: Jekel (PL), Bock, Bunzel, Rothäusler

2.8 „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“

Das Vorhaben wird vom BMFSF gefördert und ist Bestandteil des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“.

Entscheidend für die Qualitätsentwicklung von Frühen Hilfen ist eine aufeinander abgestimmte Kooperation von Einzelansätzen im Rahmen regionaler Hilfenetze. In diesem Zusammenhang kommt den kommunalen Steuerungsbehörden wie Jugend- und Gesundheitsämtern eine besondere Bedeutung zu. Bislang liegen in Deutschland jedoch nur wenige Informationen darüber vor, welche Formen der fachübergreifenden Zusammenarbeit sich in der Praxis bereits etabliert und bewährt haben. Mit dem Projekt sollen deshalb die vorhandenen Kooperationsformen zwischen Jugend- und Gesundheitsämtern eingehender untersucht werden.

Die Zielstellungen des Projekts werden über zwei getrennte Teiluntersuchungen mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten im Themenfeld Früher Hilfen umgesetzt: Die Feldarbeiten der ersten Teiluntersuchung beginnen Ende 2008. Im Rahmen der ersten Teiluntersuchung werden dabei durch eine postalische Befragung aller Jugend- und Gesundheitsämter Informationen zu Kooperationsformen und Vernetzungsstrategien der beiden Systeme (Jugendhilfe und Gesundheitswesen) erhoben.

Ausblick: Die zweite Teiluntersuchung wird Mitte 2009 durchgeführt und stellt vertiefende Fragen nach der Angebotsstruktur einzelner Projekte sowie zu den eingesetzten Materialien und Instrumenten im Bereich Früher Hilfen in den Mittelpunkt.

Auftraggeber/Kooperation: Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH); Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und Deutsches Jugendinstitut (DJI).

Veröffentlichungen: Landua, Detlef und Kerstin Landua – „Standpunkt: Damit Frühe Hilfen nicht zu spät kommen ... Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe am Difu wird erweitert.“ in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Berichte – Projekte, Veröffentlichungen und Positionen des Difu, Heft 3/2008, Berlin.

Laufzeit: Juni 2008 bis April 2010.

Projektnummer: 10138

Projektbearbeitung: Landua (PL), Arlt, Beckmann [IL].

2.9 Mehr als gewohnt: Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung

Mit dem Projekt sollen Strukturen, Abläufe und Projekte gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklung weiterentwickelt und evaluiert werden. Der Setting-Ansatz der Gesundheitsförderung wird im Rahmen des Projekts mit Verfahren der Stadtteilentwicklung verbunden, die sich insbesondere bei der Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ bewährt haben. Im Ergebnis soll ein praxistaugliches Verfahren zur Implementation von Primärprävention für die Zielgruppen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erarbeitet werden, das vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen einsatzfähig ist. Erprobt wird das Ganze in drei Stadtteilen: Fürth-Innenstadt, Halle-Silberhöhe und Hamburg-Altona-Lurup. In allen drei Fallstudien wurden gemeinsam von lokalen Akteuren (Fachverwaltung, Kommunalpolitik, Quartiermanagement, Krankenkassen) und Begleitforschung des Difu besondere Herausforderungen für die gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung identifiziert. Insbesondere sind dies:

- Verzahnung gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklung mit Ansätzen und Praxis sozialer Stadtteilentwicklung,
- Aufbau einer Kooperation zwischen Kommunen, Krankenkassen(verbänden) und weiteren Stadtteilakteuren,
- Entwicklung und Qualifizierung von Projekten, die sich für die Gesundheitsförderung in sozial benachteiligten Stadtteilen besonders eignen.

Um sich diesen Herausforderungen stellen zu können, wurden in den Fallstudien Qualitätselemente der gesundheitsförderlichen Stadtteilentwicklung abgestimmt, die im Projektverlauf konkretisiert und erprobt wurden. Nach über zweijähriger Laufzeit des Projekts ist es gelungen, wesentliche Qualitätselemente für die Gesundheitsförderung in den Stadtteilen zu implementieren, wobei der Schwerpunkt hierbei bislang auf der Qualifizierung der strategischen Ausrichtung sowie der Konzept- und Strukturentwicklung lag.

Ausblick: In den verbleibenden sieben Monaten der Projektlaufzeit wird der Schwerpunkt auf der Evaluation von Einzelmaßnahmen und -projekten sowie auf der Gesamtevaluation und der Erstellung des Abschlussberichtes liegen. Vor der Gesamtbewertung werden die Evaluationsergebnisse in den Fallstudien sowie mit den beteiligten Krankenkassen diskutiert, so dass dem Ansatz einer partizipativen und diskursiven Evaluation Rechnung getragen wird.

Auftraggeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Kooperationspartner: BKK Bundesverband, Techniker Krankenkasse, Städte Halle, Hamburg, Fürth.

Fallstudienstädte/Involvierte Städte: Halle, Hamburg, Fürth.

Laufzeit: August 2006 bis Juli 2009.

Projektnummer: 10117

Projektbearbeitung: Reimann (PL), Bär, Böhme.

2.10 Bauleitplanung & Internet

Seit August 2004 enthält das BauGB in § 4a Abs. 4 eine Regelung zur Nutzung von elektronischer Informationstechnologie im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung. Im Projekt Bauleitplanung & Internet soll ein erster Überblick über die bisherigen Erfahrungen und Probleme der Kommunen mit der Umsetzung dieser Regelung in der täglichen Planungspraxis gegeben werden.

Im Mittelpunkt der ersten Projektphase standen eine schriftliche Umfrage sowie eine Internetrecherche zu vorhandenen Beispielen von „elektronischen“ Beteiligungsverfahren in der Bauleitplanung. Im Rahmen der schriftlichen Umfrage wurde ermittelt, welche Kommunen bereits über Erfahrungen mit dem Einsatz elektronischer Informationstechnologien im Rahmen der Bauleitplanung verfügen und auf welche rechtlichen, technischen und organisatorischen Probleme sie dabei gestoßen sind. In einem zweiten Schritt ist eine vertiefende Betrachtung ausgewählter Fallbeispielkommunen vorgesehen, in denen bereits umfangreichere Erfahrungen mit der Umsetzung der Neuregelung des § 4a Abs. 4 BauGB vorhanden sind.

Die schriftliche Umfrage wurde quantitativ ausgewertet; eine Bewertung der Ergebnisse soll während der Weiterbearbeitung in 2009 erfolgen. Erste Zwischenergebnisse und Tendenzaussagen wurden im April 2006 im Rahmen der Fachtagung „Bauleitplanung & Internet“ vorgestellt.

Ausblick: Der Abschluss des Projekts ist für 2009 geplant.

Auftraggeber: Eigenfinanziertes Projekt.

Fallstudienstädte: Erhebung in 289 Städten und Gemeinden.

Veröffentlichung: Die vollständigen Ergebnisse des Projekts sollen im ersten Halbjahr 2009 im Internet veröffentlicht werden. Bunzel, Arno, Internet und Bauleitplanung – Rechtliche Grundlagen für die Nutzung elektronischer Informationstechnologien im Bauleitplanverfahren, in Baurecht, Heft 2 2008, S. 301–312.

Laufzeit: Juni 2005 bis Juni 2009.

Projektnummer: 10111

Projektbearbeitung: Strauss (PL), Bunzel, Grabow [AB 2], Rothäusler.

3. Weitere Aktivitäten (Auswahl)

- Mitglied im Fachbeirat für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Bock).
- Vortrag „Research for the Reduction of Land Consumption and for Sustainable Land Management (REFINA)“ im Rahmen der 1st German-Romanian Conference on Research for Sustainability am 3.6.2008 in Bukarest (Bock).
- Vortrag „Strategies to Reduce Land Conversion in Germany – The REFINA Project“ am 23.7.2008 bei dem Workshop „Governing Farmland Conversion in the Quest for Sustainability – Comparing China and Germany“, veranstaltet vom Fachgebiet Ressourcenökonomie der HU Berlin gemeinsam mit der Nanjing Agricultural University (Bock).
- Input und Moderation der Session „From Land Consumption to Sustainable Land Use – Challenges and Research Contributions REFINA“ am 25.11.2008 im Rahmen des 5. BMBF Forums zur Nachhaltigkeit „Research for Sustainability – Driver for Innovation“ (Bock).
- Vortrag „Umsetzung nachhaltiger Siedlungsentwicklung“ am 6.11.2008 in Emsdetten bei dem Kongress „Boden-Schatz 2008. Nachhaltige Flächennutzung im Kreis Steinfurt“ (Bock).
- Vortrag „Gender-Perspektiven im demografischen Wandel. Chancen und Herausforderungen“ am 22.11.2008 bei der Landesfrauenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen Berlin (Bock).
- Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung (AGGSE) beim Difu (Böhme).
- Mitglied des beratenden Arbeitskreises „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ der BZgA (Böhme).

- Mitglied im Forschungsbeirat zum Projekt „Strukturbildung für Prävention und Gesundheitsförderung in einem sozial benachteiligten Quartier“ des Instituts für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (Böhme).
- Mitglied der Jury zum KfW-Award 2008 „Europäisch Leben – europäisch wohnen“ mit dem Jahresthema „Gemeinschaftliches Bauen und Leben in der Stadt – Eigentum kreativ und kostengünstig gestalten“ (Böhme).
- Mitglied der Vorjury zum Preis Soziale Stadt 2008 (Böhme).
- Vortrag „Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt“ im Rahmen des Internationalen Symposiums „Perspektive Gesundheit“ am 18.4.2008 in München (Böhme).
- Vortrag „Gesundheitsförderung in benachteiligten Stadtquartieren: Erfahrungen aus dem Programm Soziale Stadt“ beim 58. Wissenschaftlichen Kongress des Öffentlichen Gesundheitsdienstes „Öffentliche Gesundheit im sozialen Spannungsfeld“ in Braunschweig am 29.5.2008 (Böhme).
- Vortrag „Mehr als gewohnt. Stadteile machen sich stark für Gesundheitsförderung – Zwischenbilanz eines Forschungsprojekts“ auf der Jubiläumstagung der HAGE in Wiesbaden am 11. 9.2008 in Wiesbaden (Böhme).
- Vortrag „Gesundheitsförderung im Programm Soziale Stadt“ bei der von der Techniker Krankenkasse veranstalteten Fachtagung „Gesund leben im Kiez“ am 4. 11.2008 in Berlin (Böhme).
- Vortrag „Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt – Ziele, Inhalte, Strukturen“ im Rahmen der Regionalkonferenz „Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt“ am 25.11.2008 in Düsseldorf (Böhme).
- Mitglied in der Fachkommission Baurecht des DST (Bunzel).
- Ständiger Gast des Planungs- und Bauausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg (Bunzel).
- Ständiger Gast in der Fachkommission Stadtplanung des DST (Bunzel) vom 13.–14.11.2008.
- Mitglied der Arbeitskreises der ARL Landesgruppe Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern „Umgang mit dem europäischen Naturschutzrecht bei Vorhaben der Landesentwicklung“ (Bunzel).
- Mitglied der ARL Landesgruppe Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern (Bunzel).
- Mitglied der Gesellschaft für Umweltrecht (Bunzel).
- Vortrag bei der Fachtagung des IfS Berlin zum Thema „Novellierung des Raumordnungsrechts, Anlass und Ziele des Gesetzentwurfs sowie mögliche Auswirkungen auf die Landes- und Regionalplanung“ im Rahmen des Kurses beim IfS Berlin „Regional- und Landesplanung in der Praxis“ am 5.5.2008 in Berlin (Bunzel).
- Vortrag bei der Sitzung der ARL Landesgruppe Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern am 20.6.2008 in Eisenhüttenstadt (Bunzel).
- Vortrag beim IfS Berlin zum Thema „Erfahrungen mit neuen Instrumenten der Innenentwicklung“ am 3.11.2008 (Bunzel).
- Vortrag beim IfS Berlin zum Thema „Grenzen der Anwendung beschleunigter Verfahren nach §13a BauGB“ am 24.11.2008 (Bunzel).
- Mitglied im Projektbeirat zum Modellvorhaben der Nationalen Stadtentwicklungspolitik „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ (BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit) (Franke).
- Mitglied im Arbeitskreis Quartiersforschung (AKQuF) der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) (Franke).
- Podiumsteilnahme in Verbindung mit Inputreferat zur Sozialen Stadt im Rahmen einer Zukunftswerkstatt zum Thema Soziale Stadt am 29.11.2008 in Aachen (Franke).
- Vortrag „Das Bund-Länder-Programm ‚Stadteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt‘“ am 26.5.2008 im Rahmen des „Forums Quartiermanagement: Interdisziplinäre Fortbildung für Quartierakteure zur Aktivierung von Nachbarschaft-

ten und Projektentwicklung vor Ort“, veranstaltet von Burckhardthaus und BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (Franke).

- Vortrag „Stand und Ausbreitung integrierter Stadtentwicklungskonzepte in Deutschland“ im Rahmen der vom isw ausgerichteten Fachtagung „Von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zur lokalen Aktion“ am 23.9.2008 in Würzburg (Franke).
- Präsentation von Zwischenergebnissen aus dem ExWoSt-Forschungsprojekt „Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen“ auf der 71. Sitzung der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des DST am 6. und 7. 11.2008 in Hamburg (Franke).
- Vortrag (gemeinsam mit Gregor Jekel) „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt“ im Rahmen des Difu- Seminars „Wohnstandort Innenstadt – neue Lebensstile, neue Wohnformen, neue Anforderungen“ (Frölich v. Bodelschwingh).
- Ständiger Gast bei der Fachkommission Wohnungswesen des Deutschen Städtetags (Jekel).
- Projekt-„Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften“: Fachgespräch am 26.2.2008: Vorträge und Leitung des Fachgesprächs (Jekel).
- Projekt Refina – Projektübergreifende Begleitung: 2. Statusworkshop vom 3.–4.3.2008: Moderation der Arbeitsgruppe 4 „Ansprache und Aktivierung privater Akteure“ gemeinsam mit Jens Libbe; Moderation der Projektsession am ersten Abend (Tools), (Jekel).
- Workshop „Wohnen in Dresden 2008 – Wohnungsmarktentwicklung“ am 6.11.2008 in Dresden: Input und Moderation der Arbeitsgruppe „Wohnen im Alter“ (Jekel).
- Vortrag „Die Vorstudie zur Berliner Netzwerkagentur für generationsübergreifendes Wohnen“ auf dem Fachtag „Mehr als Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen als Impulsgeber für Nachbarschaft und Kommune“ am 12.11.2008 in Mainz (Jekel).
- Projekt „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“ (gemeinsam mit Maja Arlt); Expertenworkshop (3.9.2008). Vorbereitung, Moderation und Dokumentation einer Veranstaltung mit Fach- und Leitungskräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Validierung des Erhebungsinstruments (Landua).
- Mitglied im Projektbeirat des BMBF-Forschungsvorhabens „Praxis der Qualitätssicherung in gesundheitsfördernden Settings“, Frankfurt am Main/Bremen (Reimann).
- Mitglied des „Netzwerks für partizipative Gesundheitsforschung“ am WZB (Reimann).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Sozialraumbezogene Gesundheitsförderung/Soziale Stadt“ am Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie des Landes Brandenburg (MASGF), Potsdam (Reimann).
- Fachgutachterin für das ESF-Bundesprogramm Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) (Reimann).
- Vortrag „Gesundheitsförderung im Stadtteil als Zusammenspiel von verschiedenen Akteuren“ auf der Tagung „Wie kommt Gesundheit in benachteiligte Stadtteile?“ der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen am 11.12.2008 in Hannover (Reimann).
- Vortrag (gemeinsam mit Gesine Bär) „Wissenschaftliche Begleitung von gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklungsprozessen: Herausforderungen und Methoden“ auf dem 14. bundesweiten Kongress „Armut und Gesundheit“, am 5.12.2008 in Berlin (Reimann).
- Vortrag „Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Ausgangslage, Herausforderungen, Umsetzung“ sowie Workshop-Impuls „Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung“ auf der Fachtagung „Die gesunde soziale Stadt“ der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V. am 11.11.2008 in Völklingen (Reimann).

- Vortrag „Partizipation in der Quartiersentwicklung – Aktivierung von Migranten in Berlin“ auf der Abschlusstagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes „Quartiersentwicklung durch engagierte Akteure“ am 11.9.2008 in Berlin (Reimann).
- Vortrag „Kooperationen zwischen Städten und Wohnungsunternehmen: Chancen, Spannungsfelder und Rahmenbedingungen“ am 4.3.2008 auf dem BBU-Genossenschaftstag 2008 „Wohnungsunternehmen als Partner für Städte und Gemeinden – Lebensräume durch aktive Wohnungsgenossenschaften“ in Bad Saarow (Reimann).
- Vortrag „Nutzungen, Nutzer und Akteure. Bauliche und kulturelle Zwischennutzungen in der Stadtentwicklung“, Stadtentwicklungsseminar 2008 „Zwischennutzung – Chance oder Hindernis für die Reurbanisierung“, Architektur-Centrum am 25.2.2008 in Hamburg (Strauss).
- Vortrag „Stellenwert Lokaler Ökonomie im Kontext Integrierter Stadtteilentwicklung“ bei der 15. Sitzung des „Forums Regionale Wirtschaft Mitte“ im Bezirksamt Mitte am 17.9.2008 in Berlin (Strauss).
- Mitglied der Redaktion der PLANERIN der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Berlin (Uttke)
- Mitglied des Vorstandes des Vereins für baukulturelle Bildung „JAS – Jugend-Architektur-Stadt e.V.“, Betreuung und Organisation verschiedener Workshops, u.a. „Betreten erlaubt – Treffpunkt für Jugendliche in Greven“ (Uttke).
- Vortrag Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung beim Arbeitskreis der Streetworker des Rheinlandes am 14.3.2008 in Michigan (Uttke).
- Vortrag „Regional Approaches to Brownfield Development“.an der Michigan State University, School of Planning, Design & Construction, East Lansing/USA am 10.9.2008 in Michigan (Uttke).

Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Nadine Dräger (seit 1.9.2009)
Dipl.-Geogr. Holger Floeting
Dr. rer. pol. Busso Grabow (Koordinator)
Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig
Dipl.-Volksw. Michael Reidenbach (bis 31.5.2008)
Marlen Petukat (bis 30.6.2008)
Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider
Dipl.-Soz.wiss. Antje Seidel-Schulze
Dipl.-Verw.Wiss. Daniel Zwicker-Schwarm

Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Jascha Braun
Franziska Döring
David Männel
Josiane Meier
Alexander Okon
Karsten Ruddigkeit

1. Abgeschlossene Projekte

1.1. Edition Difu „Cluster in der Wirtschaftsförderung“

Begriffe wie „Cluster“, „Clusterinitiative“ oder Netzwerk sind zwar in aller Munde, verstanden werden darunter aber sehr unterschiedliche empirische Phänomene, Strategien, Konzepte und Initiativen. Diese neuen Ansätze lokaler und regionaler Wirtschaftspolitik sind häufig als Reaktion auf ökonomischen Strukturwandel, krisenhafte Entwicklungen oder Strukturbrüche entstanden. Sie knüpfen an vorhandene oder behauptete Stärken an, die (weiter)entwickelt werden sollen, und haben damit eine wichtige Funktion im Rahmen der strategischen Neuaufstellung von Städten und Regionen im Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze. Das Thema betrifft Wissenschaft und Praxis gleichermaßen. Die Wissenschaft ist dabei, für das eklektische Konzept der „Cluster“ ein Theoriegebäude zu entwickeln, dessen erste Bausteine bereits vorhanden sind. Die Wirtschaftsförderungspraxis kümmert sich immer stärker nicht nur um die Identifizierung und Initiierung von Clusterinitiativen und Netzwerken, sondern auch um deren Verstetigung und Weiterentwicklung. Sie ist dabei – neben guten Beispielen – in zunehmendem Maße auch auf Instrumente zur Entwicklung und zum Management von Clusterinitiativen angewiesen. Gleichzeitig verstärkt sich die kritische Auseinandersetzung mit Clusterinitiativen als Instrument der lokalen und regionalen Wirtschafts-, Technologie- und Innovationspolitik, wenn von „policy driven cluster“ oder noch deutlicher „wishful thinking cluster“ die Rede ist.

Der Band mit Beiträgen von Wissenschaftlern und Praktikern liefert einen Überblick über aktuelle Erkenntnisse und Diskussionslinien.

Auftraggeber/Kooperation: Eigenprojekt.

Fallstudienstädte/involvierte Städte/Regionen: Berlin, Fellbach, Lübeck, Mannheim, Wiesbaden, Region Stuttgart.

Veröffentlichung: Holger Floeting (Hrsg.), Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung, Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement. Edition Difu – Stadt Forschung Praxis. Berlin 2008.

Laufzeit: September 2007 bis Juli 2008.

Projektnummer: 20108

Projektbearbeitung: Floeting.

1.2. Mobilfunkgutachten 2007

Die freiwillige Selbstverpflichtung, die die Mobilfunkbetreiber im Jahr 2001 gegenüber der Bundesregierung abgegeben haben, sieht eine kontinuierliche Evaluation ihrer Inhalte vor. Die Zielerreichung wird damit regelmäßig überprüft und dokumentiert. Das Informationszentrum Mobilfunk vergibt die entsprechenden Gutachten. Das Difu war für die Jahresgutachten 2002, 2004 und 2005 verantwortlich sowie am Gutachten 2003 beteiligt.

Das Gutachten 2007 umfasste zu den vier Teilgebieten der Selbstverpflichtung „Kommunikation und Partizipation“, „Verbraucherschutz und Verbraucherinformation zu Handys“, „Forschungsförderung“ und EMF-Monitoring jeweils:

- die Begutachtung der Selbstverpflichtung für einen Zwei-Jahres-Zeitraum bis Mitte 2007 (Kommunikation und Partizipation, Forschungsförderung und EMF-Monitoring) bzw. für den Erhebungspunkt September/Oktober 2007 (Verbraucherschutz und Verbraucherinformation zu Handys) sowie

- eine Synopse der Veränderungen seit Inkrafttreten der Selbstverpflichtung im Jahr 2001 auf der Basis der früheren Gutachten und der aktuellen Studie.

Insgesamt zeigte sich, dass die Betreiber auch im Jahr 2007 die Zusagen aus der Selbstverpflichtung weitgehend erfüllen. In den ersten Jahren des Zeitraums (2001–2004) – seit Inkrafttreten der Selbstverpflichtung – waren die Verbesserungen der Zusammenarbeit von Netzbetreibern und Kommunen stark spürbar. Danach konnte man sich den anspruchsvollen Zielsetzungen der Selbstverpflichtung und der Verbändevereinbarung schrittweise weiter annähern. In einzelnen Bereichen wird die Entwicklung seit den Jahren 2004/2005 von den Kommunen aber auch als Stagnation oder leichte Verschlechterung gesehen.

Die Ergebnisse wurden auf der Mobilfunkkonferenz der Bundesregierung im Juni 2008 vorgestellt.

Auftraggeber/Kooperation: Auftraggeber ist das Informationszentrum Mobilfunk (IZMF). Das Gutachten wurde zusammen mit den Partnern WIK-Consult GmbH und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. durchführt. Das Difu hatte die Federführung des Projekts.

Veröffentlichung: Grabow, Busso, Franz Büllingen, Rolf Buschmann, Jan Hoffbauer, Christin-Isabell Gries, Ulrike Schell, Antje Seidel-Schulze: Jahresgutachten 2007 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber.

(www.difu.de/publikationen/abfrage.php3?id=967)

Laufzeit: Juni 2007 bis April 2008.

Projektnummer: 20104

Projektbearbeitung: Grabow (PL), Seidel-Schulze.

1.3. Umfrage Kommunale Wirtschaftsförderung 2008

Das Difu führte nach 1995 und 2000 erneut eine Umfrage zum Thema „Kommunale Wirtschaftsförderung“ in allen Städten und Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern durch. Die Tätigkeit der kommunalen Wirtschaftsförderung ist von großer Relevanz für die Stadt- und Raumentwicklung. Die Anforderungen verändern sich kontinuierlich. Der Erwartungsdruck auf die Wirtschaftsförderung wächst, bei vielerorts knapper werdenden finanziellen und personellen Ressourcen und Spielräumen. Ziel der Umfrage war es, die aktuelle Situation und neue Entwicklungen in der kommunalen Wirtschaftsförderung in Deutschland zu erfassen. Damit sollten zugleich die Daten der früheren Umfragen aktualisiert und ausgewählte Aspekte in einer Zeitreihe fortgeführt werden. Darüber hinaus wurden zwei Themen vertieft untersucht: „Clusterpolitik“ und „Fachkräftemangel“ als Handlungsfelder, die in immer mehr Kommunen an Bedeutung gewinnen und bearbeitet werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die wichtigsten Handlungsfelder der Wirtschaftsförderer – wie auch in den Jahren zuvor – die Entwicklung und Vermittlung von Gewerbe- und Industrieflächen und das Standortmarketing sind. Zukünftig werden Kommunen in stärkerem Maße auch in der Wirtschaftsförderung miteinander kooperieren müssen, wenn sie sich im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und Investitionen behaupten und die zunehmend arbeitsintensivere Betreuung des wirtschaftlichen Bestandes gewährleisten, wenn nicht sogar verbessern wollen.

Die Umfrage war mit dem DST und dem DStGB abgestimmt und wurde von diesen unterstützt.

Auftraggeber/Kooperation: Eigenprojekt, in Kooperation mit DST und DStGB

Fallstudienstädte/involvierte Städte/Regionen: alle Städte und Gemeinden mit 50.000 und mehr Einwohnern.

Veröffentlichung: Hollbach-Grömig, Beate und Holger Floeting, Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, Difu-Papers, Juli 2008.

Laufzeit: November 2007 bis April 2008.

Projektnummer: 20110

Projektbearbeitung: Hollbach-Grömig (PL), Floeting, Seidel-Schulze.

1.4 „Planspiel EA NRW“ (Hilfestellung zur Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Nordrhein-Westfalen)

Das Difu wurde vom MWME gebeten, die Entscheidungsfindung zur Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EA) durch ein Planspiel zu unterstützen. Ausgewählte Kammern (in Stellvertretung für das „Allkammermodell“), Startercenter (in Stellvertretung für das „Kooperationsmodell“) und Kommunen testeten an verschiedenen gemeinsam vereinbarten Fällen die Möglichkeiten zur effizienten Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners. Ein zentrales Ergebnis war, dass die Zuständigkeiten für die Mehrzahl der Verfahrensschritte, die bei der Niederlassung eines Dienstleisters zu erfüllen sind, bei den Kommunen liegen. Im Dezember 2008 wurde die Entscheidung getroffen, die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners den Kreisen und kreisfreien Städten zuzuweisen.

Ausblick: Da die Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners, sein genaues Aufgabenprofil und die Zuordnung voraussichtlich erst Ende 2009 geklärt sein werden, wird das Thema mindestens bis dahin weiter von Bedeutung sein.

Auftraggeber/Kooperation: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, MWME NRW.

Fallstudienstädte/involvierte Städte/Regionen: verschiedene Städte und Landkreise in NRW, Startercenter, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, weitere Fachkammern.

Veröffentlichung: offen.

Laufzeit: Oktober 2007 bis Februar 2008.

Projektnummer: 20113

Projektbearbeitung: Hollbach-Grömig (PL), Grabow.

1.5 „Kooperation und Vernetzung im Nordosten“, Modul 4: „Die Zusammenarbeit verbreitern: Kooperation im Gesamttraum“ (MORO)

Die Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern beteiligten sich mit dem Vorhaben „Kooperation und Vernetzung im Nordosten“ am Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadt-regionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“. In der Studie „Die Zusammenarbeit verbreitern: Kooperation im Gesamttraum“ wurden unter Beteiligung des Difu bestehende Kooperations- und Vernetzungsansätze, Inhalte und Themenfelder, Instrumente und die relevanten Akteure im Raum Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern recherchiert und Handlungsempfehlungen für eine zukünftig intensivere Zusammenarbeit entwickelt. Hintergrund war die Idee der (großräumigen) „Verantwortungsgemeinschaften“, die mit den neuen Leitbildern der Raumordnung in die raumordnungspolitische Diskussion eingeführt wurde.

Auftraggeber/Kooperation: Gemeinsame Landesplanung Berlin/Brandenburg, Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern. Das Projekt wurde in Kooperation der Planungsgruppe 4 GmbH, des Büros für Angewandte Geographie – Prof. Dr. Jürgen Aring und des Difu durchgeführt, die Federführung lag bei der Planungsgruppe 4.

Fallstudienstädte/involvierte Städte/Regionen: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern.

Veröffentlichung: Großräumige Verantwortungsgemeinschaft Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung „Kooperation und Vernetzung im Nordosten“, Endbericht November 2008, bearb. von Jürgen Aring, Beate Hollbach-Grömig, Gerald Leue, Wolf Uwe Rilke.

Laufzeit: April 2008 bis September 2008.

Projektnummer: 20115

Projektbearbeitung: Hollbach-Grömig (PL), Seidel-Schulze.

1.6 Kommunalen Investitionsbedarf 2006 bis 2020

Die neue Schätzung des kommunalen Investitionsbedarfs folgt bei den Bedarfsschätzungen im Wesentlichen der bereits bei den Vorläuferstudien bewährten Methode. Geschätzt wurde der Bedarf an Sachinvestitionen sowohl für die Kommunen selbst als auch für ihre Unternehmen, Zweckverbände und Krankenhäuser. Im Mittelpunkt der Schätzung steht der Bedarf für Maßnahmen des Ersatzes und der Modernisierung des vorhandenen Bestandes an Gebäuden und Ausrüstungen (Ersatzbedarf). Darüber hinaus wurden die Investitionen im Zusammenhang mit Kapazitätserweiterungen und mit der Erweiterung der qualitativen Anforderungen an die Infrastrukturen geschätzt (Erweiterungsbedarf). Von besonderer Bedeutung ist außerdem der Investitionsrückstand, der ebenfalls im Rahmen der Schätzung ermittelt wurde (Nachholbedarf).

Für die Jahre 2006 bis 2020 wurde ein kommunaler Investitionsbedarf von insgesamt 704 Mrd. Euro ermittelt. Dies entspricht jährlichen Investitionen in Höhe von etwa 47 Mrd. Euro (pro Kopf sind das in den alten Bundesländern 8 309 Euro; in den neuen Bundesländern und Berlin 9 439 Euro). Im Vergleich: 2005 wurde ein Investitionsvolumen von rund 40 Mrd. Euro erreicht.

Im Laufe der vergangenen Jahre hat sich ein Investitionsstau in Höhe von etwa 75 Mrd. Euro angesammelt. Durch ein konzertiertes Programm von Bund, Ländern und Kommunen über die nächsten Jahre könnte dieser abgebaut werden.

Vor allem bei den Straßen (Nachholbedarf von 30,9 Mrd. Euro), den Schulen (6,0 Mrd. Euro) und den Sportstätten (4,4 Mrd. Euro) besteht ein großer Investitionsrückstand. Durch strategisches Investitionsmanagement, den Einsatz der richtigen Finanzierungsinstrumente – dazu gehören auch eine Erhöhung der Bundeszuweisungen, eine Ausweitung von Förderprogrammen und Zins- und Tilgungserleichterungen – und PPP-Projekte könnten positive Effekte eintreten, die weit über das Jahr 2020 hinaus eine nachhaltige Wirkung erzeugen würden.

Auftraggeber/Kooperation: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Hauptverband der Bauindustrie e.V. sowie Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V. im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“.

Veröffentlichungen: Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien, Edition Difu, Berlin 2008, bearb. von Michael Reidenbach, Tilman Bracher, Busso Grabow, Stefan Schneider und Antje Seidel-Schulze; diverse Artikel in Fachzeitschriften.

Laufzeit: November 2005 bis März 2008.

Projektnummer: 20095

Projektbearbeitung: Reidenbach (PL), Bracher [AB 3], Grabow, Schneider, Seidel-Schulze.

1.7 Strategisches Investitionsmanagement

Im Zusammenhang mit der Forschungsarbeit für die Schätzung des kommunalen Investitionsbedarfs 2006 bis 2020 wurde das strategische Investitionsmanagement als ein wichtiger Baustein für die Schaffung zusätzlicher finanzieller Freiräume identifiziert. Instrumente des strategischen Investitionsmanagements bilden demzufolge eine wichtige Grundlage für die Bewältigung des kommunalen Investitionsbedarfs in den nächsten Jahren, insbesondere für den Abbau des Nachholbedarfs.

Ziel der durchgeführten Vorstudie war es deshalb, hierzu erste Aussagen zu treffen. Die Überlegungen sollen dazu dienen, das Forschungsfeld abzugrenzen und zu strukturieren und mögliche Forschungsfragen oder erste theoretische Erklärungsansätze herauszuarbeiten. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung war es gleichzeitig Ziel dieser Untersuchung, den derzeitigen Stand der Forschung zu ermitteln und aktuell in diesem Bereich aktive Wissenschaftler zu identifizieren.

Ausblick: Die Ergebnisse der Vorstudie bilden die Grundlage für weiterführende Untersuchungen. Angedacht ist die Erstellung eines Difu-Papers zum Thema. Vorgesehen ist außerdem die Durchführung eines entsprechenden Difu-Seminars.

Auftraggeber/Kooperation: Internes Projekt; Umsetzung durch INFA-ISFM e.V.

Laufzeit: November 2008 bis Dezember 2008.

Projektnummer: 20120

Projektbearbeitung: Schneider (PL).

1.8 Städtetypologie auf der Basis der Europäischen Bürgerumfrage 2006

Im Rahmen des Europäischen Urban Audit wurde im November 2006 zum zweiten Mal seit 2004 der so genannte „Urban Audit Perception Survey“ als Bürgerumfrage in 75 europäischen Städten durchgeführt. Ziel dieser Umfrage war es, die lokalen Wahrnehmungen der Lebensqualität anhand von subjektiven Einschätzungen der Bürger zu messen. Dazu wurden in einer Telefonumfrage je etwa 500 Personen pro Stadt befragt und 23 Fragen zur Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbedingungen gestellt bzw. die Zustimmung zu einzelnen Aussagen abgefragt. Der Fragenkatalog umfasste die Lebensbereiche Gesundheit, ÖPNV, Umwelt, Kultur, die Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung sowie den Arbeits- und den Wohnungsmarkt der Stadt. Auf Basis dieser Daten der Bürgerumfrage wurde mittels einer Clusteranalyse eine europäische Städtetypologie erstellt.

Auftraggeber/Kooperation: Internes Difu-Projekt in Kooperation mit Institut für Empirische und Aktuelle Wirtschaftsforschung (E-x-AKT) und Abstimmung mit KOSIS Urban Audit Deutschland.

Veröffentlichung: Lebenszufriedenheit in europäischen Städten, Auswertung des Urban Audit European Perception Survey, Seidel-Schulze, Antje, Busso Grabow, Verena Tobsch, Difu-Papers (Februar 2009).

Laufzeit: Oktober 2007 bis Dezember 2008.

Projektnummer: 20109

Projektbearbeitung: Seidel-Schulze (PL), Grabow.

2. Laufende Projekte

2.1 Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government

Gegenstand des Projekts ist die Erarbeitung und pilothafte Umsetzung einer integrierten (geschäftsprozess- und organisationsübergreifenden) informations- und kommunikationstechnischen Lösung im Rahmen einer kommunalen E-Government- und Flächenmanagementstrategie. Das Ziel ist eine bessere Nutzung und Wiederverwertung von Flächenpotenzialen im Bestand sowie die flankierende Optimierung von Organisation, Prozessen und Marketingwissen.

Im Einzelnen geht es darum, am Beispiel der Fallstudie Gera a) den systematischen Austausch unter den Verantwortlichen für Stadtplanung und Wirtschaftsförderung zu organisieren, b) daraus abgeleitet den systematischen Datenaustausch zwischen Marktteilnehmern und Kommunen auf der Basis von definierten Schnittstellen zwischen den IKT-Systemen zu konzipieren und in einer Pilotlösung umzusetzen sowie c) Bezüge zu flankierenden Aktivitäten der Flächenwiedernutzung zu erreichen.

Mehrere Arbeitsbausteine wurden inzwischen abgeschlossen, wie beispielsweise die Recherchen von Aktivitäten der Aktivierung von gewerblichen Flächenpotenzialen im Bestand, die Recherchen von Aktivitäten der Aktivierung von IT-gestützten Lösungen im Flächenmanagement, eine schriftliche Befragung zu IT- und internetgestützten Erfassung und Vermarktung von Gewerbeflächen bei ca. 400 deutschen Kommunen, sowie leitfragengestützte Telefoninterviews mit „Guten Beispielen“ auf der Grundlage der Umfrageergebnisse. Weiterhin wurden die Schnittstellenanforderungen des zu installierenden Prototypen nach diversen Abstimmungen mit Vertretern der Fallstudienstadt und mit Externen formuliert.

Auftraggeber/Kooperation: Im Rahmen des Forschungsprogramms REFINA des BMBF führt das Difu zusammen mit der Fa. GEFAK das Projekt durch.

Fallstudienstadt: Das Projekt wird in enger Kooperation mit der Stadt Gera durchgeführt.

Veröffentlichung: Flächen im Netz: IT-gestützte Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien in deutschen Kommunen, Zwicker-Schwarm, Daniel, Busso Grabow, Josiane Meier, Antje Seidel-Schulze, Difu-Papers, Januar 2009 (www.difu.de/publikationen/abfrage.php3?id=991); weitere Veröffentlichungen sind in Vorbereitung.

Laufzeit: 1.9.2007 bis voraussichtlich zum 31.3.2010.

Projektnummer: 20107

Projektbearbeitung: Grabow (PL), Seidel-Schulze, Zwicker-Schwarm.

2.2 PPP-Umfrage 2008

Das Difu führt eine neue flächendeckende Erhebung von PPP-Vorhaben in Deutschland durch. Diese Erhebung soll den Status quo der Umsetzung von PPP-Projekten Ende 2008 sowie die Entwicklungen seit dem Jahr 2005 darstellen, in dem das Difu die erste Umfrage zu PPP in Deutschland vorgenommen hat.

Gegenstand der Erhebung sind ausschließlich so genannte „PPP-Projekte für projektbezogene Infrastrukturmaßnahmen“. Nicht erfasst werden reine Organisationsprivatisierungen (Umwandlung von öffentlich-rechtlichen in privatrechtliche Unternehmensformen) und gemischtwirtschaftliche Unternehmen zur Wahrnehmung von Daueraufgaben ohne konkreten Projektanlass. Erhoben werden ausschließlich „echte PPP“ oder „PPP-Projekte der zweiten Generation“, also Projekte, die Leistungen zu mindestens vier

Lebenszyklusphasen (Finanzierung, Planung, Bau/Errichtung, Betrieb, ggf. Verwertung) umfassen. Der Betrieb sollte zwingend dazu gehören.

Erkenntnisziele der Umfrage sind unter anderem

- Verbreitung des Wissens um PPP-Projekte,
- Ziele, die mit PPP verbunden sind,
- Gründe für die Ablehnung von PPP,
- Faktoren für den Erfolg von PPP,
- Erhebung und Aktualisierung von Eckdaten in Umsetzung befindlicher sowie im Ausschreibungsverfahren befindlicher PPP-Projekte bei Kommunen sowie Einschätzung zu diesen Projekten,
- Umfang gescheiterter Projekte und Gründe dafür,
- zukünftige Bedeutung von PPP allgemein,
- zukünftiges PPP-Potenzial, differenziert nach kommunalen Infrastrukturbereichen,
- konkrete PPP-Planungen,
- hemmende und fördernde Faktoren für PPP.

Auftraggeber/Kooperation: PPP Task Force des Bundes im BMVBS mit finanzieller Unterstützung der „Rudolf Scharping Strategie | Beratung | Kommunikation“ GmbH (RSBK) sowie der Tell-Sell Consulting GmbH.

Veröffentlichung: Zusammengefasste Ergebnisse werden Ende April/Anfang Mai 2009 in einem PPP-Handbuch, hrsg. vom F.A.Z. Verlag erscheinen; eine ausführlichere Veröffentlichung voraussichtlich im Juni 2009 im Difu.

Laufzeit: Oktober 2008 bis Mai 2009.

Projektnummer: 20119

Projektbearbeitung: Grabow (PL), Schneider, Seidel-Schulze.

2.3 Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung

Das Projekt soll einen umfassenden Überblick über Förderprogramme, Projekte, Wettbewerbe etc. ausgewählter Fachressorts mit Bezug zum Thema „Stadtentwicklung“ auf Bundesebene geben, diese Ergebnisse systematisieren und bewerten. Hintergrund sind die Aktivitäten des Bundes im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, die als ein wichtiges Ziel ein stärkeres gemeinsames und integriertes Vorgehen im Hinblick auf alle Politikbereiche, die Bezüge zu und Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben, fordert.

In die Recherche einbezogen werden neben dem BMVBS das BMBF, BMWi, BMAS, BMF, BMFSFJ, BMU, BMELV, BMI und BMG. Im Kern geht es nicht um eine allumfassende Programmuntersuchung, sondern zunächst vor allem um die Schaffung und Bereitstellung von Informationen für die Ressorts. Zudem sollen unterschiedliche Ressorts sensibilisiert werden, ihre Förderprogramme und Beiträge räumlich zu konzentrieren und abzustimmen. Ein wichtiges Ziel des Vorhabens ist es, mögliche Synergien und Anknüpfungspunkte für eine intensivere ressortübergreifende Zusammenarbeit im Thema „Stadtentwicklung“ zu identifizieren und in der praktischen Arbeit zum gegenseitigen Nutzen fruchtbar zu machen.

Im ersten Arbeitsschritt wurden die stadtentwicklungspolitisch relevanten Programme/Projekte anderer Bundesressorts identifiziert. Dabei geht es im Schwerpunkt um laufende und in Vorbereitung befindliche Aktivitäten in der aktuellen Legislaturperiode. Weiterhin werden langfristig laufende Programme wie die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW), ABM und die Städtebauförderung aufgenommen. Die erfassten Programme werden aktuell in weiteren Arbeitsschrit-

ten ergänzt, systematisiert und im Hinblick auf ihre stadtentwicklungspolitische Relevanz bewertet.

Auftraggeber/Kooperation: BBR/BMVBS.

Veröffentlichung: noch offen

Laufzeit: August 2008 bis August 2009.

Projektnummer: 20117

Projektbearbeitung: Hollbach-Grömig (PL), Beckmann [IL], Floeting, Männel, Okon.

2.4 Urban Audit Analyse II

Das Urban Audit ist ein Datenangebot von Eurostat mit über 300 Indikatoren jeweils für die Jahre 1998, 2001 und 2004 für etwa 330 europäische Städte. Auf der Grundlage dieser Daten geht es im Projekt um eine Neuauflage des 2007 veröffentlichten Berichtes zur Situation der Europäischen Städte (State of the European Cities Report). Neben einer einschlägigen Analyse und Erstellung einer Städtetypologie auf der Basis multivariater Verfahren geht es um die Erstellung benutzerfreundlicher Präsentationen der Datensätze der Erhebung Städteaudit (Urban Audit). Zur Absicherung der Ergebnisse ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil die Einrichtung eines Städtepanels, das sich aus einer Auswahl von Vertretern aus dreißig europäischen Städten zusammensetzt, die Arbeit im Projekt begleitet und Zwischenergebnisse auf einer zweitägigen Veranstaltung im März 2009 in Berlin diskutiert.

Die Ergebnisse im Endbericht sollen zur Ableitung von Erkenntnissen und/oder Perspektiven zu den entscheidenden Fragestellungen oder Herausforderungen dienen, die in der aktuellen und zukünftigen Stadtentwicklungs- und Regionalpolitik berücksichtigt werden sollten.

Auftraggeber: Europäische Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik)

Kooperation: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), NEA Transport research and training und PRAC Policy Research & Consultancy.

Veröffentlichung: Endbericht „Second State of the European Cities Report“ (Ende 2009).

Laufzeit: Juni 2008 bis Juli 2009.

Projektnummer: 20116

Projektbearbeitung: Seidel-Schulze (PL), Grabow, Hollbach-Grömig.

Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland

In der „Territorialen Agenda der Europäischen Union“ haben die für Raumordnung zuständigen Minister im Jahr 2007 thematische Prioritäten und Maßnahmen für eine nachhaltige Raumentwicklung formuliert. Sie gibt konkrete Empfehlungen, wie durch eine integrierte Raumentwicklungspolitik die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung mobilisiert werden können. Viele deutsche Städte und Regionen haben in den letzten Jahren innerhalb der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B Fragen der Raumentwicklung, der Wirtschaftsförderung oder des Umweltschutzes in europäischen Netzwerken bearbeitet. In der laufenden Förderperiode (2007–2013) hat die EU diese transnationale Zusammenarbeit programmatisch aufgewertet und die Mittel dafür aufgestockt.

In dem Forschungsvorhaben wird untersucht vor, welche Beiträge deutsche Städte und Regionen im Rahmen transnationaler INTERREG-Projekte für eine Umsetzung der Territorialen Agenda vor Ort und auf der nationalen und europäischen Ebene erbringen

konnten und in Zukunft erwarten lassen. Dafür wurde zunächst eine erste Auswertung zu Projekten der transnationalen Zusammenarbeit in fünf Themenfelder erstellt.

Ausblick: Im weiteren Verlauf werden ausgewählte Projekte in den Themenfeldern „Innovation und Raumentwicklung“ sowie „Klimawandel/alternative Energien“ mittels Dokumentenanalyse sowie leitfadengestützter Interviews mit Schlüsselakteuren im Hinblick auf ihre direkten und indirekten Wirkungen „vor Ort“ sowie Rückwirkungen auf die nationale und europäische Ebene untersucht. Für jedes Themenfeld wird ein begleitender Workshop durchgeführt. Die Aufbereitung der Projektergebnisse erfolgt in praxisorientierten Themenberichten für kommunale und regionale Akteure sowie in einem wissenschaftlichen Abschlussbericht.

Auftraggeber/Kooperation: BBR/BMVBS im Rahmen des Programms Modellvorhaben der Raumordnung (MORO).

Fallstudienstadt: verschiedene Städte und Regionen (werden noch festgelegt).

Veröffentlichung: Eine Veröffentlichung ist vorgesehen und unter www.bbr.bund.de abzurufen (Pfad: Forschungsprogramme/Moro/Studien).

Laufzeit: Oktober 2008 bis Dezember 2010.

Projektnummer: 20118

Projektbearbeitung: Zwicker-Schwarm (PL), Floeting, Franke [AB 1], Hollbach-Grömig, Rösler [AB 4].

2.5 Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland

In der „Territorialen Agenda der Europäischen Union“ haben die für Raumordnung zuständigen Minister im Jahr 2007 thematische Prioritäten und Maßnahmen für eine nachhaltige Raumentwicklung formuliert. Sie gibt konkrete Empfehlungen, wie durch eine integrierte Raumentwicklungspolitik die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung mobilisiert werden können. Viele deutsche Städte und Regionen haben in den letzten Jahren innerhalb der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B Fragen der Raumentwicklung, der Wirtschaftsförderung oder des Umweltschutzes in europäischen Netzwerken bearbeitet. In der laufenden Förderperiode (2007–2013) hat die EU diese transnationale Zusammenarbeit programmatisch aufgewertet und die Mittel dafür aufgestockt.

Das Forschungsvorhaben untersucht vor diesem Hintergrund, welche Beiträge deutsche Städte und Regionen im Rahmen transnationaler INTERREG-Projekte für eine Umsetzung der Territorialen Agenda vor Ort und auf der nationalen und europäischen Ebene erbringen konnten und in Zukunft erwarten lassen. Dafür wurde zunächst eine erste Auswertung zu Projekte der transnationalen Zusammenarbeit in fünf Themenfelder erstellt.

Ausblick: Im weiteren Verlauf werden ausgewählte Projekte in den Themenfeldern „Innovation und Raumentwicklung“ sowie „Klimawandel/alternative Energien“ mittels Dokumentenanalyse sowie leitfadengestützter Interviews mit Schlüsselakteuren im Hinblick auf ihre direkten und indirekten Wirkungen „vor Ort“ sowie Rückwirkungen auf die nationale und europäische Ebene untersucht. Für jedes Themenfeld wird ein begleitender Workshop durchgeführt. Die Aufbereitung der Projektergebnisse erfolgt in praxisorientierten Themenberichten für kommunale und regionalen Akteure sowie einem wissenschaftlichen Abschlußbericht.

Auftraggeber/Kooperation: BBR/BMVBS im Rahmen des Programms Modellvorhaben der Raumordnung (MORO).

Fallstudienstadt: verschiedene Städte und Regionen, werden noch festgelegt.

Veröffentlichung: Eine Veröffentlichung ist vorgesehen und unter www.bbr.bund.de abzurufen (Pfad: Forschungsprogramme/Moro/Studien).

Laufzeit: Oktober 2008 bis Dezember 2010.

Projektnummer: 20118

Projektbearbeitung: Zwicker-Schwarm (PL), Floeting, Franke [AB 1], Hollbach-Grömig, Rösler [AB 4].

2.6 Stadtentwicklungskonzept Gewerbe für die Landeshauptstadt Potsdam

Die Standortanforderungen und Flächenbedarfe von Unternehmen unterliegen einem andauernden Wandel. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie reichen vom technologischen und ökonomischen Strukturwandel, veränderten Produktions- und Logistikkonzepten, neuen Ansätzen der Immobilienbewirtschaftung und -finanzierung bis hin zu einer Neugewichtung von räumlicher Nähe und Standortfaktoren. Kommunen sind daher aufgefordert, zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung, ihre Konzepte, Planungen und Maßnahmen im Bereich der Gewerbeflächenentwicklung regelmäßig zu überprüfen und anzupassen.

In einem Stadtentwicklungskonzept Gewerbe sollen bis Ende 2009 die strategischen Grundlagen für die Sicherung, Mobilisierung und Entwicklung von Gewerbeflächen für die Stadt Potsdam erarbeitet und dazu geeignete, umsetzbare Lösungsansätze dargestellt werden.

Neben einer Aufarbeitung des Gewerbeflächenpotenzials wird die Studie die Entwicklung strukturbestimmender Wirtschaftszweige und die daraus resultierenden Flächenbedarfe aufzeigen. Gute Beispiele für die Sicherung von Gewerbeflächen für das produzierende Gewerbe und Handwerksbetriebe sollen auch durch eine vergleichende Untersuchung strukturell ähnlicher Städte gewonnen werden.

Auftraggeber: Landeshauptstadt Potsdam.

Kooperation: Spath+Nagel GbR, Büro für Städtebau und Stadtforschung, Berlin.

Veröffentlichung: Difu-Impulse (geplant).

Laufzeit: Dezember 2008 bis November 2009.

Projektnummer: 20121

Projektbearbeitung: Zwicker-Schwarm (PL), Grabow, Schneider.

2.7 COST-Aktion „Urban Knowledge Arena“

Das Difu beteiligt sich im Rahmen des COST-Programms (European Cooperation in Science and Technology) an der Action C20 „Urban Knowledge Arena – Developing a European Arena for Cross-Boundary Co-operation in the Production of Knowledge and Know-how on Complex Urban Problems“. Hauptziel dieses Netzwerkes von Stadtforschungsinstituten und Praktikern aus 22 europäischen Ländern ist es, im Rahmen einer Serie von gemeinsamen Workshops den Erfahrungsaustausch über Herausforderungen in Fragen der Stadtforschung zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei neue Formen der Einbindung wissenschaftlicher Expertise und der Bürgerbeteiligung in komplexen Projekten der Stadtentwicklung („Urban Knowledge Arenas“).

Auftraggeber: COST (European Cooperation in Science and Technology).

Veröffentlichung: Gemeinsamer Endbericht (erscheint im Herbst 2009).

Laufzeit: 16.2.2005 bis 16.9.2009.

Projektnummer: 20100

Projektbearbeitung: Zwicker-Schwarm.

3. Weitere Aktivitäten (Auswahl)

- Mitglied im Arbeitskreis „Kommunikation und Telekommunikation“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie (Floeting).
- Mitglied des Programmkomitees der „CORP – Geo Multimedia“, Wien (Floeting).
- Mitglied im Netzwerk TA (Floeting).
- Vortrag „Privacy, Public Life and Security Technologies – An Urban Perspective“, Privacy enhancing shaping of security research and technology – A participatory approach to develop acceptable and accepted principles for European Security Industries and Policies (PRISE) – Final Conference, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien, 29.4.2008 (Floeting).
- Vortrag „Wissen und Kreativität als Wachstumsmotoren. Neue Optionen für die Stadtentwicklung?, 22.9.2008, Mülheim a. d. Ruhr (Floeting).
- Vortrag „Clusterentwicklung in den deutschen Kommunen. Strategien der Wirtschaftsförderung“, Fachtagung „Perspektive: Region – Wirtschaftsentwicklung zwischen Kooperation und Konkurrenz?“, 28.9.2008, Oldenburg (Floeting).
- Vortrag „Sicherheit in den Städten“, Konferenz „Globale Fernerkundungssysteme und Sicherheit“, European Space Policy Institute, 9.10.2008, Wien (Floeting).
- Mitglied im Gutachterkreis und Förderausschuss des Berliner Landesprogramms zur Förderung wirtschaftsrelevanter Innovationen (Grabow).
- Mitglied der Jury des Innovationspreises PPP des Bundesverbandes Public Private Partnership (BPPP) und des Behördenspiegels unter der Schirmherrschaft von BM Tiefensee (Grabow).
- Ständiger Gast im Ausschuss für Wirtschaft und europäischen Binnenmarkt des DST (Grabow).
- Vortrag „Monitoring zur Selbstverpflichtung in der Bilanz“ beim Abschlusskongress „Mobilfunk-Selbstverpflichtung und Deutsches Mobilfunk-Forschungsprogramm“ (Veranstalter WHO, BfS, BMU), 17.6.2008, Berlin (Grabow).
- Teilnehmer an der abschließenden Podiumsdiskussion beim „Eigenkapitalforum PPP“ (Veranstalten RSBK GmbH in Zusammenarbeit mit PwC, Deutsche Bauindustrie, ZIA, Behördenspiegel), 16.10.2008, Berlin (Grabow).
- Vortrag „Investitionen in die Infrastruktur“ bei der Bundesarbeitsgemeinschaft „Wirtschaft und Finanzen“ von Bündnis 90/Die Grünen, 6.12.2008, Berlin (Grabow).
- Ständiger Gast in der Fachkommission Wirtschaftsförderung des DST (Hollbach-Grömig).
- Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Stadtmarketing“ am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, 14.1.2008, Berlin (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Kommunale Wirtschaftsförderung 2008“ am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, 3.11.2008, Berlin (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Bewährtes fortsetzen und sich neuen Herausforderungen stellen“, Fachtagung „Kommunale Wirtschaftsförderung – Stadt- und Regionalentwicklung“ der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management, 18.11.2008, Coburg (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „PPP-Projekte der zweiten Generation – PPP und Mittelstand – Ergebnisse aus zwei Forschungsprojekten“ beim Institut für Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin, 28.1.2008, Berlin (Schneider).
- Vortrag „Kommunaler Investitionsbedarf 2006 bis 2020“ beim Arbeitskreis Kommunalpolitik – SPD Bundestagsfraktion, 8.5.2008, Berlin (Schneider).

**Weitere
Aktivitäten**

- Vortrag „Investitionen in die leitungsgebundene Infrastruktur“ beim Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V. Landesfachabteilung Leitungstiefbau, 22.10.2008, Essen (Schneider).
- Mitglied in der Lenkungsgruppe Urban Audit im KOSIS Verbund (Seidel-Schulze).
- Mitglied im Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) (Seidel-Schulze).
- Mitglied der AG Methodik im Verband Deutscher Städtestatistiker (Seidel-Schulze).
- Vortrag „Präsentation der Ergebnisse von Clusteranalysen“ bei der Frühjahrstagung des VDSt, 1.4.2008, Saarbrücken (Seidel-Schulze).
- Vortrag „Anwendungsbeispiel Clusteranalyse: Lebensqualität in europäischen Städten Eine Städtetypologie auf Basis der Europäischen Bürgerumfrage 2006“ bei der Frühjahrstagung des VDSt, 1.4.2008, Saarbrücken (Seidel-Schulze).
- Vortrag „Standortprofile europäischer Städte auf Basis des European Perception Survey im Urban Audit bei der Statistischen Woche 2008, 15.9.2008, Köln (Seidel-Schulze).
- Mitglied im Management Committee der COST Action C 20 „Urban Knowledge Arena“ (Zwicker-Schwarm).
- Vortrag „How to put sustainable land use into practice?“, 8th International Model Project Forum „Urban Design Projects, Planning and Sustainability“ an der Bauhaus-Universität Weimar, 29.2.2008, Weimar (Zwicker-Schwarm).
- Vortrag „An overview of Germany's REFINA-programme“, 1st German-Bulgarian Conference on Research for Sustainability, 20.5.2008, Sofia (Zwicker-Schwarm).

Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Doris Becker
Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher (Koordinator)
Dipl.-Ing. Simone Harms (seit 1.9.2008)
Ina Kaube
Dipl.-Geographin Hadia Köhler (seit 1.10.2008)
Dipl.-Ing. Arne Koerdt
Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock
Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Dipl.-Ing. Angelika Uricher
Dipl.-Ing. Thomas Weber (seit 23.10.2008)
Roswitha Winkler-Heinrich (bis 30.6.2008)

Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Anne Behr
Christina Berwind
Anja Dornick
Alexander Hunger
Pierre Karohs
Kerstin Kiener
Philipp Steffens

Praktikantin

Mareike Wierzoch

1. Abgeschlossene Projekte

1.1. Handreichung Verkehrssteuerung

Eine stadtverträgliche Verkehrsplanung zählt wegen ihrer komplexen Anforderungsprofile (hoher Flächenbedarf in Konkurrenz zu anderen Nutzungsformen, Umweltverträglichkeit des Verkehrs, Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung) zu den schwierigsten städtebaulichen, rechtlichen und planerischen Aufgaben. Die Urbanität von Städten und damit die innerstädtische Lebensqualität hängen nicht nur von lokal begrenzten Problemlösungen (z.B. durch bauliche Maßnahmen) sowie generell der Förderung alternativer Verkehrsmittel (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) ab, sondern insbesondere davon, dass es gelingt, den motorisierten Individualverkehr insgesamt in den Stadtzentren (weiter) zu reduzieren, um dadurch den Problemdruck auf die Städte zu verringern.

In der bisherigen Debatte um verkehrssteuernde Maßnahmen für Innenstädte und Zentren stehen vielfach Einzelaspekte im Vordergrund: Umweltzonen fördern die Umstellung der Kfz-Flotten auf schadstoffärmere Fahrzeuge und tragen zur Luftreinhaltung bei, die in ausländischen Städten (London, Stockholm, Oslo, Bergen, Trondheim, Singapur) eingeführte City-Maut dient primär entweder der Vermeidung von Staus oder zur Generierung von Einnahmen für Infrastrukturprojekte, und die vielerorts in Deutschland praktizierte Parkraumbewirtschaftung der Verbesserung der Erreichbarkeit hoch belasteter städtischer Gebiete durch Verdrängung von Dauerparkern und Vermeidung von Parksuchverkehr. Oft stehen dabei lokale Probleme (Hot Spots, historische Stadtteile, urbane Zentren) im Vordergrund.

Isolierte Lösungsansätze wie etwa die Einführung einer City-Maut werden abgelehnt. Trotz ggf. durchaus feststellbarer positiver Einzelaspekte beantworten die letztgenannten Lösungsansätze nicht die Grundsatzfrage der generellen Reduktion des motorisierten Verkehrs in den Städten. Die aufgrund der rechtlichen Vorgaben zur Luftreinhaltung eingeführten Umweltzonen können bestenfalls einen Beitrag zur Problemlinderung leisten; gleiches gilt für die bereits seit vielen Jahren praktizierten Modelle der Parkraumbewirtschaftung.

In einer Handreichung wurde zusammengestellt, welche Lehren aus den in- und ausländischen Erfahrungen mit Maßnahmen zur Reduzierung des Kfz-Verkehrs gezogen werden können, ob und ggf. welche Synergien durch die Kombination von Instrumenten der Verkehrssteuerung wie Umweltzonen, Straßenbenutzungsgebühren und Parkraumbewirtschaftung entstehen, und welches die jeweiligen Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren sind.

Auftraggeber/Kooperation: Deutscher Städtetag.

Veröffentlichung: Steuerung des städtischen Kfz-Verkehrs, Impulse 6/2008.

Laufzeit: August 2007 bis Februar 2008.

Projektnummer: 30087

Projektbearbeitung: Bracher (PL), Lehmbrock, Uricher, Externe.

2. Laufende Projekte

2.1 Infrastruktur und Stadtentwicklung

Zentrale und über viele Jahrzehnte vergleichsweise stabile Rahmenbedingungen der Versorgung unserer Städte mit Energie, Wärme und Wasser sowie der Abwasserentsorgung sind gegenwärtig ebenso erheblichen Veränderungen unterworfen wie Rahmenbedingungen der Ausstattung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und der Alltagsmobilität („Verkehr“). Es besteht erhebliche Unsicherheit hinsichtlich der Frage, wohin sich die öffentlichen technischen, aber auch sozialen Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen entwickeln werden, und welche Aus- und Wechselwirkungen in Bezug auf städtebauliche Bauformen bestehen. Die Entwicklung von städtebaulichen Orientierungswerten, mit denen der künftige Bedarf und Auswirkungen auf die Erschließung abgeschätzt werden kann, dürfte daher ebenso von erheblicher Bedeutung sein wie die Dokumentation und Analyse von zukunftsorientierten Beispielen aus der Praxis. Vor diesem Hintergrund hat das Difu im Auftrag der Wüstenrot Stiftung im Oktober 2008 ein neues Projekt zum Thema „Infrastruktur und Stadtentwicklung“ gestartet.

Ausblick: Die Untersuchung bildet die Basis für die spätere Entwicklung qualitativer und quantitativer Orientierungswerte für den städtebaulichen Entwurf. Die zu entwickelnden Orientierungswerte sollen helfen, den künftigen Bedarf abzuschätzen und eine den veränderten Randbedingungen entsprechend durchdachte Planung ermöglichen.

Auftraggeber/Kooperation: Wüstenrot Stiftung; Lehrstuhl Infrastrukturplanung und Stadttechnik (Prof. Dr. Irene Peters), Hafen City Universität Hamburg, Department Stadttechnik, Geomed Research Forschungsgesellschaft mbH, Bad Honnef, Mathias Orth-Heinz, Berlin.

Veröffentlichung: Wüstenrot Stiftung.

Laufzeit: Oktober 2008 bis November 2009.

Projektnummer: 30092

Projektbearbeitung: Libbe (PL), Beckmann (IL), Köhler.

2.2 Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft (netWORKS II)

In Deutschland wurden in den letzten beiden Jahrzehnten bereits beachtliche Innovationen im Bereich alternativer Wasserver- und Abwasserentsorgungstechnologien entwickelt, die jedoch bisher ausschließlich im Rahmen weniger kleiner Modellprojekte umgesetzt wurden. Die Pilotvorhaben zeigten, dass Stofftrennung und neuartige Kombinationen von Ab- und Frischwasser prinzipiell möglich sind. Da es sich um flexible und nachhaltige Lösungen handelt, mit denen die Schließung von Nährstoffkreisläufen sowie die energetische Verwertung von Abwasser angestrebt wird, sind die Verfahren – angesichts der steigenden Energiepreise – auch volkswirtschaftlich interessant: Intelligente Systemlösungen zeichnen sich durch Stoffstromreduktion (Ökoeffizienz), höhere Flexibilität und teils kürzere Leitungswege aus und lassen langfristig eine ökonomische Effizienzsteigerung (Energieverwertung) erwarten. In dem Projekt wird untersucht, ob eine breitere Anwendung dieser Technologien sowie die Kombination mit vorhandenen Anlagen und Netzen auch in größerem Maßstab sinnvoll sind.

Ausblick: Im Rahmen des Projekts werden im Jahr 2009 die Ergebnisse aus den verschiedenen Teilmodulen zusammengeführt und als Arbeitshilfe für Kommunen aufbereitet.

Forschungsförderung/Kooperation: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF); Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/Main, Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH (ARSU), Oldenburg, Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Institut für Städtebau und Landschaftsplanung, Lehrstuhl für Stadttechnik, IWW Rheinisch-

Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH, Mülheim a.d. Ruhr, COOPERATIVE Infrastruktur & Umwelt, Darmstadt.

Fallstudienstädte/involvierte Städte: Bielefeld, Chemnitz, Cottbus, Essen, Hamburg, Schwerin.

Veröffentlichung: www.networks-group.de.

Laufzeit: Juli 2007 bis Dezember 2009.

Projektnummer: 30088

Projektbearbeitung: Libbe (PL), Reichel [AB 7].

2.3 Fahrradportal

Mit dem Nationalen Radverkehrsplan 2002–2012 hat die Bundesregierung in Kooperation mit den Bundesländern, Kommunen und Verbänden das Ziel gesetzt, das Potenzial des Radverkehrs in den deutschen Städten auszuschöpfen, um die vom Kfz-Verkehr ausgehenden Belastungen einzudämmen und Gesundheitsförderung, Verkehrssicherheit und Umweltschutz zu betreiben. Die Umsetzung einer radverkehrsfreundlichen Politik liegt vor allem auf der kommunalen Ebene. Mit einer Zuwendung des Bundesministeriums für Verkehr und in Kooperation mit dem Bund-Länder-Arbeitskreis „Fahrradverkehr“, in dem die kommunalen Spitzenverbände mitwirken, unterstützt das Difu dieses Vorhaben durch ein Internetportal (Projektbeginn Februar 2004). Ziel ist es, über den Fortgang der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans zu berichten und Rechtsvorschriften, Forschungsergebnisse, Veranstaltungen, Literatur, Statistiken und gute Beispiele zu dokumentieren.

Die Informationsplattform www.nationaler-radverkehrsplan.de erschließt die einschlägigen Förder- und Planungsrichtlinien und die vielfältigen Erfahrungen und Aktivitäten der in- und ausländischen Kommunen zur Förderung des Radverkehrs. Sie umfasst fachliche Dokumente, wissenschaftliche Ergebnisse, Diskussionsforen, Termine, Neuigkeiten und Internetlinks für die Arbeitsebene des Bund-Länder-Arbeitskreises Fahrradverkehr sowie für weitere Gremien (Arbeitskreise), denen auch zahlreiche Kommunen angehören.

Ende 2008 umfasste das Portal für die Fachöffentlichkeit (frei zugänglich) unter anderem 1 249 fachliche „Neuigkeiten“, 108 Datensätze „Praxisbeispiele“, 1 143 Einträge in die Literaturdatenbank sowie ein internationales Linkverzeichnis. Seit dem Beginn im Jahr 2004 wurden 395 Termine (Veranstaltungen, Wettbewerbe und Aktionen) angekündigt.

Ausblick: Das Fahrradportal wird vom Difu 2009 fortgeführt.

Auftraggeber/Kooperation: BMVBS.

Fallstudienstädte/involvierte Städte: Die Einträge der Praxisbeispiele sind nach kreisfreien Städten, kreisangehörigen Städten und Landkreisen klassifiziert. 32 Praxisbeispiele betreffen kreisfreie Städte.

Veröffentlichung: www.nationaler-radverkehrsplan.de.

Laufzeit: April 2004 bis Dezember 2007.

Projektnummer: 30081

Projektbearbeitung: Bracher (PL), Grabarse [AB 7], Reichel [AB 7], Winkler-Heinrich.

2.4 Erfahrungsaustausch mit der AG Nahverkehrsplanung der BAG ÖPNV Aufgabenträger

Mitte der 90er-Jahre wurde infolge der Bahnreform und Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs der „Nahverkehrsplan“ als Instrument zur Entwicklung des ÖPNV in Deutschland eingeführt. Seine herausragende Aufgabe ist die konkrete Bestimmung der ausreichenden Verkehrsbedienung, die von den Aufgabenträgern des ÖPNV zu beschließen und im Nahverkehrsplan festzulegen ist. Der Nahverkehrsplan dokumentiert also die Entscheidung der Aufgabenträger über das im öffentlichen Interesse sicherzustellende ÖPNV-Angebot. Dabei zeigen die bisher erstellten Nahverkehrspläne vielfältige Planungsansätze und Aufgabenzuschnitte.

Für den ÖPNV trat am 3.12.2009 die neue EU-Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 in Kraft. Sie ersetzt die bisherigen Verordnungen bezüglich Betriebsbeihilfen im ÖPNV sowie im Hinblick auf Infrastrukturbeihilfen im ÖPNV. Die Verordnung gilt unmittelbar und steht somit dem deutschen Personenbeförderungsgesetz vor. Aufgrund der bisher nicht erfolgten Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes besteht im Bereich der Nahverkehrsplanung und sowie dem Genehmigungsrecht derzeit erhebliche Rechtsunsicherheit, da die deutschen und europäischen Rechtsnormen beispielsweise Unterschiede bezüglich der Unterscheidung zwischen eigen- und gemeinwirtschaftlichem Verkehr enthalten und Vorgaben zur Ausgestaltung des „Genehmigungswettbewerbs“ fehlen. Ziel sollte sein, bei der Konzessionierung von Verkehrsunternehmen durch Genehmigungsbehörden den jeweils geltenden Nahverkehrsplan mehr als bisher zu berücksichtigen und die Zulässigkeit von öffentlichen Ausgleichszahlungen für Verkehrsdienstleistungen an die Festlegungen der Nahverkehrspläne zu knüpfen.

Im Kontext der kommunalen Aufgabenträgerschaft im ÖPNV unter den Bedingungen der sich wandelnden europäischen Marktordnung und den damit laut Beihilferecht verbundenen kommunalen Aufgaben hat das Difu den Arbeitskreis Nahverkehrsplanung (AK NVP) der Bundesarbeitsgemeinschaft Aufgabenträger im ÖPNV der kommunalen Spitzenverbände im Berichtszeitraum geschäftsführend betreut.

Der Arbeitskreis ermöglicht den Erfahrungsaustausch über die Gemeindegrenzen und über die Verkehrsverbünde und Regionen hinweg. Der AK NVP hat einen Leitfaden zur Erstellung von Nahverkehrsplänen sowie Benchmarks erarbeitet und empfohlen. Schwerpunkt der Debatte der BAG ist die Entwicklung des ordnungsrechtlichen Rahmens des ÖPNV (EU-Verordnung).

Ausblick: Die Geschäftsführung des Difu endet mit dem Ausscheiden von Herrn Lehmbruck aus dem Difu im April 2009.

Auftraggeber/Kooperation: Eigenprojekt/BAG Nahverkehrsplan der kommunalen Auftraggeber des ÖPNV.

Fallstudienstädte/involvierte Städte: Ca. 15 Städte sind indirekt über die Teilnehmer der AG beteiligt.

Veröffentlichung: Die AG 1 (Nahverkehrsplanung) der Bundesarbeitsgemeinschaft ÖPNV der kommunalen Spitzenverbände hat den „Leitfaden Nahverkehrsplanung – eine Orientierungshilfe für Planungspraktiker und Entscheidungsträger“ erarbeitet (Juni 2008).

Laufzeit: Bis Ende April 2009.

Projektnummer: 30069

Projektbearbeitung: Lehmbruck (PL), Becker.

2.5 Fortbildungsangebot „Fahrradakademie“

Laufende
Projekte

Der „Nationale Radverkehrsplan“ bildet auch den Förderkontext des Vorhabens „Fahrradakademie“. Das Projekt wurde aufgrund des 2. Fahrradberichts eingerichtet, den die Bundesregierung 2006/07 dem Bundestag zugeleitet hat. Darin wurde konstatiert, dass die Förderung des Radverkehrs vielerorts dadurch gehemmt wird, weil Praktiker, Planer und Politiker aus Städten und Regionen nicht genügend Wissen im Hinblick auf Radverkehrsfragen haben. Planung und Umsetzung der mit der Radverkehrsförderung verbundenen Aufgaben erfordern einen fundierten fachlichen Hintergrund, der bisher in der Ausbildung der mit Radverkehrsplanung betrauten Berufsgruppen nur eine unzureichende Rolle spielte.

Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag wurde deshalb das Konzept für eine Fahrradakademie entwickelt, deren Veranstaltungen mit Förderung des BMVBS vom Difu seit 2007/08 in regelmäßig in Jahresprogrammen angeboten werden. Mit der „Fahrradakademie“ bietet das Difu den Kommunen ein umfangreiches Fortbildungsangebot bei der Radverkehrsplanung und darüber eine jährliche Fahrradkommunalkonferenz“ als Angebot zur Vernetzung der Städte, Gemeinden und Landkreise mit dem Ziel eines effektiven Erfahrungsaustauschs und einer fundierten Meinungsbildung.

Das Jahresprogramm 2008/09 enthält 16 Seminare zu vier verschiedenen Themenstellungen, eine internationale Exkursion sowie die Fahrradkommunalkonferenz. Die Seminare finden wieder an 16 unterschiedlichen Städten in zwölf Bundesländern statt. Die 2. Fahrradkommunalkonferenz fand im November 2008 in Frankfurt/M. statt, zwei Fachexkursionen führten 2008 nach Kiel und in die Niederlande nach Utrecht und Houten.

An den acht eintägigen Seminaren, vier zweitägigen Seminaren und den beiden Fachexkursionen wurden in 2008 durch 44 Referenten insgesamt 673 Teilnehmer erreicht, und die 2. Fahrradkommunalkonferenz besuchten 158 Teilnehmer. Eine projektbegleitende Evaluation zeigt, dass sich die Fahrradakademie innerhalb kürzester Zeit erfolgreich etabliert hat.

Ausblick: Bis zum Sommer werden in 2009 weitere zwölf Seminare sowie eine internationale Exkursion nach Dänemark angeboten. Darüber hinaus wird das Jahresprogramm 2009/10 mit voraussichtlich 18 Veranstaltungen konzipiert sowie in Teilen bereits 2009 durchgeführt.

Auftraggeber/Kooperation: Die Fahrradakademie wird gefördert vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und unterstützt vom Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Landkreistag.

Fallstudienstädte/involvierte Städte: Städte, in denen Veranstaltungen der Fahrradakademie stattfinden, werden nach Möglichkeit organisatorisch mit einbezogen. Standorte der Fahrradakademie 2007 waren Frankfurt (Main), Berlin, München, Kiel und Göttingen.

Veröffentlichungen: Presseartikel, Difu-Berichte, Jahresprogramm Difu, Jahresprogramm Fahrradakademie, gedruckte Seminarankündigungen, <http://www.fahrradakademie.de>.

Laufzeit: Juni 2007 bis Mai 2010 (jährlicher Evaluationsvorbehalt).

Projektnummer: 30083

Projektbearbeitung: Bracher (PL), Harms, Kaube, Koerdt, Weber.

2.6 Planspiel „Interkommunale Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München“

Aufgrund der regionalen Verflechtungen lassen sich Stadt- und Verkehrsprobleme innerhalb der Kernstädte nicht mehr isoliert lösen. Die unterschiedlichen Kooperationsmodelle von Stadtregionen bilden deshalb seit Jahren im Difu einen Schwerpunkt.

Seit September 2007 führt das Difu ein Planspiel zur „Interkommunalen Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München“ gemeinsam mit der TU Hamburg-Harburg durch. Im Arbeitspaket S12 des Kooperationsprojekts „arrive – Angebote für eine mobile Region“ haben sich Gemeinden und Vertreter aus öffentlicher Planung und Privatwirtschaft zur Förderung einer interkommunalen Verkehrsentwicklungsplanung in der Region München zusammengefunden. Im Jahr 2007 beschlossen sie, einen derartigen Planungsprozess in Form eines Planspiels zu gestalten. Zur Moderation des Planspiels wurde das Difu in Kooperation mit dem Institut für Verkehrsplanung und Logistik der TU Hamburg-Harburg beauftragt. In diesem Rahmen wurden von November 2007 bis April 2008 mehrere Workshops mit dem Ziel durchgeführt, von allen Beteiligten getragene Ziele und Szenarien der Verkehrsentwicklungsplanung zu erarbeiten. Beteiligt sind die Landeshauptstadt München, drei Umlandgemeinden und weitere Akteure. Die Ergebnisse sind in den „arrive s12-Prozess“ eingeflossen. Das Planspiel hat gezeigt, dass eine gemeinsame Erarbeitung von Zielen, Maßnahmen und Szenarien der Verkehrsentwicklungsplanung durch Kernstadt und Umlandgemeinden möglich ist. Dabei kam es zu relativ wenigen Konflikten, die erst im Detail auftraten und kaum grundsätzlicher Natur waren. Es wird empfohlen, auf dieser Grundlage nun Vereinbarungen über die Verstärkung, Organisation, Finanzierung und Umsetzung der interkommunalen Verkehrsentwicklungsplanung zu treffen. Nachdem bereits die entwickelten Szenarien und die vereinbarten Ziele einer kooperativen Verkehrsplanung im Münchener Nordraum auf dem Abschlusskongress von Arrive vorgestellt wurden, soll das Planspiel Anfang Mai 2009 mit einer Präsentation vor den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der beteiligten Gemeinden abgeschlossen werden.

Ausblick: Abschließende Veranstaltungen sind in 2009 vorgesehen.

Auftraggeber/Kooperation: Landeshauptstadt München.

Fallstudienstädte/involvierte Städte: Garching, Karlsfeld, München, Oberschleißheim.

Veröffentlichung: Die Dokumentation des Planspiels wird 2009 erscheinen.

Laufzeit: April 2007 bis November 2008.

Projektnummer: 30084

Projektbearbeitung: Lehmbruck (PL), Becker, Externe.

2.7 ParkenBerlin – Parkraummanagement in Berlin

Parkraummanagement (die Erstellung und Bewirtschaftung von Stellplätzen im öffentlichen und privaten Raum) ist als kleinräumiges und über die Parkgebühr selektiv wirkendes Steuerungsinstrument der Verkehrsplanung anerkannt. Das Berliner Modell (Parkautomat mit Vignetten für Bewohner/Betriebe) ist in ganz Deutschland verbreitet. Die Ziele der Bewirtschaftung der Straßenparkplätze und Begrenzung des privaten Stellplatzbaus sind: Verringerung des Autoverkehrs in ausgewählten Stadtquartieren, Verringerung des Berufspendelverkehrs in die Innenstadt, Verbesserung der Erreichbarkeit für Kunden- und Besucher in ausgewählten Situationen.

Die Bewirtschaftung der öffentlichen Parkstände erfolgt in Berlin dezentral durch die Bezirke nach Leitlinien des Senats. Die Umsetzung in den Stadtbezirken ist in zwei Bezir-

ken dynamisch und in anderen eher schleppend. Der Neubau privater Stellplätze schränkt zunehmend die Steuerungsreichweite der Parkraumbewirtschaftung ein.

Mit Fördermitteln des BMVBS und in Partnerschaft mit VMZ Berlin Betreibergesellschaft mbH, LK Argus GmbH und Bezirksamt Mitte von Berlin soll das Vorhaben auf der Basis einer Ermittlung der Hemmungsfaktoren die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung verbessern. Dazu werden Planspiele durchgeführt und in ausgewählten Pilotvorhaben neue Instrumente des Parkraummanagements eingeführt und erprobt. Hierzu gehören Handyparken, Carsharing-Plätze auf der Straße, Untersuchungen zur Wirkung der Höhe von Parkgebühren, Online-Verwendung von Daten der Parkautomaten zur Verkehrsinformation, Entwicklung einer Verordnung zu Obergrenzen des Stellplatzbaus, Maßnahmen zur Vereinfachung der Parkraumbewirtschaftung für die Verkehrsteilnehmer, Maßnahmen zur Verbesserung und Integration der Parkhausangebote sowie von Park& Ride.

Im Jahr 2008 wurden drei Vorabbefragungen durchgeführt und abgeschlossen. Zwei Planspiele wurden durchgeführt und werden im Frühjahr 2009 abgeschlossen sein. Um Interessenkonflikte zwischen Forschungsprojekt und Planungspraxis zu vermeiden, wurden die entsprechenden Arbeitspakete in ihrem zeitlichen Ablauf mit den beteiligten Bezirksämtern und auch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung abgestimmt.

Ausblick: Das Pilotprojekt „Einfacher Parken“ wird derzeit aufgrund neuer maßgeblicher Informationen überarbeitet. Im Pilotprojekt Parkhäuser, Park & Ride wurden umfangreiche Recherchen und Experteninterviews mit Investoren und Betreibern von Parkbauten durchgeführt, die derzeit ausgewertet werden. Das Pilotvorhaben Stellplatzbauobergrenzenverordnung ist eng an die Einführung des in Berlin zu diesem Thema vorliegenden Verordnungsentwurfs gekoppelt. Derzeit finden Gespräche mit der zuständigen Senatverwaltung über eine mögliche Abstimmung der geplanten Arbeitspakete statt. Die Arbeitsplanung muss an die neuen Anforderungen angepasst werden. Wegen einer neuen Einschätzung der Rechtslage ist eine neue Begründung der Verordnung erforderlich. Das Difu wird im Rahmen des Projekts ParkenBerlin bis Mitte März die zuständigen Senatsdienststellen bei dem empirischen Teil dieser Begründung beraten. Die inhaltliche Vorbereitung des Planspiels im Ruhrgebiet wird im Rahmen eines Workshops im März 2009 und die Durchführung bis zur Sommerpause erfolgen.

Auftraggeber/Kooperation: BMVBS (Auftraggeber), LK Argus GmbH, VMZ Berlin Betreibergesellschaft mbH, Bezirksamt Mitte (Partner).

Fallstudienstädte/involvierte Städte: Berlin, Regionalverband Ruhr.

Veröffentlichung: E-Mail-Flyer: mehrmals jährlich während der Projektlaufzeit, Mobilität21: www.m21-portal.de, in Difu-Reihe Edition für das Jahr 2009 vorgesehen.

Laufzeit: September 2007 bis August 2009.

Projektnummer: 30089

Projektbearbeitung: Lehmbrock (PL), Preuß, Rothäusler [AB 1], Uricher, Externe.

2.8 Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen insbesondere für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung der Belange des ÖPNV

Angesichts der absehbaren demografischen Veränderungen wird die Aufrechterhaltung der technischen und sozialen Infrastruktur nach Art, Umfang und Qualität für die nächsten Jahrzehnte eine wichtige politische Herausforderung. Angesprochen sind die öffentlichen und privaten Träger der Infrastruktur sowie die Raumplanung. Die kommunale Siedlungsentwicklung ist in vielen Regionen trotz stagnierender und abnehmender Bevölkerung von weiterem Flächenwachstum sowie von geringen Siedlungsdichten gekennzeichnet, die sich zukünftig kostensteigernd für Bau, Unterhalt, Erhaltung und Betrieb von technischer und sozialer Infrastruktur auswirken werden. Anforderungen des

Klimaschutzes und eine geringere Unabhängigkeit von Energiepreissprüngen erfordern zudem wirksame Instrumente der Begrenzung des Verkehrswachstums. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen wird zunehmend von Infrastrukturlasten und den gestiegenen Anforderungen der Gesellschaft an den ÖPNV beansprucht.

Die Aufgabe dieses Forschungsprojekts ist es daher, die bestehenden praktischen Erfahrungen zu volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Kosten von Infrastrukturen sowie die Ergebnisse bisheriger Forschungsprojekte gezielt auszuwerten, um die bestehenden Lücken zu erkennen und durch eigene Analysen und Modellrechnungen sowie anschließende Empfehlungen zu schließen. Durch eine erhöhte Kostentransparenz (einschließlich der unterschiedlichen Kostenträgerschaft) wird eine integrierte Verkehrs- und Siedlungsentwicklung gefördert sowie ein Beitrag zu einer effizienten Siedlungsentwicklung geleistet.

Der Blick auf die Forschungslandschaft macht insgesamt deutlich, dass es bisher noch nicht gelungen ist, die komplexen Wechselwirkungen zwischen Standort- und Flächenentwicklungen, Bevölkerungsentwicklung und Verkehrsnachfrage sowie Betrieb, Erhaltung, Erweiterung und Finanzierung von Verkehrsinfrastruktursystemen räumlich differenziert zu erfassen und für die kommunalen Planungsebenen nutzbar zu machen.

Ziel des Vorhabens ist es, ein praxisorientiertes Tool zur Abschätzung der verkehrsinfrastrukturellen Folgekosten für Kommunen und Verkehrsunternehmen zu erarbeiten. Den Anwendungsrahmen hierfür sollen die kommunale Bauleitplanung auf der gesamtgemeindlichen Ebene (Flächennutzungsplanung) und der baugebietsbezogenen Ebene (Bebauungsplanung) bilden. Im Ergebnis sollen die Zusammenhänge zwischen der Bebauungs- und Siedlungsstruktur, dem infrastrukturellen Ausbaustandard und der Bedienungsqualität des ÖPNV dargestellt werden. Dabei sollen zwei Verfahrens-/Prozessperspektiven besonders betont werden: Die Möglichkeiten, den Entscheidungsraum wichtiger Akteure über die Betrachtung einmaliger Investitions- und Baukosten hinaus zu erweitern, und die Weiterentwicklung von Argumenten, die den Erhalt bestehender Infrastrukturen als Alternative zum Neubau fördern.

Der Schwerpunkt der im Difu dazu zu leistenden Arbeiten wird bei der Entwicklung eines Modellmoduls zur Verkehrserzeugung und zur Schätzung der ÖPNV-Anteile liegen. Auf dieser Basis sollen die Kosten der infolge von Siedlungsentwicklung erforderlichen ÖPNV-Angebote ermittelt werden.

Auftraggeber/Kooperation: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Planersocietät.

Laufzeit: Oktober 2008 bis März 2010.

Projektnummer: 30094

Projektbearbeitung: Lehmbrock (PL), Schneider [AB 2], Externe.

3. Weitere Aktivitäten (Auswahl)

- Mitglied und Sprecher der zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr eingerichteten AG „FahrRat“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Bracher).
- Mitglied (bis 31.1.08 Leiter) des Arbeitskreises 2.5.1 „Aktuelle Themen des Radverkehrs“ und Ausschussmitglied 2.5. der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Sitzung am 20.10.2008 in Stuttgart (Bracher).
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundesumweltministeriums zum Forschungsprojekt „Stoffstromanalyse nachhaltige Mobilität im Kontext erneuerbarer

- Energien bis 2030“ (Renewbility), Sitzungen am 28.1.2008 und am 11.10.2008 in Berlin (Bracher).
- Mitglied im Bund/Länder Arbeitskreis „Fahrradverkehr“, Sitzungen am 13. und 14.3.2008 in Gera und vom 18.–19.9.2008 in Köln (Bracher).
 - Mitglied im Beirat Radverkehr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Sitzungen am 7.4.2008, 29.8.2008 und am 5.12.2008 in Berlin (Bracher).
 - Ständiger Gast der Fachkommission Verkehrsplanung des DST, Sitzungen vom 24.–25.4.2008 in Wien und 25.–26.9.2008 in Stuttgart (Bracher).
 - Mitglied der projektbegleitenden Arbeitsgruppe des BMVBS-Projekts „Interdependenzen zwischen Fahrrad- und ÖPNV-Nutzung“, Sitzung am 2.4.08 und Moderation der Konferenz Meetbike vom 3.–4.4.2008 in Dresden (Bracher).
 - Geschäftsführender Herausgeber des Loseblattwerks „Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung“, Hüthig Verlagsgruppe, Heidelberg (Lehmbrock), Mitherausgeber (Bracher).
 - Mitglied des Arbeitskreises „City-Maut“ der FGSV, Sitzungen am 21.7.2008 in Stuttgart und am 15.12.2008 in München (Bracher).
 - Mitglied im Expertenbeirat und der Jury des Projekts „Zero Emission Mobility“ des Bundesministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit, Sitzungen am 4.11.08 und am 12.12.2008 in Berlin (Bracher).
 - Einführungsstatement Workshops 2 „Mobilität und Verkehrsinfrastruktur“ auf dem Kommunalkongress „Richtig investieren – effizient modernisieren/Mit starken Städten und Gemeinden Deutschlands Zukunft gestalten“ am 21.4.2008 in Berlin (Bracher).
 - Geschäftsführender Herausgeber des Loseblattwerks „Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung“, Hüthig Verlagsgruppe, Heidelberg (Lehmbrock).
 - Lehrbeauftragter an der FHTW Berlin in Kooperation mit der FHVR Berlin, zu den Themen „Betriebswirtschaftlehre Öffentlicher Unternehmen“ (Diplom-Studiengang „Public Management“) sowie „Management und Governance: Öffentliche Unternehmen“ (Bachelor Studiengang „Public Management“) (Libbe).
 - Vortrag „Gemeinwohlsicherung und öffentliche Unternehmen im Wandel“ auf dem Workshop „Öffentliche Unternehmen und Gemeinwohl“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Verein Helle Panke e.V., Arbeitskreis Linke Metropolenpolitik, am 26.5.2008 in Berlin (Libbe).
 - Vortrag „Die Zukunft der stadttechnischen Infrastrukturen“ auf dem Internationalen Kongress „Urbanität und Infrastruktur“ der Internationalen Bauausstellung Stadtbau Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Stiftung Bauhaus Dessau am 19.9.2008 in der Lutherstadt Wittenberg (Libbe).
 - Vortrag „Folgen der Ausgliederung großer Teile kommunaler Daseinsvorsorge in private Rechtsformen und der Privatisierung von Leistungen in Hinblick auf die demokratische Kontrolle und die politische Handlungsfähigkeit von Kommunen“ im Rahmen des Fachgesprächs „Was soll der Staat, was kann der Staat? Die kommunale Daseinsvorsorge im Spannungsfeld zwischen Rekommunalisierung und Privatisierung“ der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen am 13.10.2008 in Berlin (Libbe).
 - Vortrag „Wasser: Ware oder Gemeinschaftsgut? Wasserwirtschaft zwischen Gemeinwohlsicherung, Privatisierung und Europäischem Wettbewerbsregime“ auf den Umwelttagen Bremen am 30.10.2008 in Bremen (Libbe).
 - Vortrag „Nachhaltige Flächenpolitik in den Städten“ auf dem Fachkongress „Nachhaltige Flächenpolitik in den Städten“ des Städtetages NRW am 3.4.2008 in Köln (Preuß).
 - Vortrag „Überblick über die aktuellen planungsrechtlichen Handlungsinstrumente zur Brachflächenentwicklung“ auf dem 564. Kurs „Chancen und Risiken der Kon-

**Weitere
Aktivitäten**

version innerstädtischer Militär-, Post-, Bahn-, Gewerbe- und Industriebrachen“ des IfS vom 7.–8.4.2008 in Berlin (Preuß).

- Vortrag „Circular land use management in urban regions: strategy and instruments“ auf der ConSoil 2008 International Conference on Soil-Water Systems am 3.6.2008 in Mailand (Preuß).
- Vortrag „Land Consumption in Germany: Circular Land Use Management in Cities and Urban Regions – An Innovative Strategic and Policy Approach“ auf dem Workshop „Governing Farmland Conversion in the Quest for Sustainability – Comparing China and Germany“ der HU Berlin, Fachgebiet Ressourcenökonomie und der Nan-jing Agricultural University am 23.7.2008 in Berlin (Preuß).
- Vortrag „Flächeninanspruchnahme, Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft“, ISR der TU Berlin, studentisches Seminar am 8.12.2008 in Berlin (Preuß).

Arbeitsbereich Köln

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. phil., Dipl.-Ing. Werner Heinz (Koordinator)
Dipl.-Geogr. Franziska Kausch (seit 15.4.)
Sigrid Künzel (seit 13.10.)
Dipl.-Geogr. Nicole Langel (Elternzeit bis 9.4.10)
Dina Lieder (seit 1.10.)
Dipl.-Ing. Vera Lorke
Irmgard Michels (bis 11.2.)
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln
Kamilla Vuong (bis 31.1.)

1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Deutsche Städte und Globalisierung

Zu den maßgeblichen Folgen des aktuellen, neoliberal orientierten und auf die Beseitigung vorhandener nationaler wie internationaler Schranken und Grenzen im Sinne der Erschließung neuer Märkte, Räume und Profitquellen zielenden Globalisierungsprozesses zählen eine wachsende globale Arbeitsteilung, ein immer weitere Räume und Sektoren einbeziehender Wettbewerb, weit reichende Vernetzungen im Wirtschafts- und Finanzbereich sowie eine allgemeine Beschleunigung von Arbeitsverfahren, Produktionsprozessen und Transportvorgängen. Für deutsche Städte und Gemeinden bedeutet dieser Prozess – dies belegt die Ende 2008 erschienene Difu-Studie „Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung“ anhand einer Vielzahl von Beispielen – eine tiefgreifende, sämtliche Strukturen und Aufgabenfelder betreffende und mit einer zunehmenden Ökonomisierung einhergehende Transformation. Die Städte begegnen diesen Veränderungen und Herausforderungen mit vielfältigen Strategien und Maßnahmen, die von zunehmender Internationalisierung, veränderten wirtschaftsstrukturellen Schwerpunktsetzungen und einem breiten Spektrum außen- und innenorientierter Politiken bis zu einer Öffnung kommunaler Strukturen, Aufgaben und Einrichtungen für den Privatsektor und dessen Akteure reichen.

Die Ergebnisse dieser Aktivitäten sind – wie die Difu-Studie differenziert belegt – ambivalent. Auf der Erfolgsseite verzeichnen viele Städte – dies gilt insbesondere für ihre Zentren – einen deutlichen, an den Ansprüchen hochqualifizierter Beschäftigter und ihrer Arbeitgeber orientierten Image- und Attraktivitätsgewinn, auf der anderen Seite nehmen Phänomene wie soziale Segregation, ökonomische Polarisierung und räumliche Disparitäten weiter zu. Zur Reduzierung dieser Diskrepanzen wird von vielen der knapp 60 in die Difu-Studie einbezogenen Gesprächspartner aus (Kommunal-) Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein weitgehender Strategien- und Prioritätensetzungen erfassender Paradigmenwechsel gefordert. Dieser sollte nicht allein für die kommunale Ebene, sondern für alle kommunalrelevanten Akteure gelten: von der Bundes- bis zur globalen Ebene, einschließlich des Privatsektors.

Ausblick: Die Projektergebnisse sollen in den kommenden Monaten über Vortragstätigkeiten, Difu-Seminare wie auch kleinere Veröffentlichungen breit gestreut werden.

Auftraggeber/Kooperation: Das intern finanzierte Projekt wurde in enger Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag und der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des DST durchgeführt.

Involvierte Städte: Zu den Gesprächspartnern des Projekts zählten die Stadtspitzen von 17 deutschen (Groß-) Städten.

Veröffentlichung: Eine differenzierte Analyse der kommunalen Umbrüche mit ihren Wechselwirkungen und Verflechtungen, ihren Risiken und Chancen ist im November 2008 erschienen.

Laufzeit: Januar 2005 bis Dezember 2008.

Projektnummer: 40028

Projektbearbeitung: Heinz (PL), Lorke, Vuong; studentische Hilfskräfte: Hagen, Klein, Le Bris.

1.2 Difu goes Europe: Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

Städte und Gemeinden der EU-Mitgliedsländer sehen sich im politischen Mehrebenensystem der Europäischen Union in zunehmendem Maße mit einer Vielzahl neuer wie auch ähnlicher Herausforderungen konfrontiert. Gleichzeitig weisen die Rollen und

Handlungsspielräume der kommunalen Akteure infolge unterschiedlicher nationaler Entwicklungspfade und Verfassungssysteme deutliche Unterschiede auf.

Diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede waren Gegenstand der Mitte 2008 fertig gestellten Studie „Difu goes Europe – Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern“. Auf der Basis einer breit angelegten Literatur- und Internetrecherche sowie einer schriftlichen, an die einzelnen kommunalen Spitzenverbände adressierten Umfrage wurden hier für elf ausgewählte EU-Staaten mehrere relevante Aspekte beleuchtet: Stellung und Funktion von Städten und Gemeinden im jeweiligen Verwaltungsaufbau, Stand der kommunalen Vertretungskörperschaften/Lobby-Organisationen, die an kommunalen Belangen orientierten Forschungs- und Beratungseinrichtungen, Diskrepanzen zwischen kommunalen Bedarfen und vorhandenen Angeboten sowie nicht zuletzt anstehende Verbesserungsbedarfe. Diese reichen – dies war ein wesentliches Ergebnis der Umfrage – vom Ausbau und der Vernetzung vorhandener Einrichtungen über eine stärkere Ausrichtung bestehender Institutionen an den konkreten Bedarfen von Kommunen bis zur Installierung neuer, von den Kommunen getragener Einrichtungen nach dem Vorbild des Difu.

Ausblick: Die Projektergebnisse haben den Deutschen Städtetag zu Überlegungen für ein weiterführendes Projekt in Kooperation mit dem Difu und dem European Institute of Public Administration (EIPA), Maastricht, zum Thema „Public Services in EU-Ländern“ veranlasst.

Auftraggeber/Kooperation: Das intern finanzierte Projekt, vor allem die Befragung der kommunalen Spitzenverbände, wurde in engem Kontakt mit der Spitze des Deutschen Städtetages durchgeführt.

Veröffentlichung: Eine Darstellung der Umfrageergebnisse ist für März 2009 in Kurzform in den Difu-Papers vorgesehen. Die Veröffentlichung der gesamten Studie ist für Mai 2009 vorgesehen.

Laufzeit: August 2007 bis Juli 2008.

Projektnummer: 40052.

Projektbearbeitung: Heinz (PL), Hagen.

1.3 Regionale Luftreinhalteplanung: Koordinierungsphase

Im Auftrag des Regionalverbands Ruhr (RVR) und mit Förderung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und in Kooperation mit dem Städtetag Nordrhein-Westfalen hat das Difu im Zeitraum von Juni 2006 bis März 2007 das Projekt „Machbarkeitsstudie: Regionale Luftreinhalteplanung“ durchgeführt.

Das darin vorgeschlagene Modell bestand darin, dass die von den drei beteiligten Bezirksregierungen (Arnsberg, Düsseldorf und Münster) in Aufstellung befindlichen Luftreinhaltepläne in enger Kooperation untereinander und mit den jeweils betroffenen Kommunen aufeinander abgestimmt werden, so dass im Wesentlichen inhaltlich gleichlautende Luftreinhaltepläne erarbeitet werden.

Im Rahmen der Fortschreibung bzw. Erstellung von Luftreinhalte- bzw. Aktionsplänen durch die Landesbehörden bedurfte es daher der besonderen Berücksichtigung und Abstimmung von einheitlichen Kriterien, so dass Schnittstellen identifiziert und potenzielle Widersprüche zwischen den einzelnen Plänen in der Region aufgelöst bzw. vermieden werden. Die fachliche Begleitung und Unterstützung des dafür erforderlichen Kommunikations- und Koordinierungsprozesses stand im Mittelpunkt des Projekts.

Wesentliche Elemente der fachlichen Begleitung und Unterstützung bestanden zum einen in der Auswertung, dem Vergleich und der redaktionellen Überarbeitung der vorliegenden Entwürfe zum „Allgemeinen Teil“ der drei Teilpläne sowie ihre Zusammen-

führung zu einem gleich lautenden Kapitel „Allgemeiner Teil“ des Regionalen Luftreinhalteplans Ruhrgebiet. Zum anderen bestanden sie in der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von zwei Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit allen betroffenen Kommunen sowie weiteren wichtigen Akteuren aus der Region. Des Weiteren wurde bereits vor Beginn des Inkrafttretens des Regionalen Luftreinhalteplans Ruhrgebiet für die Evaluation der darin enthaltenen Maßnahmen ein Evaluationskonzept erstellt. Auf Basis der Ergebnisse der Evaluation – ggf. sogar anhand der Zwischenberichte – können frühzeitig Entscheidungen zur Einleitung von weiteren Maßnahmen bzw. der nächsten Stufe des Luftreinhalteplans getroffen werden.

Auftraggeber/Kooperation: Im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Involvierte Städte: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Oberhausen.

Laufzeit: Januar bis August 2008.

Projektnummer: 40056

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Lorke.

1.4 Werkstatt: Lärminderungsplanung

Das Difu führte mit ausgewählten Akteuren am 20. August 2008 eine Werkstatt zur Lärminderungsplanung in ausgewählten Ballungsräumen durch. Ziel der Werkstatt war der Erfahrungsaustausch zum Stand der Aktivitäten in den Städten, das Aufzeigen von Problemen und Lösungsmöglichkeiten sowie der Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen bei der Aufstellung von Lärminderungsplänen.

Auftraggeber/Kooperation: Im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, in Kooperation mit dem Städtetag Nordrhein-Westfalen.

Involvierte Städte: Aachen, Bochum, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Mönchengladbach, Wuppertal.

Laufzeit: Mai bis September 2008.

Projektnummer: 40060

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Lorke.

1.5 13. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Der 13. Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten fand am 7. und 8. April 2008 in Kaiserslautern mit dem Schwerpunkt „Klimaschutz und kommunales Energiemanagement“ mit über 200 Teilnehmern statt. Geboten wurden umfangreiche Informationen, Erfahrungsaustausch und Diskussionen über aktuelle Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Projekte des kommunalen Energiemanagements.

Die Bedeutung des kommunalen Energiemanagements wächst stetig. Wichtige Gründe dafür sind einerseits die weiterhin steigenden Preise für Strom, Gas und Öl sowie die damit verbundene Notwendigkeit der Energieeinsparung und der möglichst effizienten Nutzung der Energieressourcen. Andererseits sind die Anforderungen an den kommunalen Klimaschutz angesichts der aktuellen Diskussionen über den Klimawandel gestiegen. Ein Schwerpunkt des 13. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten bestand daher darin, die Verknüpfungen von Maßnahmen und Projekten des kommunalen Energiemanagements mit den Herausforderungen des Klimaschutzes zu verdeutlichen.

Auf dem Fachkongress wurden auch zu weiteren bedeutenden Themen des kommunalen Energiemanagements neue Verfahren, Ansätze und Beispiele aus der Praxis der Energiebeauftragten in insgesamt 18 Workshops vorgestellt und diskutiert:

- Klimaschutz und Energiemanagement,
- Energieeffizienz,
- Erneuerbare Energien,
- Energie im Gebäudemanagement,
- Energiemanagement in kleinen und mittleren Kommunen,
- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Kongress diente damit zugleich als Fortbildungsveranstaltung und als Plattform für Erfahrungsaustausch und Diskussion nach dem Motto „aus der Praxis für die Praxis“.

Ausblick: Der 14. Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten wird am 27./28. April 2009 in Münster stattfinden.

Auftraggeber/Kooperation: Veranstalter des Kongresses waren das Difu und die Stadt Kaiserslautern in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages, den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag) und dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz.

Involvierte Kommunen: Augsburg, Berlin, Dortmund, Frankfurt/Main, Heidelberg, Kaiserslautern, Morbach, München, Nürnberg, Stuttgart, Ulm, Weilerbach, Wuppertal.

Veröffentlichung: Die Beiträge des Kongresses wurden in der Reihe „Difu-Impulse“ unter dem Titel „Klimaschutz und kommunales Energiemanagement“ dokumentiert.

Laufzeit: September 2007 bis Oktober 2008.

Projektnummer: 40039

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Künzel, Lorke.

1.6 Fachtagung „Kommunaler Klimaschutz: Maßnahmen, Erfolge, Perspektiven“

Der Klimawandel und damit auch der Klimaschutz sind in aller Munde. Auslöser dafür ist die in den vergangenen Jahren auch für Mitteleuropa konstatierte Zunahme von Intensität und Häufigkeit extremer Wetterereignisse wie Starkregen und Hochwasser, Stürme und Hitzewellen. Auch in der Politik – weltweit, auf EU- und Bundesebene – hat das Thema Klimaschutz Konjunktur. Angesichts ihres hohen Anteils an den Treibhausgasemissionen sowie ihrer technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sind die Industriestaaten hierbei besonders gefordert. Vor diesem Hintergrund ist konsequentes Handeln auf internationaler, nationaler und auch kommunaler Ebene erforderlich.

Am 10./11. Juni 2008 fand in Kooperation mit dem DST und der Stadt Düsseldorf die Fachtagung „Kommunaler Klimaschutz: Maßnahmen, Erfolge, Perspektiven“ in Düsseldorf statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden Projekte und Maßnahmen des kommunalen Klimaschutzes, Erfolge und ebenso Hemmnisse, Rahmenbedingungen und Perspektiven vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen dargestellt und diskutiert.

An der Tagung nahmen über 100 Vertreter aus Kommunen, Bundes- und Landeseinrichtungen teil. Im Anschluss an die Tagung wurde zusätzlich ein Workshop zur neuen Klimaschutzinitiative des BMU und den damit verbundenen Fördermöglichkeiten zum kommunalen Klimaschutz angeboten. In diesem Rahmen wurde auch die „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“, die zu diesem Zeitpunkt beim Difu eingerichtet wurde, zum ersten Mal vorgestellt.

Auftraggeber/Kooperation: Das Vorhaben wurde in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und der Landeshauptstadt Düsseldorf durchgeführt.

Involvierte Städte: Dresden, Düsseldorf, Freiburg, Hannover, München, Münster.

Laufzeit: Februar bis Juni 2008.

Projektnummer: 54015

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Kausch, Lorke.

1.7 Die Rolle der Kommunen im Rahmen der Optimierung von Stoffkreisläufen am Beispiel von Gasentladungslampen

Mit Implementierung der EU-Richtlinie „Waste Electrical and Electronic Equipment“ (WEEE) durch das nationale „Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten“ (ElektroG) fällt die Verantwortung der Sammlung und Entsorgung von quecksilberhaltigen Gasentladungslampen in Deutschland den Herstellern sowie den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu. In Deutschland wie auch in anderen EU-Mitgliedstaaten liegen erste Erfahrungswerte zur Umsetzung der WEEE in die Praxis vor. Die in Deutschland erreichte Rücklaufquote für Gasentladungslampen liegt mit unter 40 Prozent weit unterhalb der Möglichkeiten. So werden in Schweden Rücklaufquoten von über 80 Prozent erreicht. Um abfallpolitische Ziele – ökonomische wie ökologische Effizienzsteigerungen – zu erreichen, ist die Schließung des Kreislaufs von Gasentladungslampen anzustreben.

Ziel des Projekts ist die Schaffung effizienter und effektiver Maßnahmen, die zu einer möglichst hochgradigen Schließung des Stoffkreislaufs von Gasentladungslampen führen. Eine optimierte Zusammenarbeit der Kommunen mit anderen Stakeholdern ist hierfür eine Voraussetzung. In einem ersten Schritt werden mittels Benchmark die Systeme in Deutschland und Schweden verglichen. Darauf folgend werden potenzielle Verbesserungsmaßnahmen in den Bereichen Information, Kommunikation, Sammlung sowie im Bereich Behandlung und Verwertung systematisch erfasst und bewertet. Im Rahmen des Vorhabens werden Pilotversuche bei den projektbeteiligten Städten bzw. Zweckverbänden durchgeführt.

Auftraggeber/Kooperation: Das Vorhaben wird von der Firma Lightcycle sowie von den Städten München, Hamburg, Stuttgart, Herne und dem Zweckverband Straubing finanziert und in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Landkreistag durchgeführt.

Involvierte Kommunen: München, Hamburg, Stuttgart, Herne und der Zweckverband Straubing.

Laufzeit: Juni 2007 bis Dezember 2008

Projektnummer: 40051

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Verbücheln.

1.8 Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen – am Beispiel der Abfallwirtschaft

„Privat geht vor Staat“ – diese postulierte Maxime hat seit den siebziger Jahren zu einer verstärkten Privatisierung staatlicher Aufgaben und Leistungen auf allen Ebenen geführt. Doch wie Umfragen zeigen, spricht sich nunmehr eine wachsende Anzahl von Bürgern gegen weitere Privatisierungen aus. Auch aus politischen Kreisen sowie den Medien sind immer häufiger kritische Stimmen zu hören. Neben dieser Änderung des gesellschaftlichen Meinungsbildes haben in den letzten Jahren verschiedene Kommunen vormals privatisierte Leistungserstellungen durch Rückübertragung wieder in ihre operative Gestal-

tungshoheit zurückgenommen (Rekommunalisierung). So wird in diesem Zusammenhang von einer ersten Trendumkehr gesprochen.

Im Rahmen der Studie wurde zunächst allgemein auf die Entwicklung sowie den derzeitigen Stand des politischen und gesellschaftlichen Diskurses hinsichtlich der Privatisierung und Rückübertragung von Dienstleistungen eingegangen. So wurde untersucht, inwieweit es wirklich zu einer Änderung des gesellschaftlichen Meinungsbildes gekommen ist und auf welche Ursachen die Kritik an der Privatisierung zurückzuführen ist. Bei der Darstellung wurde auf verschiedene Praxisbeispiele zurückgegriffen. Des Weiteren wurde am Beispiel der Abfallwirtschaft die Rückübertragung von Dienstleistungen auf Kommunen untersucht. Hierbei wurden eine Literatur- und Internetrecherche sowie ein Fachgespräch mit kommunalen Vertretern durchgeführt. Anhand von Fallbeispielen wurden die kommunalen Beweggründe, die durchgeführten Maßnahmen sowie die erzielten Ergebnisse beschrieben. Mit der Untersuchung soll den Kommunen eine Hilfestellung für relevante Entscheidungsprozesse hinsichtlich der Privatisierung/Rückübertragung von Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden.

Auftraggeber/Kooperation: Das Projekt wurde mit internen Mitteln finanziert.

Fallbeispiele: Stadt Aachen, Kreis Lüneburg, Kreis Böblingen, Kommunen der Kreise Düren und Aachen.

Veröffentlichung: Difu-Papers, Januar 2009.

Laufzeit: Oktober 2007 bis Januar 2008.

Projektnummer: 40053

Projektbearbeitung: Verbücheln (PL).

2. Laufende Projekte

2.1 Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz

Die Bundesregierung hat zu Beginn des Jahres 2008 eine umfassende Klimaschutzinitiative mit dem Ziel gestartet, die Potenziale für den Klimaschutz durch die Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung regenerativer Energien kostengünstig zu realisieren. Außerdem sollen zukunftsweisende Klimaschutztechnologien und innovative Ideen durch Modellprojekte unterstützt und verbreitet werden. Dazu werden umfangreiche Förderprogramme aufgelegt.

Die Kommunen gehören zu den zentralen Zielgruppen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Denn in den Kommunen wird aufgrund der räumlichen Konzentration und unterschiedlicher Nutzungen (Wohnen, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Freizeit) ein großer Teil klimarelevanter Emissionen erzeugt.

Gefördert durch das BMU wird zurzeit eine übergeordnete „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Difu aufgebaut. Sie soll als Service- und Beratungseinrichtung für Kommunen dienen und zugleich einen Wegweiser durch bestehende Fördermöglichkeiten bieten.

Die Arbeit der bundesweit agierenden Servicestelle umfasst folgende Aufgaben:

- Öffentlichkeitsarbeit zum Förderprogramm, insbesondere bei der Zielgruppe Kommunen;
- Vorbereitung und Durchführung der Wettbewerbe „Kommunaler Klimaschutz“;
- Beratungs- und Serviceleistungen zum kommunalen Klimaschutz.

Seit Beginn des Projekts wurden bereits über 1 000 Beratungsleistungen (Stand: November 2008) erbracht. Dies belegt eindrucksvoll, dass bei den Kommunen ein großer Bedarf an Unterstützung im Handlungsfeld des kommunalen Klimaschutzes besteht.

Auftraggeber/Kooperation: Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag).

Laufzeit: Juni 2008 bis Dezember 2011.

Projektnummer: 40058

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Kausch, Künzel, Lieder, Lorke, Verbücheln.

2.2 Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen

Ziel des vom Umweltbundesamt geförderten Vorhabens ist es, die Möglichkeiten der Kommunen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu untersuchen und darzustellen. Im Vordergrund stehen dabei weniger Fragen der Plausibilität, d.h. warum Kommunen erneuerbare Energien nutzen sollten, als vielmehr konkrete Fragen der Realisierung. Neben den dazu erforderlichen Grundlagen sind daher erfolgreich realisierte Praxisprojekte zu recherchieren, auszuwerten und zu dokumentieren, die andere Kommunen zur Nachahmung anregen können. Zu untersuchen ist aber ebenso, welche Hemmnisse den kommunalen Handlungsspielraum einschränken und damit einer Ausweitung der Nutzung von erneuerbaren Energieträgern entgegenstehen könnten. Dabei sollten zugleich Potenziale identifiziert werden, wie beispielsweise in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern eine gemeinsame Realisierung von Projekten erzielt werden kann.

Die Ergebnisse des Projekts wurden so aufbereitet, dass sie den verantwortlichen Stellen in den Kommunen (Politik und Verwaltung) als praxisnaher Leitfaden dienen können, der zur Erleichterung bei der Entscheidungsfindung beiträgt und mit anschaulichen Beispielen zu eigenem Handeln motiviert.

Auftraggeber/Kooperation: Gefördert vom Umweltbundesamt.

Veröffentlichung: Die Projektergebnisse werden als Sonderveröffentlichung voraussichtlich im April 2009 veröffentlicht.

Laufzeit: September 2007 bis Mai 2009.

Projektnummer: 40049

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Kausch, Künzel, Lorke.

2.3 14. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Der Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten wird seit 1995 vom Difu gemeinsam mit einer Gastgeberstadt und weiteren Kooperationspartnern – dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des DST, den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DStGB, DLT) – ausgerichtet.

Seit dem ersten Kongress 1995 in Frankfurt am Main ist die Anzahl der Teilnehmer stetig gestiegen. Der Kongress stößt demnach auf reges Interesse und erfreut sich wachsender Beliebtheit. Zunehmend haben sich auch Interessentinnen und Interessenten aus kleinen Städten und Gemeinden für den Kongress begeistert. Dies ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass nach den großen Städten inzwischen auch dort Stellen für Energiebeauftragte eingerichtet werden.

Die Weiterbildung und der Erfahrungsaustausch der kommunalen Energiebeauftragten werden vom Difu und seinen Kooperationspartnern auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Der 14. Fachkongress wird am 27. und 28. April 2009 in Münster durchgeführt. Mit den Vorbereitungen dazu wurde bereits im Jahr 2008 begonnen. Im Mittelpunkt des 14. Kongresses wird der Schwerpunkt „Kooperationen im kommunalen Energiemanagement“ stehen.

Kooperation: Veranstalter des 14. Kongresses sind das Difu und die Stadt Münster in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages, den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag).

Involvierte Kommunen: Bonn, Bremerhaven, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Freiburg, Hannover, Heidelberg, Mörfelden-Walldorf, München, Nürnberg, Kreis Steinfurt, Stuttgart, Wertenberg, Wuppertal.

Veröffentlichung: Kongressdokumentation in der Reihe „Difu-Impulse“.

Laufzeit: September 2008 bis Oktober 2009.

Projektnummer: 40039

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Künzel, Lorke.

2.4 Handbuch Stadtklima

Mit dem „Handbuch Stadtklima“ soll ein Leitfaden entwickelt werden, der den Kommunen des Ruhrgebiets spezifische Hilfestellungen bei der Erkennung von Problemen im Zusammenhang mit den bereits eingetretenen bzw. zukünftig zu erwartenden Folgen des Klimawandels leistet und entsprechende Lösungswege aufzeigt.

Dieser Leitfaden soll durch eine anschließende Untersuchung in zwei ausgewählten Modellstädten (Bottrop und Dortmund) überprüft werden. Hierzu ist in den Modellstädten jeweils ein internes Werkstattgespräch geplant, zu dem aus der jeweiligen Kommune Vertreter aus den betroffenen Fachressorts, aber auch aus den kommunalen Unternehmen eingeladen werden sollen. In der Runde der Teilnehmer aus den Modellstädten soll die Anwendbarkeit der im Leitfaden aufgeführten Maßnahmen auf die jeweilige Kommune diskutiert und geprüft werden. Die Ergebnisse aus den Modellkommunen sollen dazu dienen, den Leitfaden ggf. an entscheidenden Stellen zu modifizieren und zu spezifizieren. Dadurch kann die Anwendbarkeit und Übertragbarkeit des Leitfadens gewährleistet werden. Es ist geplant, die beiden Dokumentationen zur Anwendung des Leitfadens vor Ort in den Leitfaden zu integrieren. In einer Abschlusspräsentation des Leitfadens sollen die Modellkommunen und weitere interessierte Ruhrgebietskommunen über die Ergebnisse informiert werden.

Auftraggeber/Kooperation: Im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen und in Kooperation mit dem Regionalverband Ruhrgebiet (Hauptauftragnehmer), der RWTH Aachen und der Universität Duisburg-Essen.

Involvierte Städte: Bottrop, Dortmund.

Laufzeit: Oktober 2008 bis Dezember 2009.

Projektnummer: 40061

Projektbearbeitung: Rösler (PL), Künzel, Lorke.

2.5 UmSicht – Internet-Zeitschrift für den kommunalen Umweltschutz

UmSicht ist das Internetforum für den kommunalen Umweltschutz. Es enthält Informationen zu ausgewählten Themen des kommunalen Umweltschutzes, Nachrichten aus der Fachkommission „Umwelt“ des DST, ein Diskussionsforum für den Informationsaustausch, Praxisbeispiele, Literaturhinweise, eine Projektbörse, wichtige Links und vieles mehr. Ziel des Internetforums ist es, den kommunalen Umweltämtern, Umweltressorts und Umweltbeauftragten einen umfassenden Service anzubieten und ihnen gleichzeitig die Gelegenheit zu eröffnen, selbst Aufsätze und Informationen über ihre eigenen Probleme und Aktivitäten zu veröffentlichen. UmSicht dient somit dem Erfahrungsaustausch und enthält wichtige Informationen aus den Städten für die Städte. UmSicht ist ein exklusives Angebot: Zugangsberechtigt sind ausschließlich Umweltämter und Umweltbeauftragte aus den Städten.

Projektnummer: 40041

Projektbearbeitung: Rösler (PL), D. Becker [AB 3], Lorke, Reichel [AB 7].

2.6 Fachtagung: Kommunen als Stoffstrommanager – die Abfallwirtschaft auf neuen Wegen

Abfall – und hier besonders ausgewählte Fraktionen – wird zunehmend als „primäre“ Ressource angesehen. Die Änderung der Abfallwirtschaft hin zu einer Ressourcenwirtschaft ist mit neuen Herausforderungen für die kommunale Handlungsebene verbunden. Im Rahmen der Fachtagung soll die Rolle der Kommunen im Kontext des Stoffstrommanagements dargestellt und diskutiert werden. Hierbei sollen der aktuelle „Status quo“ des regionalen Stoffstrommanagements dargestellt und ein Blick in die Zukunft hinsichtlich der kommunalen Potenziale geworfen werden. Fragen, die auf der Fachtagung im Vordergrund stehen:

- Welche Verantwortung besitzt die Kommune für das Stoffstrommanagement?
- Welche Steuerungsmöglichkeiten existieren oder können entwickelt werden?
- Welche Ziele müssen aus ökologischer und ökonomischer Sicht verfolgt werden?
- Wie können Win-Win-Situationen bei der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Herstellern, Rücknahmesystemen und privater Abfallwirtschaft erreicht werden?
- Wie kann der kommunale Verantwortungsbereich an den Schnittstellen mit Herstellern, Rücknahmesystemen und privater Abfallwirtschaft abgegrenzt werden?
- Welche direkten und indirekten Einflussmöglichkeiten hat die Kommune?

Vorhandene Ansätze und Erfahrungen sollen ebenso diskutiert werden wie Potenziale und Entwicklungstrends.

Die Fachtagung wird am 7./8. Mai 2009 in Köln durchgeführt. Mit den Vorbereitungen dazu wurde bereits im Jahr 2008 begonnen.

Auftraggeber/Kooperation: Das Projekt wird mit internen Mitteln finanziert; zusätzlich Teilnahmegebühren.

Laufzeit: Dezember 2008 bis Mai 2009.

Projektnummer: 54017

Projektbearbeitung: Verbücheln (PL), Künzel.

3. Weitere Aktivitäten (Auswahl)

- Ständiger Gast bei der Konferenz der Dienststellen für Stadtentwicklungsplanung beim Städtetag des Landes NRW, 5.6.2008 (Duisburg), 23.10.2008 (Bonn) – Vortrag zum Thema „Deutsche Städte und Globalisierung“ (Heinz).
- Ständiger Gast in der DST-Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ (Heinz).
- Mitglied der AG „Creative Cities“ der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des DST, am 26.3., 31.7. und 13.10.2008 in Köln (Heinz).
- Vortrag zum Thema „Organisationsformen und Realisierungschancen intraregionaler Zusammenarbeit“, StGB NRW-Fachtagung, 6.3.2008, Münster (Heinz).
- Vortrag „Globalisation and German Cities“ im Rahmen der „Conference on Metropolitan Challenges and Innovation“ des Finnland-Instituts in Deutschland, 24./25.4.2008, Berlin (Heinz).
- Einführungsvortrag zum Thema „Deutsche Städte im Kontext des aktuellen Globalisierungsprozesses“ im Rahmen der Gemeinderatsklausur der Stadt Lahr, am 18.7.2008 in Lahr (Heinz).
- Vortrag zum Thema „Die Städte in der Globalisierung“, 157. Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses des DST, 16./17.10.2008, Dessau (Heinz).
- Vortrag zum Thema „Städte im Kontext des aktuellen Globalisierungsprozesses“ bei der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des DST, 6./7.11.2008, Hamburg (Heinz).
- Vortrag „Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen. Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ im Rahmen der Fachtagung „Energiestrategien für Kommunen“ der Brandenburgischen Energie Technologie Initiative (ETI) am 8.10.2008 in Eberswalde (Kausch).
- Vortrag „Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen. Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ im Rahmen der Perspektivenwerkstatt „Bausteine für den Klimaschutz“ des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) am 20.11.2008 in Köln (Kausch).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Denkmalschutz“ des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Sitzungen am 24.4.2008 in Krefeld und am 13.11.2008 in Aachen (Lorke).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ des DST, Jahrestagung 24.-26.9.2008, Mainz (Lorke).
- Vortrag „Fördermöglichkeiten zum Kommunalen Klimaschutz“ im Rahmen der Jahrestagung der Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ des DST, 25.9.2008, Mainz (Lorke).
- Ständiger Gast des DST-Arbeitskreises „Energieeinsparung“, Sitzung 3./4.11.2008, Wuppertal (Rösler).
- Ständiges Mitglied der Fachkommission „Umwelt“ des DST, Sitzung 10./11.4.2008, Augsburg (Rösler).
- Ständiger Gast der Umweltamtsleiterkonferenz der Mittelstädte, Tagung 17.4.2008, Dortmund (Rösler).
- Ständiger Gast der Amtsleiterkonferenz Umwelt des Städtetages NRW, Tagung 19.11.2008, Iserlohn (Rösler).
- Vortrag „Klimaschutz in Kommunen – Klimaschutzkonzepte und deren Umsetzung in Städten und Gemeinden“ im Rahmen des Symposiums „Was kann das Planungsrecht für die Umwelt tun?“, durchgeführt vom Umweltbundesamt und der Akademie für Umweltschutz des Landes Baden-Württemberg, 14.4.2008, Berlin (Rösler).
- Vortrag „Klimaschutzkonzepte in Städten und Gemeinden: Handlungsfelder – Möglichkeiten – Finanzierung“ im Rahmen des Kurses „Stadtentwicklung und kommunaler Klimaschutz“ des IfS, 29.10.2008, Berlin (Rösler).
- Vortrag „Die Rolle der Kommunen im Rahmen der Optimierung von Stoffkreisläufen am Beispiel von Gasentladungslampen“ im Rahmen des Treffens der „Gemein-

samen Arbeitsgruppe Abfallwirtschaft“ des DST und des Österreichischen Städtebundes, 29/30.4.2008, Wien (Verbücheln).

- Vortrag „Anforderungen an die Förderung kommunaler Klimaschutzprojekte“ im Rahmen der Veranstaltung „Fördermöglichkeiten kommunaler Klimaschutzmaßnahmen“ der Kommunalen Umwelt-AktioN U.A.N., den kommunalen Spitzenverbänden und dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, 27.8.2008, Hannover (Verbücheln).
- Vortrag „Abfallwirtschaft und Stoffstrommanagement“ im Rahmen des Treffens der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper, 4.9.2008, Berlin (Verbücheln).
- Vorträge „Turning waste into benefit“ und „Communication of new waste management approach“ im Rahmen der Veranstaltung „Waste management at local level, facing EU requirements in Macedonia“ auf Einladung des Baltic Environmental Forum (BEF), 28./29.10.2008, Ochid/Mazedonien (Verbücheln).

Weitere
Aktivitäten

Arbeitsbereich Fortbildung

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dipl.-Kauffrau (FH) Diana Bang (bis 31.1.)

Sylvia Bertz

Rosa Hackenberg

Cathrin Kameni (bis 31.1.)

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Dr. rer. nat. Gerd Kühn (Koordinator)

Bettina Leute

1. Überblick

Im Jahr 2008 wurden vom Difu insgesamt 34 Veranstaltungen (Vorjahr: 39) mit 2608 (2050) Teilnehmern durchgeführt. Die Veranstaltungen verteilen sich auf 16 (22) Seminare, vier (zehn) Fachtagungen, zwei (ein) Kongresse, das jährlich stattfindende Ansprechpartnertreffen sowie den inzwischen 38. Interkommunalen Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung und sechs (vier) „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“. Trotz der geringeren Gesamtzahl an Veranstaltungen konnte das Difu insgesamt steigende Teilnehmerzahlen verbuchen. Zusätzlich kam durch das seit August des Jahres integrierte AGFJ ein weiterer Teilnehmerkreis hinzu: Fachleute aus dem Bereich der Jugendhilfe nahmen mit 388 Teilnehmern an den vier Fachtagungen für Jugendhilfe teil.

Um ein möglichst breites Spektrum an Fortbildungsthemen und -formen anbieten zu können, wird der Fortbildungsbereich bereits seit 2006 durch alle Wissenschaftler des Instituts verstärkt. So beteiligten sich die Wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts in der Regel mit einer Veranstaltung, zum Teil auch mehreren am Jahresprogramm. Die Organisation der Veranstaltungen wird nach wie vor zentral im Arbeitsbereich Fortbildung durchgeführt.

Gemäß seines Anspruchs, im Rahmen seines Fortbildungsprogramms die ganze Palette der kommunalen Aufgaben- und Themenfelder anzubieten, wurde trotz der im Jahr 2008 parallel laufenden Umstrukturierungsmaßnahmen eine beachtliche Themenpalette angeboten: Kommunaler Klimaschutz, die Entwicklung der Innenstädte, Wohnungs- und Schulpolitik, die Energie- und Umweltpolitik sowie aktuelle Fragen zum Baurecht. Behandelt wurden zudem Themen aus den Handlungsfeldern Stadtumbau, Stadterneuerung und Städtebau, Einzelhandel, fließender und ruhender Verkehr, kommunale Sicherheitspolitik sowie Haushaltspolitik. Das vollständige Veranstaltungsangebot des Difu ist wie gewöhnlich der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

Zudem wurden im Berichtsjahr im Arbeitsbereich Fortbildung Forschungsprojekte neu gestartet beziehungsweise abgeschlossen: Das Projekt „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“ wurde im Frühjahr 2008 abgeschlossen. Die Projektergebnisse wurden im Herbst 2008 in der Difu-Reihe Edition Difu Stadt Forschung Praxis veröffentlicht. Mit den Arbeiten am Projekt „ServiceStadt Berlin 2016 – Anforderungen an die zukünftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen“ wurde im Mai 2008 begonnen.

2. Fortbildungsaktivitäten im Difu

2.1 Berlin-Seminare

- Vor den Vergabegerichten – das Ende des kooperativen Städtebaus?, 24.1.2008 (Bunzel [AB 1]).
- Monitoring und Evaluation von kommunalen Integrationsmaßnahmen, 18.–20.2.2008 (Knipp in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung [Walther] und der KGSt [Reichwein]).
- Kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung – Investitionen in die Zukunft, 25.–26.2.2008 (Bracher, Koerdts [AB 3]).
- Partizipative Haushaltspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, 10.–11.3.2008 (Knipp).
- Sichere Städte Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten kommunaler Sicherheitspolitik, 21.–23.4.2008 (Floeting [AB 2], Knipp).

- Innenstädte: Trends – Perspektiven – Handlungspotenziale, 19.–20.5.2008 (Kühn, Hollbach-Grömig [AB 2]).
- Städtebaurecht aktuell: Herausforderungen durch Stadtumbau und Innenentwicklung, 2.–3.6.2008 (Bunzel, Meyer [AB 1]).
- Der Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Was kommt auf die Kommunen zu? 3.7.2008 (Hollbach-Grömig [AB 2]).
- Grundstückswertermittlung in Stadtumbauprozessen – Neue Herausforderungen – neue Strategien?, 4.–5.9.2008 (Meyer [AB 1] in Zusammenarbeit mit dem Institut für Bodenmanagement [Dransfeld]).
- Kommunale Bildungslandschaft – Wunsch oder Wirklichkeit?, 22.–23.9.2008 (Knipp in Zusammenarbeit mit dem DST [Hebborn]).
- Umweltzonen und City-Maut – Erfahrungen und Perspektiven im Mobilitätsmanagement, 29.–30.9.2008 (Bracher, Lehmbruck [AB 3]).
- Erfahrungsaustausch Mobilfunk Standortplanung, Standortfindung, Konflikte und Konfliktprevention, 8.–9.10.2008 (Grabow [AB 2]).
- Was bringen Moderations- und Mediationsverfahren in städtebaulichen Planungsprozessen wirklich?, 20.–21.10.2008 (Bock [AB 1] in Zusammenarbeit mit Büro PLANUNG UND MODERATION, Hamburg [Möller]).
- Wohnstandort Innenstadt – neue Lebensstile, neue Wohnformen, neue Anforderungen, 3.–4.11.2008 (Jekel, Frölich-von Bodelschwingh [AB 1], Seidel-Schulze [AB 2]).
- Verstetigung in der Sozialen Stadt, 10.–11.11.2008 (Böhme, Franke [AB 1]).
- Parken in der Stadt – zur Praxis der Parkraumbewirtschaftung, 17.–18.11.2008 (Kühn, Lehmbruck [AB 3]).

2.2 Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen, Kongresse, Inhouse-Seminare, Difu-Dialoge

- Fachtagung „Der Lärm ist kartiert – und nun?“, vom 14.–15.2.2008 in Hamburg (Lehmbruck [AB 1], Grützner [Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Kiel], Heinrichs [LK Argus GmbH], Popp [LÄRMKONTOR GmbH]).
- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Wohnen in der Stadt“ am 23.1.2008 in Berlin (Jekel [AB 1]).
- Fachkongress „Biodiversität, Klima und Demographie – Erhalten und den Wandel gestalten: Die örtliche Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen“ vom 2.–3.4.2008 in Leipzig (Böhme, Bunzel [AB 1]).
- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Bildung, Schule und (sozialräumliche) Integration von Zuwanderern“ am 27.2.2008 in Berlin (Miera [Europa-Universität Viadrina], Bauer, [extern], Germershausen [Berliner Senat für Integration und Migration]).
- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Clusterinitiativen und Netzwerke als Instrument der Wirtschaftsförderung – was leisten Wissensbilanzen für deren Entwicklung?“ am 12.3.2008 in Berlin (Floeting, Zwicker-Schwarm [AB 2]).
- 13. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten vom 7.–8.4.2008 in Kaiserslautern (Rösler [AB 4]).
- 38. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung vom 28.–30.5.2008 in Stuttgart (Strauss, Meyer [AB 1] in Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart).
- Fachtagung „Kommunaler Klimaschutz: Maßnahmen, Erfolge, Perspektiven“ vom 10.–11.6.2008 in Düsseldorf (Rösler [AB 4] in Zusammenarbeit mit dem DST [Welge] und der Landeshauptstadt Düsseldorf).
- Jahresversammlung der Difu-Zuwanderstädte: Ansprechpartnertreffen vom 22.–23.9.2008 in Mülheim an der Ruhr (Wenke-Thiem, Schmidt [Presse]).

- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Wirkungsanalyse innerstädtischer Einkaufscenter“ am 14.10.2008 in Berlin (Kühn) [AB 5].
- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Investitionsrückstand und -bedarf?“ am 12.11.2008 in Berlin (Grabow, Schneider [AB 2], Reidenbach [extern]).
- Fachtagung „Kommunaler Klimaschutz: Fördermöglichkeiten und Praxisbeispiele“ am 18.11.2008 in Leipzig (Rösler [AB 4] in Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig).
- Fachtagung „Kommunal mobil – Klimaschutz im Stadtverkehr – 40 % weniger CO₂: Städte am Start“ vom 20.–21.11.2008 in Dessau (Bracher, Koerdts [AB 3], gemeinsame Veranstaltung mit dem Umweltbundesamt und dem DST).
- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Industrielle Brachen in Barcelona – Erneuerungschancen für die Stadt / Buchpräsentation „stadtmachen.eu““ am 3.12.2008 in Berlin (Beckmann [IL], Hasenpflug [Wüstenrot Stiftung], Buhigas [Barcelona regional], Schneider [bueroschneidermeyer], Künzel [Senatsverwaltung für Stadtentwicklung]).

3. Projektarbeit

3.1 Laufende Projekte

ServiceStadt Berlin 2016 – Anforderungen an die zukünftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen

Obwohl die zahlreichen Aktivitäten zur Verwaltungsmodernisierung auch in Berlin dazu geführt haben, dass die Erstellung des breiten Spektrums der an Bürger sowie die Wirtschaft gerichteten Dienstleistungen den heutigen Anforderungen gerecht wird, nimmt der Anpassungsdruck kontinuierlich zu. Die Veränderung vor allem demographischer, technologischer, gesellschaftlicher, finanzieller und ökonomischer Rahmenbedingungen entwickelt eine Dynamik, die Städte und Gemeinden stärker als bisher zu vorausschauendem Handeln zwingt. Für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen ist daher entscheidend, ob es ihnen gelingt, auf der Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtung aller relevanten Einflussfaktoren eine die spezifischen lokalen und regionalen Ausgangsbedingungen berücksichtigende, zumindest mittelfristige Modernisierungsstrategie zu entwickeln und umzusetzen.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin hat deshalb das Difu beauftragt, zur Klärung der damit zusammenhängenden Fragen eine grundlegende und umfassende Studie zur zukünftigen Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin durchzuführen. Zu den thematischen Schwerpunkten dieser Untersuchung gehören vor allem die Analyse des umfangreichen Leistungs- und Serviceangebots der Berliner Bezirksverwaltungen und der Hauptverwaltung, die Organisation der Leistungserstellung und -erbringung, die Veränderungen der Vertriebswege, die Entwicklung relevanter Rahmenbedingungen, die Möglichkeiten verstärkter Kooperationen zwischen den Bezirken sowie veränderte Arbeitsteilungen zwischen der Bezirks- und Landesebene (Hauptverwaltung) und die Veränderungen der internen Organisationsstruktur der Aufgabenwahrnehmung auf Bezirksebene.

Die Berliner Verwaltung wird als Ergebnis der Studie insbesondere Aussagen über die vermutliche Entwicklung der bezirklichen Leistungs- und Serviceangebote in den nächsten fünf bis zehn Jahren sowie praxistaugliche Vorschläge zu Handlungsansätzen erhalten, um die Entwicklungstendenzen zu unterstützen bzw. rechtzeitig gegensteuern zu können.

Auftraggeber: Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin.

Laufzeit: Mai 2008 bis Februar 2009.

Projektnummer: 50075

Projektbearbeitung: Knipp (PL), Grabow, Schneider.

3.2. Abgeschlossene Projekte

Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren

Das 2007 begonnene Projekt „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“ wurde im Jahr 2008 abgeschlossen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen mehrere Fragen:

- Welche Wirkungen gehen von großen Einkaufszentren auf den innerstädtischen Einzelhandel aus?
- Wie fügen sich diese Handelsimmobilien in die gewachsenen Stadtstrukturen ein?
- Welche Entwicklungen sind in Innenstädten ohne große Einkaufszentren zu beobachten?

Auf dem Weg einer klassischen Vorher-Nachher-Untersuchung wurden die Auswirkungen in zwölf Kommunen untersucht, welche einen breiten Querschnitt der bundesdeutschen Städtelandschaft darstellen: in Bocholt, Düren, Erfurt, Hagen, Kempten (Allgäu), Osnabrück, Regensburg, Schwedt/Oder, Schwerin, Siegen, Wetzlar und Wilhelmshaven. Bremen, Mannheim, Minden und Potsdam wurden als Kommunen ohne Einkaufszentren in ihren Innenstädten in das Projekt einbezogen.

Die Untersuchungen haben u.a. gezeigt, dass zwischen den beiden zentralen Zielen „Erhöhung der Zentralität“ sowie „weitgehender Erhalt und behutsame Weiterentwicklung bestehender Einzelhandels- bzw. Innenstadtstrukturen“ ein erheblicher Zielkonflikt besteht: Eine starke Ausweitung des innerstädtischen Verkaufsflächenangebots führt zwar in der Regel zu Zentralitätsgewinnen für die Gesamtstadt, gleichzeitig jedoch auch zu einer deutlichen Veränderung der Lagestrukturen im Hauptgeschäftsbereich. Für die funktionale Struktur des bestehenden Hauptgeschäftszentrums sind die geringsten negativen Entwicklungen zu erwarten, wenn das Center in seiner Mitte liegt und es den Flächenbestand moderat erweitert – ein positiver Schub für „1a-Lagen“ wird in der Regel durch kleinere, integrierte Einkaufszentren ausgelöst. Große Einkaufszentren in Innenstadtrandlagen sind von allen Lagekategorien am ehesten mit der Gefahr verbunden, die bestehenden Strukturen des Hauptgeschäftsbereichs ungünstig zu beeinflussen. Innenstädte können sich indes auch ohne ein Einkaufszentrum weiter positiv entwickeln und an Attraktivität sowie Zentralität zulegen. Unabdingbare Voraussetzung für „centerlose“ Entwicklungserfolge ist ein möglichst komplettes Einzelhandelsangebot mit modernen Einzelhandelsformaten in einem möglichst kompakten Innenstadtraum.

Alle Projektergebnisse sowie Empfehlungen für die zuständigen Akteure in den Städten zum angemessenen Umgang mit dieser schwierigen Materie können in einer Studie nachgelesen werden, die das Difu in seiner Reihe „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“ unter dem Titel „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“ Ende 2008 veröffentlicht hat.

Auftraggeber: die Städte Bremen, Mannheim und Potsdam, das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW, die Arbeitsgemeinschaft Historische Stadtkerne in NRW, die Firmen Karstadt und Kaufhof sowie mehrere mittelständische Projektentwickler.

Kooperation: Dipl.-Ing. Rolf Junker, Büro Junker & Kruse, Stadtforschung/Planung, Dortmund; Dr. Holger Pump-Uhlmann, Architekt und Bauhistoriker, Braunschweig.

Fallstudienstädte/involvierte Städte: Bocholt, Bremen, Düren, Erfurt, Hagen, Kempten (Allgäu), Mannheim, Minden, Osnabrück, Potsdam, Regensburg, Schwedt/Oder, Schwerin, Siegen, Wetzlar und Wilhelmshaven.

Laufzeit: März 2007 bis Februar 2008.

Projektnummer: 50073

Projektbearbeitung: Kühn (PL), Bang.

4. Weitere Aktivitäten

- Vortrag „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren – Bericht aus einem Forschungsprojekt“ auf der Frühjahrstagung der VWSG Vereinigung der Wirtschaftsförderer Süddeutscher Großstädte am 3.4.2008 in Karlsruhe (Kühn).
- Vortrag „Ansiedlung von Einkaufszentren in Innenstädten – Handlungsempfehlungen“ auf der Veranstaltung „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“, am 2.7.2008 in Düsseldorf (Kühn).
- Vortrag „Die Zukunft planen – Strategische Überlegungen zur Berliner Verwaltung 2016“ im Rahmen des Kongresses zur Messe Moderner Staat am 4.11.2009 in Berlin (Knipp).
- Vortrag „Entwicklung der Leistungs- und Serviceangebote Berlins in den nächsten fünf bis zehn Jahren“ auf der 15. Sitzung des DST-Arbeitskreises Bürger- und Meldeämter am 28.11.2009 in Berlin (Knipp).

Arbeitsbereich Information und Dokumentation

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Beatrixe Albrecht-Thiessat
Christel Fuchs
Dipl.-Math. Norbert Gietzen
Dipl.-Ing. Christine Grabarse
Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber
Dipl.-Ing. Peter Gröning
Susanne Plagemann, M.A. (Kordinatorin)
Doris Reichel, M.A.
Jörg Schumacher

Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Sebastian Claus
Robert Kania
Stephan Matzdorf
Marko Pilop
Andreas Schäfer
Jochen Taeschner
Ralf Winkler

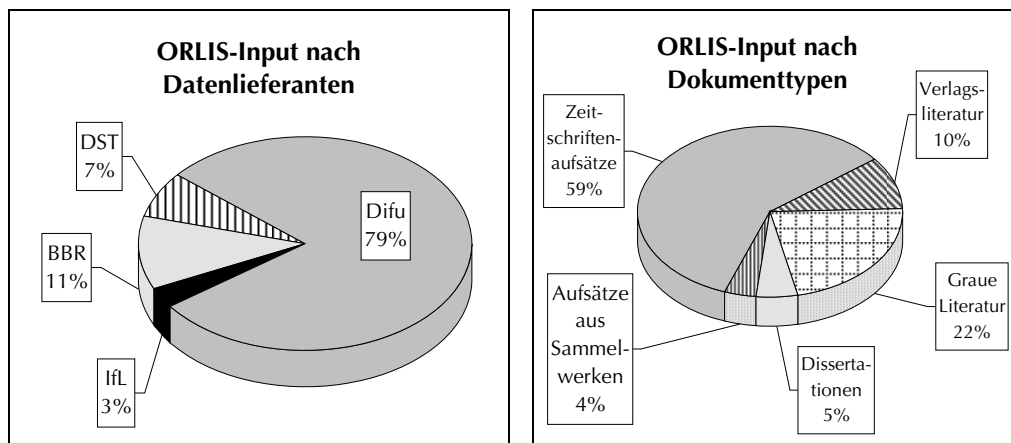
1. Datenbanken

1.1 Literaturdatenbank ORLIS

ORLIS ist in Deutschland die einzige Literaturdatenbank mit einem explizit kommunalen Bezug. Wichtige Sachgebiete sind Stadt-, Regionalplanung, Raumordnung, Bauwesen, Bevölkerung, Recht, Verwaltung, Infrastruktur, Umweltschutz, Wirtschaft, Finanzen, Verkehr und Sozialwesen. Neben Büchern und Zeitschriftenaufsätzen bildet die „Graue Literatur“ (Nicht-Buchhandelsliteratur) aus Kommunen, Ministerien, Forschungseinrichtungen und Universitäten den besonderen Schwerpunkt der Datenbank. Die Literaturhinweise werden durch bibliographische Angaben, Kurzreferate, Regionalbezüge, Schlagwörter, Hinweise auf Bibliotheksstandorte und teilweise durch direktem Volltextdownload erschlossen.

Die Datenbank umfasste am 31.12.2008 einen Bestand von 303 810 Literaturnachweisen. Der Zuwachs betrug im Jahr 2008 8 763 neue Literaturnachweise:

- 6 943 Dokumentationseinheiten (DE) wurden im Difu erstellt.
- 1 820 Dokumentationseinheiten wurden durch Übernahme von Bibliotheksdaten des BBR (1 001), des DST (595) und des IfL (224) erstellt.



Die Neuerwerbungsdaten der Bibliotheken des DST und des IfL sowie des BBR werden als elektronische Daten vom Difu übernommen und nach den ORLIS-Spezifikationen aufbereitet (Albrecht-Thiessat, Fuchs, Gräber, Plagemann, Schumacher).

1.2 Volltextserver EDOC

Der Volltextserver edoc.difu.de wird in Verbindung mit den beiden Nachweis-Datenbanken betrieben und enthält 2 633 Volltextquellen. Im Jahr 2008 sind 775 Dokumente neu hinzugekommen. Der Ausbau von Volltext-Downloads wird vor allem durch die Sammlung von Veröffentlichungen aus Kommunen realisiert (Fuchs, Gräber, Plagemann, Schumacher).

1.3 Umfragedatenbank *kommDEMOS*

Das Umfragenachweissystem *kommDEMOS* ist ein Fachinformationssystem zur Unterstützung des Informationsbedarfs im Bereich der kommunalen Umfrageforschung mit dem Ziel der Mehrfachnutzung von Befragungserfahrungen und -ergebnissen. Materialgrundlage sind Ergebnisberichte zu Befragungen, die von Kommunen bzw. in

ihrem Auftrag durchgeführt wurden oder aufgrund ihres Themas von kommunalem Interesse sind.

Zum Jahresende 2008 enthielt *kommDEMOS* 2007 standardisierte Umfragenbeschreibungen („Steckbriefe“), der Jahreszugang betrug 96 Einheiten. Bei kommunalen Urhebern wurden in die Datenbank zusätzlich die gescannten Fragebogenmuster (derzeit 821) eingearbeitet. Außerdem sind bisher 258 Ergebnisberichte in Form von PDF-Dateien integriert (Albrecht-Thiessat, Plagemann, Schumacher).

1.4 Datenbankprodukte und -dienstleistungen

1.4.1 Dokumentationen

Die Serien „Graue Literatur“ und „Kommunalwissenschaftliche Dissertationen“ sind in der angekündigten Weise mit drei Ausgaben erschienen (Fuchs, Gräber, Plagemann, Schumacher).

1.4.2 Online-Datenbanken im Difu-Extranet

Die Zuwerderstädte können die Difu-Datenbanken im Rahmen des Extranet kostenlos nutzen. In 2008 wurde ein RSS-Feed eingerichtet, der neue Volltextdokumente ankündigt. Über einen Themenservice werden seit Mai 2008 Literaturübersichten zu aktuellen kommunalen Fragestellungen angeboten, so dass kommunale Nutzer automatisiert themenspezifische Recherchen erhalten können (Plagemann, Schumacher).

1.4.3 Projektspezifische Online-Datenbanken

Aus dem Inhalt der Literaturdatenbank ORLIS werden themenspezifische und im Internet kostenlos abrufbare Datenbanken für die Projekte „Soziale Stadt“, „Fahrradportal zum Nationalen Radverkehrsplan“ und „REFINA“ sowie für die „Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe“ erstellt. Sie umfassen Quellen zu den Themenbereichen der Projekte (z.B. Quartiermanagement, Stadterneuerung, Wohnumfeld, Fahrradverkehr, nicht-motorisierter Verkehr, Flächenmanagement, Flächenrecycling, Kinder- und Jugendhilfe). Die Literaturangaben sind zum Teil direkt mit dem Volltext der Veröffentlichung auf dem EDOC-Server des Difu verknüpft (Plagemann, Reichel, Schumacher).

1.4.4 Europäisches Datenbankportal URBADOC

Das Portal URBADOC (www.urbadoc.com) richtet sich vorwiegend an Bibliotheken von Forschungseinrichtungen oder Universitäten, die auf diese Art ihren Nutzern einen kostenfreien und komfortablen Zugriff auf die Datenbanken ermöglichen.

URBADOC im Überblick:

Land	Produzent	Datenbank
Deutschland	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)	ORLIS
Großbritannien	Greater London Authority, Research Library	URBALINE/ACOMPLINE
Frankreich	Urbamet (Zusammenschluss von Dokumentationsstellen der Fachgebiete Architektur und Stadtplanung) unter Federführung des Ministère de l'Aménagement, du Territoire, de l'Équipement et des Transports (MATET) und des Institut de l'Aménagement et d'Urbanisme de la Région Ile-de-France (IAURIF)	URBAMET
	INIST	Pascal/Francis
Spanien	Centro de Información y Documentación Científica (CINDOC)	URBATERR
Italien	Archinet (Zusammenschluss von universitären Dokumentationsstellen der Fachgebiete Architektur und Stadtplanung)	Docet, Bibliodata, Art-Press, Archivio Masieri
Gesamtzahl der Literaturnachweise auf URBADOC:		ca. 850 000

(Plagemann, Schumacher).

1.4.5 Difu-Datenbanken auf IRBdirekt

Die Datenbanken ORLIS und *kommDemos* sind auch beim Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau gehostet und damit über das Internetportal „IRBdirekt“ online zugänglich (Plagemann, Schumacher).

2. Difu-Internetangebote

2.1 Kontinuierliches Webangebot

Das Difu unterhält folgende permanente Webangebote:

- Deutsches Institut für Urbanistik (www.difu.de).
- Kommunalweb – Portal für kommunale Forschung und Praxis (www.kommunalweb.de).
- Verein für Kommunalwissenschaften seine Homepage (www.vfk.de).

Die **Difu-Homepage** wird kontinuierlich gepflegt und erweitert. Als Schwerpunkte sind zu nennen: Projektdatenbank, aktuelles Seminarprogramm, Veröffentlichungen des Difu und der Newsletter „Difu-Berichte“ im Volltext.

Die **Serviceangebote** – z.B. die Suchmaschine für alle Difu-Internetangebote und die Datenbank mit Mitarbeiterinformationen – unterstützen die Besucher der Homepage und bieten Kommunikationsmöglichkeiten. Insbesondere durch die Mailingliste „Difu-News“ lassen sich über 7 100 Personen regelmäßig über Neuigkeiten im Difu-Internet informieren.

Im „**Difu-Extranet**“, welches nur Difu-Zuwendern zugänglich ist, können die Datenbanken ORLIS und *kommDEMOS* online recherchiert werden. Weitere Angebote sind Berichte und Dokumentationen zu den Difu-Seminaren, Vorträge und Texte von Difu-Mitarbeitern und ausgewählte Difu-Publikationen im Volltext. 98 Prozent der Zuwendstädte nutzen diesen Service. 56 Zuwendstädte haben einen Pauschalzugang, so

dass deren Mitarbeiter unmittelbar aus dem Verwaltungsnetz heraus auf das Difu-Extranet zugreifen können. Daneben werden individuelle Passwörter an die Kommunen vergeben, die aus technischen Gründen keinen Pauschalzugang nutzen können.

Das Internetangebot des **Vereins für Kommunalwissenschaften** (VfK) informiert über die Ziele, Organisation und Geschichte des bisherigen Trägervereins des Difu. Die Webseiten der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe wurden 2008 in eine eigenständige Domain überführt.

„**Kommunalweb**“ – das Internetportal für die kommunale Forschung und Praxis bietet mit Webkatalog, Terminkalender, einer News-Rubrik, einer Bücherecke und einer Übersicht über aktuelle Wettbewerbe den Einstieg zu kommunalrelevanten Internetangeboten (Plagemann, Grabarse, Reichel, Schumacher).

2.2 Projekt-Websites

Aktuell unterhält das Difu zu folgenden laufenden Projekten eigenständige Websites:

- Bundestransferstelle „Soziale Stadt“ – Internetangebot zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ (www.sozialestadt.de).
- Fahrradportal zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (www.nationaler-radverkehrsplan.de).
- REFINA – Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (www.refina-info.de).
- netWORKS-Group – Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Kommunalbeispiele für eine zukunftsfähige Wasserver- und Abwasserentsorgung, ein Projekt des Forschungsverbundes „netWORKS“ (www.networks-group.de).
- Bundeswettbewerb „Alkoholprävention vor Ort“ (www.kommunale-suchtpraevention.de).

Neu hinzugekommen sind im Jahr 2008:

- Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz (www.kommunaler-klimaschutz.de).
- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (www.fachtagungen-jugendhilfe.de).

Die Webseiten vieler abgeschlossener Projekte werden nach wie vor angeboten, z.B.:

- Bund-BIN – Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (www.bund-bin.de).
- Ricarda – EU-Projekt zur Wissensbilanzierung regionaler Clusterinitiativen (www.ricarda-project.org).
- Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung (www.flaeche-im-kreis.de).

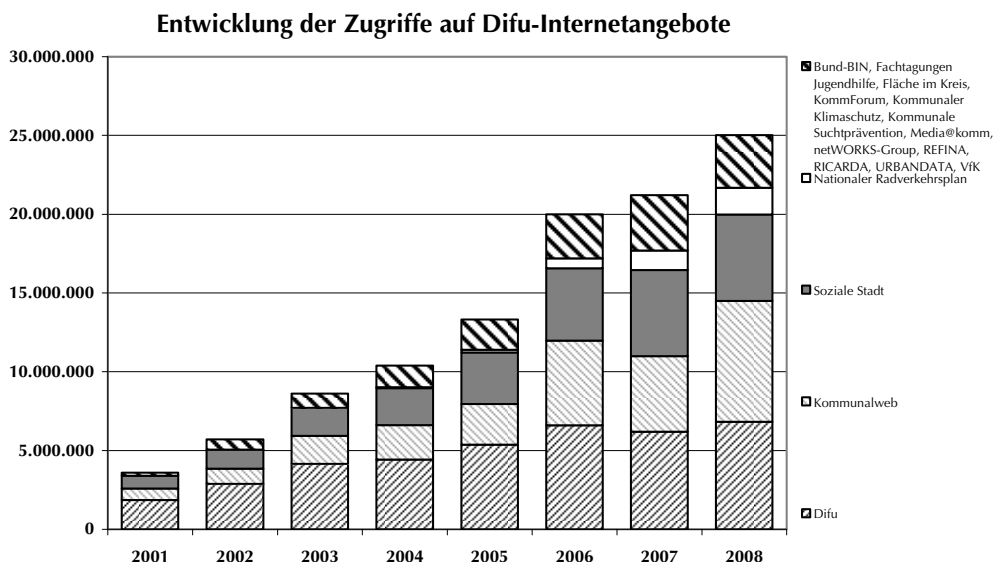
(Plagemann, Grabarse, Reichel, Schumacher).

2.3 Nutzung der Difu-Internetangebote

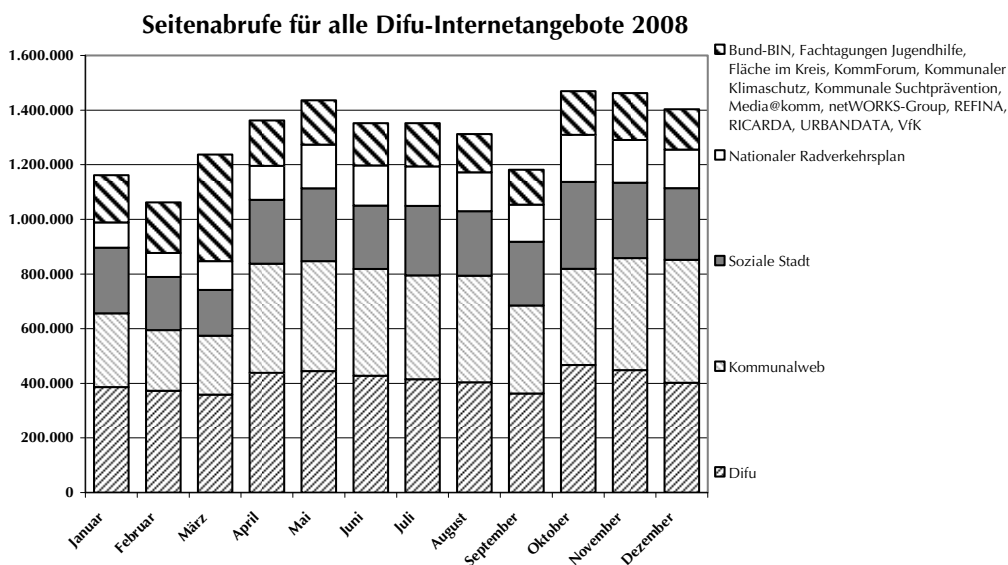
Die Internetangebote des Difu (insgesamt rund 16 000 Internetseiten) werden von der fachlich interessierten Öffentlichkeit aus Praxis und Forschung geschätzt und haben einen hohen Bekanntheits- und Nutzungsgrad:

- Alle wichtigen Suchmaschinen (Google, MSN, Yahoo etc.) scannen das gesamte Internetangebot des Difu regelmäßig.

- Rund 60 000 externe Seiten verweisen mit Link auf die Webangebote des Difu (Quelle: eigene Statistik).
- Insgesamt sind auf den Online-Newslettern des Difu knapp 15 000 E-Mail-Adressen abonniert.
- Die Nutzungshäufigkeit erhöhte sich auch im Jahr 2008: Durchschnittlich wurden pro Monat durch 2 000 000 Zugriffe („Hits“) ca. 1 300 000 Webseiten („Pageimpressions“) aufgerufen.



Neben der Difu-Homepage werden besonders die Internetangebote der Projekte „Kommunalweb“, „Soziale Stadt“ und „Nationaler Radverkehrsplan“ nachgefragt. Innerhalb des Difu-Angebots dominierten die elektronische Version der Difu-Berichte, Veröffentlichungshinweise, die Forschungsinformationen und die Seminarankündigungen. Die folgende Gesamtübersicht zeigt den Stand der Nutzung aller Webangebote des Difu (nur inhaltliche Seitenabrufe/Pageimpressions):



Inhaltliche Seitenabrufe 2008

3. Servicefunktionen innerhalb des Difu

3.1 EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung

Der Arbeitsbereich Information und Dokumentation betreut die gesamte EDV-Technik des Difu sowie des VfK, die rund 150 PCs, dazugehörige Peripheriegeräte, Softwareprogramme, internes Netzwerk und die externe Internetanbindung umfasst.

Weiterhin werden im Arbeitsbereich die administrative Betreuung der Telekommunikations-Anlage und Wartungsarbeiten vorgenommen.

Der EDV-Lenkungsgruppe, dem arbeitsbereichsübergreifenden Beratungsgremium, wird in folgenden Bereichen zugearbeitet:

- Entwicklung und Pflege von hauseigenen Ergonomie-, Hard- und Softwarestandards.
- Weiterentwicklung der EDV-Konzeption des Difu.
- Planung und Umsetzung von Investitionsentscheidungen.

Für 2008 sind folgende Arbeitsschwerpunkte zu nennen:

- Unterstützung des DST bei der EDV-Administration am Standort Berlin (PC-Dienste und Telefonanlage).
- Umsetzung und Pflege des Sicherheitsupdate-Konzepts für das Windows-Clientbetriebssystem.
- Neuinstallation von NetWare-Servern auf der Basis von NetWare 6.5 am Standort Berlin.
- Erweiterung des Storage Area Networks (SAN).
- Erweiterung des DNS- und DHCP-Services.
- Servergenerations- und Software-Releasewechsel am Standort Berlin.
- Neuorganisation der Internetanbindung zum Deutschen Forschungsnetz (DFN).
- Pflege und Wartung von spezieller Anwendungssoftware (Groupwise, KHK, Lohn, ZAM, SPSS, Alephino).

(Gietzen, Gröning, Plagemann, Schumacher).

3.2 Bibliothek

Das Sammelgebiet der Institutsbibliothek erstreckt sich auf Fachliteratur, die im Difu-Verlag bzw. im Verlag des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (VfK) erscheint, sowie auf Fachliteratur, die in Kooperation mit anderen Herausgebern publiziert oder im Schriftentausch erworben wird.

Aufgrund der Kooperation mit der Senatsbibliothek Berlin (SEBI) werden viele Werke und Zeitschriften, die das Difu erhält, an die SEBI abgegeben, womit die bundesweite Zugänglichkeit der Literatur für die Fachöffentlichkeit gewährleistet ist. Daher wird kein eigener umfangreicher Präsenzbestand unterhalten. Die Difu-Bibliothek erwirbt Literatur für die Arbeitsbereiche und Projekte (Monographien, Periodika, Loseblattsammlungen) und organisiert den Zeitschriftenumlauf im Institut (Gräber).

3.3 Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

Anderen Arbeitsbereichen des Difu wurde in folgenden Bereichen zugearbeitet:

- Vorsitz der EDV-Lenkungsgruppe des Difu (Plagemann).
- Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht:
 - ▲ Entwicklung, Pflege und Aktualisierung des Internetangebots für die Bundestransferstelle „Soziale Stadt“ (Grabarse, Reichel).
 - ▲ Entwicklung, Pflege und Aktualisierung des Internetangebots der Programmübergreifenden Begleitung zum Förderschwerpunkt „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“ (Grabarse, Reichel).
 - ▲ Wettbewerb „Kommunale Suchtprävention: Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“ (Grabarse, Reichel).
- Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr:
 - ▲ Entwicklung, Pflege und Aktualisierung des Internetangebots für das Projekt „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Kommunalbeispiele für eine zukunftsfähige Wasserver- und Abwasserentsorgung“ des Forschungsverbundes „netWORKS“ (Reichel).
 - ▲ Entwicklung, Pflege und Aktualisierung der Internetangebote „Fahrradportal“ und „Fahrradakademie“ zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (Reichel).
- Arbeitsbereich Köln:
 - ▲ Aufbau des Internetangebotes der Servicestelle „Kommunaler Klimaschutz“ (Plagemann).

4. Kooperationen

- Deutscher Städtetag (DST):
Zwischen dem Difu und dem DST bildet der Datenaustausch einen wichtigen Teil der Kooperation: DST-Daten werden vom Difu aufbereitet und an die SEBI weitergeleitet sowie in ORLIS aufgenommen. Im Gegenzug wird die DST-Bibliothek mit ORLIS-Daten beliefert.
- Bibliothek des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR):
Die Bibliothek liefert Neuerwerbungen in elektronischer Form und ergänzt durch ihren regionalplanerischen/raumordnerischen Bezug die Themenpalette von ORLIS.
- Fraunhofer-Institut für Raum und Bau (IRB):
Die Kooperationsbeziehung zwischen Difu und IRB umfasst die Lieferung von ORLIS-Daten für die IRB-Datenbank RSWB und den Vertrieb der Difu-Datenbanken durch IRBdirekt.
- Senatsbibliothek Berlin (SEBI):
Die Zusammenarbeit mit der Senatsbibliothek Berlin (SEBI) wurde entsprechend dem Kooperationsvertrag zwischen Difu und der Berliner Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten fortgeführt. Die Kooperation umfasst auch den Datenaustausch zwischen SEBI (Erwerbungsdaten) und Difu (ORLIS-Daten).
- Bibliothek des Instituts für Länderkunde, Leipzig (IfL):
Das IfL beteiligt sich an der ORLIS-Datenbankproduktion. Die Bibliothek liefert kontinuierlich die Neuerwerbungen in elektronischer Form und ergänzt durch ihren geographischen Bezug die Themenpalette von ORLIS.
- Technische Universität Berlin (TUB)/Deutsches Forschungsnetz (DFN):
Die Internet-Anbindung des Difu erfolgt im DFN über das Rechenzentrum der TUB.
- URBANDATA:
Die internationale Vereinigung URBANDATA hat zur Aufgabe, internationale Infor-

mationsarbeit zu fördern. Ihr Schwerpunkt liegt beim Betrieb des gemeinsamen Datenbankportals URBADOC im Internet.

5. Weitere Aktivitäten

- Mitglied im Arbeitskreis „One-Person-Librarians“ (OPL) in Berlin-Brandenburg (Gräber).
- Mitglied der Urbandata Working Group (Plagemann, Reichel).
- Ständiger Gast beim IT-Arbeitskreis der Leibniz-Institute (Plagemann), Frühjahrssitzung am 29./30.5.2008 in Bremerhaven (Plagemann).
- Frühjahrssitzung des IT-Arbeitskreises der Leibnizgemeinschaft am 29./30.5.2008 in Bremerhaven (Plagemann).

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

Mitarbeiterinnen

Katrin Adam

Dipl.-Dok. (grad.) Dörte Jessen

Dipl.-Soz. Kerstin Landua

Dipl.-Lehrerin Rita Rabe

Dipl.-Übers. Anne Taubert

1. Projekt „Organisation von Fachtagungen zu neuen Anforderungen an die Jugendhilfe im vereinigten Deutschland“ – AGFJ

Das Projekt wird seit 1995 durch das BMFSFJ gefördert und setzte seine Arbeit auftragsgemäß auch im Jahr 2008 erfolgreich fort. Im Berichtszeitraum wurden fünf Veranstaltungen sowie eine Wiederholungsveranstaltung durchgeführt.

Konzeptioneller Ansatz der Fachtagungen und Workshops ist es, einen institutionenübergreifenden Dialog zu aktuellen Fragestellungen in der Jugendhilfe zwischen Fachkräften aus der öffentlichen und freien Jugendhilfe zu initiieren und andere beteiligte Professionen in diesen Dialog einzubinden. Die Umsetzung dieses Anliegens spiegelt sich in der Themenstellung der Fachtagungen sowie in der interdisziplinären Zusammensetzung der Referentinnen und Referenten, die an den Veranstaltungen mitwirken, wider. Die Veranstaltungen sind primär auf fachlichen Austausch, Unterstützung und Vernetzung der in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Fachkräfte ausgerichtet. Ein wichtiges Gremium, das dieses Anliegen intensiv unterstützt und fördert, ist der Beirat Jugendhilfe des Projekts, der vorrangig aus kommunalen Praktiker/innen der Jugendhilfe besteht.

Die Teilnehmer sowie die mitwirkenden Experten kommen aus allen Regionen Deutschlands. Die Tagungen haben sich zu Foren für länderübergreifende Fachdiskussionen und den Austausch von Erfahrungen entwickelt, die für die Praxis der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe von großem Wert sind. Das bearbeitete Themenspektrum wurde auch 2008 den aktuellen Anforderungen und zentralen Fragestellungen der Jugendhilfe angepasst. 2008 sind sechs Tagungsdokumentationen in der projekteigenen Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ erschienen, die bundesweit einen großen Adressatenkreis in der Kinder- und Jugendhilfe haben. Die Angebote der AGFJ werden durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit (Auftritt im Internet, Versendung von Flyern, Pressemitteilungen mit Verweis auf die Dokumentationen) einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im Arbeitsjahr 2008 nahmen insgesamt 610 Personen an den Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe teil. Die Tagungsdokumentationen sind als Arbeitsmaterial von in der Praxis tätigen Fachkräften weiterhin gut nachgefragt. Es wurden insgesamt 2.068 Dokumentationen bestellt bzw. vergeben.

Beim Übergang der AGFJ vom VfK in die gemeinnützige Difu GmbH im Sommer 2008 wurde vereinbart, dass die Leistungsmerkmale des Projekts in gewohnter Qualität erhalten bleiben sollen, um dem oben genannten Bedürfnis der Praktiker/Innen der Kinder- und Jugendhilfe weiter Rechnung zu tragen. Mit dem Bundesverwaltungsamt und dem BMFSFJ wurde vereinbart, dass die AGFJ bis zum Ende der derzeitigen Förderperiode 2009 in der Trägerschaft des VfK bleibt. Dies wurde in einem Weiterleitungsvertrag zwischen VfK und Difu geregelt, indem die AGFJ dem Difu als Projekt zugeordnet wird, so dass diese jetzt auch als „AGFJ im Difu“ öffentlich auftritt.

Auftraggeber/Kooperation: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin.

Laufzeit: Januar 2007 bis Dezember 2009.

Projektnummer: 95100

Projektbearbeitung: Kerstin Landua (Projektleitung); Katrin Adam, Dörte Jessen, Rita Rabe, Anne Taubert.

Ausblick: Eine Weiterförderung wird derzeit geprüft.

2. Veranstaltungen

Folgende Veranstaltungen wurden 2008 durchgeführt:

- | | |
|-----------------|---|
| 03.–04.04.2008 | Konzepte der Personalbemessung + Qualitätsaspekte des ASD. |
| 24.–25.04.2008 | Wegweiser ins Arbeitsleben. Kooperationsmodelle und Integrationsstrategien beim Übergang Jugendlicher von der Schule in den Beruf. |
| 18.–19.09. 2008 | Konzepte der Personalbemessung + Qualitätsaspekte des ASD (Wiederholungstagung aufgrund der großen Nachfrage). |
| 23.–24.10.2008 | Kinderarmut + Kinderarmut. Lebenssituationen und Zukunftsperspektiven von Kindern und Familien in Deutschland – Konsequenzen für die Jugendhilfe. |
| 19.–21.11.2008 | Frühe Hilfen interdisziplinär gestalten. Zum Stand des Aufbaus früher Hilfen in Deutschland. |
| 04.12.2008 | Soziale Arbeit zwischen Gemeinnützigkeit und Gewinnorientierung: Wie + wohin entwickelt sich die Trägerlandschaft? |

3. Weitere Aktivitäten

- Mitglied im Beirat des AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Hannover (Landua).

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen im Jahr 2008 (nach Autoren)

a) Difu (Eigenverlag)

- Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Die Europäische Stadt – Auslaufmodell oder Kulturgut und Kernelement der Europäischen Union? Dokumentation des Symposiums des Deutschen Städtetages am 7. Mai 2007 in Köln, Difu-Impulse 2/2008, Berlin 2008.
- Beckmann, Klaus J.: Die Europäische Stadt – Auslaufmodell oder Kulturgut und Kernelement der Europäischen Union? Eine Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Die Europäische Stadt – Auslaufmodell oder Kulturgut und Kernelement der Europäischen Union? Dokumentation des Symposiums des Deutschen Städtetages am 7. Mai 2007 in Köln, Difu-Impulse 2/2008, Berlin 2008.
- Beckmann, Klaus J.: Resümee, in: Die Europäische Stadt – Auslaufmodell oder Kulturgut und Kernelement der Europäischen Union?, in: ders. (Hrsg.): Die Europäische Stadt – Auslaufmodell oder Kulturgut und Kernelement der Europäischen Union? Dokumentation des Symposiums des Deutschen Städtetages am 7. Mai 2007 in Köln, Difu-Impulse 2/2008, Berlin 2008.
- Beckmann, Klaus J., Gregor Jekel, Franciska Frölich von Bodelschwingh: Wohnen in der Innenstadt – Zwischen Vision und Wirklichkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DFK), H. 1/2008: Innenstadtwohnen: Neue Herausforderungen für die Städte, S. 5–12.
- Beckmann, Klaus J., und Kerstin Landua (Hrsg.): 2013 – Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz: Was kommt auf die Kommunen zu? Dokumentation des Brennpunkt-Seminars zum Thema Kindertagesbetreuung am 9. Oktober 2007 in Berlin – eine gemeinsame Veranstaltung von Difu, DST und AGFJ, Difu-Impulse, Bd. 5/2008, Berlin 2008.
- Bracher, Tilman, und Michael Lehmbrock (Hrsg.): Steuerung des städtischen Kfz-Verkehrs. Parkraummanagement, City-Maut und Umweltzonen, Difu-Impulse 6/2008, Berlin 2008.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt: Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin, Juli 2008 (<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/>).
- Bundestransferstelle Soziale Stadt: Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt. Kurzfassung, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin, Juli 2008 (<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/>).
- Bundestransferstelle Soziale Stadt: Statusreport 2008 The Programme „Social City“ (Soziale Stadt). Summary, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin, Juli 2008 (<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/>).
- Bunzel, Arno, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Christian Strauss: Planspiel Neuordnung des Rechts der Raumordnung, Ergebnisse und Empfehlungen, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin 2008 (<http://www.difu.de/publikationen/abfrage.php3?id=988>).
- Deutsches Institut für Urbanistik in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und der KGSt: Die europäische Dienstleistungsrichtlinie: Bedeutung für Kommunen. Sachstand, Fragen und erst Antworten, Berlin 2008.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Soziale Stadt info 22, Schwerpunkt: Sport im Stadtteil, Berlin, August 2008, <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/>.
- Echter, Claus-Peter, und Andrea Grimm: Denkmalschutz und Denkmalpflege in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden, Difu-Impulse, Bd. 3/2008, Berlin 2008.
- Floeting, Holger (Hrsg.): Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik. Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 5, Berlin 2008.
- Floeting, Holger, und Daniel Zwicker-Schwarm: Clusterinitiativen und Netzwerke – Handlungsfelder lokaler und regionaler Wirtschaftspolitik, in: Holger Floeting (Hrsg.), Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik. Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 5, Berlin 2008, S. 15–40.
- Fuchs, Christel (Bearb.): Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 1: Juli 2008, Heft 2: Dezember 2008.

- Grabow, Busso, Beate Hollbach-Grömig, Stefan Schneider, Antje Seidel-Schulze u.a.: PPP und Mittelstand. Untersuchung von 30 ausgewählten PPP-Hochbauprojekten in Deutschland, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2008.
- Grabow, Busso: PPP – Wirtschaftlichkeit, Qualitäten, Beratung, Partnerschaft. Ergebnisse einer ergänzenden Umfrage zum Projekt „PPP und Mittelstand“, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2008 (<http://www.difu.de/publikationen/abfrage.php?id=956>).
- Grabow, Busso, und Beate Hollbach-Grömig: Schneller und einfacher gründen: One-Stop-Shops in deutschen Kommunen, Difu-Paper, Berlin 2008.
- Grabow, Busso, Antje Seidel-Schulze u.a.: Jahresgutachten 2007 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber, Berlin, Dezember 2008 (<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=X7G3PCAZ>).
- Gräber, Rita (Bearb.): Kommunalwissenschaftliche Dissertationen, November 2008.
- Heinz, Werner: Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 6, Berlin 2008.
- Hollbach-Grömig, Beate, und Holger Floeting: Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, Difu-Paper, Berlin 2008.
- Jekel, Gregor, und Franciska Frölich von Bodelschwingh: Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt – Wohnungsangebot, Anbieterstrukturen und die Bedeutung neuer Wohnformen für die Stärkung des Wohnstandorts Innenstadt, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), H. 1/2008: Innenstadtwohnen: Neue Herausforderungen für die Städte, S. 13–36.
- Junker, Rolf, Gerd Kühn, Christina Nitz, Holger Pump-Uhlmann: Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 7, Berlin 2008.
- Landua, Detlef, und Kerstin Landua: Standpunkt: Damit Frühe Hilfen nicht zu spät kommen ... Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe am Difu wird erweitert, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Berichte – Projekte, Veröffentlichungen und Positionen des Difu, H. 3/2008, Berlin.
- Preuß, Thomas, und Uwe Ferber: Circular land use management in cities and urban regions – a policy mix utilizing existing and newly conceived instruments to implement an innovative strategic and policy approach, Difu-Paper, Berlin 2008.
- Projektübergreifende Begleitung REFINA (Stephanie Bock, Holger Floeting, Jens Libbe, Thomas Preuß, Daniel Zwicker-Schwarm): Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen und Projekte des Förderschwerpunkts REFINA, Berlin 2008 (<http://www.refina-info.de/de/refina-veroeffentlichungen/index.phtml>).
- Reidenbach, Michael, Tilman Bracher, Busso Grabow, Stefan Schneider, Antje Seidel-Schulze: Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 4, Berlin 2008.
- Rösler, Cornelia (Hrsg.), unter Mitarbeit von Vera Lorke: Gebäudeenergieeffizienz in Kommunen. Dokumentation des 12. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 12./13. März 2007 in Nürnberg, Difu-Impulse, Bd. 1/2008, Berlin 2008.
- Scheele, Ulrich, Jens Libbe, Engelbert Schramm: Transformation städtischer Wasser-Infrastrukturen: Internationale Erfahrungen, Berlin 2008 (netWORKS-Papers, Nr. 25).
- Zwicker-Schwarm, Daniel, und Holger Floeting (Hrsg.): Wissensbilanzen für regionale Cluster- und Netzwerkinitiativen. Leitfaden zur RICARDA-Methode, Berlin 2008.
- Zwicker-Schwarm, Daniel, und Holger Floeting: Wissensbilanzen als Instrument des Netzwerkmanagements, in: Holger Floeting (Hrsg.), Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik. Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 5, Berlin 2008, S. 259–280.

b) Veröffentlichungen in externen Verlagen¹

- Bär, Gesine:** Verfügungsfonds und Mikrofinanzierungen als Instrumente der gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung, in: Impulse, Newsletter zur Gesundheitsförderung, H. 58, 1/2008, S. 22–23.
- Bär, Gesine:** Beteiligung hat viele Gesichter. Teilhabe an der gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung organisieren und ermöglichen. Erfahrungen aus dem Projekt „Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung“, in: Gesundheit Berlin (Hrsg.): Dokumentation 13. Kongress Armut und Gesundheit „Teilhabe stärken, Empowerment fördern, Gesundheitschancen verbessern!“, CD-Rom, Gesundheit Berlin e.V. 2008.
- Bär, Gesine:** Integrierte Handlungskonzepte und Gesundheitsförderung, in: Impulse. Newsletter zur Gesundheitsförderung, H. 59, 2/2008, S. 2–3.
- Beckmann, Klaus J.:** Chancen nutzen – Schlussfolgerungen des Tages, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): Demografie-Konzept für Berlin – Gestalten – Planen – Chancen nutzen. Dokumentation der Konferenz vom 6. März 2008 im Berliner Rathaus, Berlin 2008.
- Beckmann, Klaus J.:** Demografische Entwicklung – Konsequenzen für die Stadtentwicklung, Städtebau und Infrastruktur, in: DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.: Demografischer Wandel. Herausforderungen und Chancen für die Deutsche Wasserwirtschaft, Hennef 2008.
- Beckmann, Klaus J.:** Von der Vision zur (überholten?) Realität, in: Die Vergangenheit der Zukunft, Informationen zur Raumentwicklung, H. 11–12/2008, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.)
- Beckmann, Klaus J.:** Gutachten „Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost“ des BMVBS, Oktober 2008, Berlin.
- BMVBS/BBR (Hrsg.): Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost. Gutachten (Bearbeitung: Reinhardt Aehnelt, **Beckmann, Klaus J.**, Wolfgang Jaedicke, **Ulrike Meyer**, **Bettina Reimann**, Jürgen Veser), Bonn 2008.
- Bock, Stephanie:** Frauennetzwerke: Geschlechterpolitische Strategie oder exklusive Expertinnen-netze, in: Ruth Becker und Beate Kortendieck (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2008, S. 870–878.
- Bock, Stephanie:** Shopping Mall: Konsumtempel oder neuer „Frauenraum“ im Zentrum der Stadt? Rezension von Kerstin Dörhöfer: SHOPPING MALLS und neue Einkaufszentren, in: Querelles-Net, Nr. 26, November 2008.
- Bock, Stephanie:** Der BMBF-Förderschwerpunkt REFINA, in J. Braun, H.-P. Koschitzky, M. Stuhmann, V. Schrenk (Hrsg.): VEGAS Kolloquium 2008: Ressource Fläche III, Mitteilungen Institut für Wasserbau, Universität Stuttgart, Heft 174, Stuttgart 2008, S. 1–11.
- Böhme, Christa:** Aktivierung und Beteiligung – Schlüsselemente des Programms Soziale Stadt, in: Gesundheit Berlin (Hrsg.): Dokumentation 13. Kongress Armut und Gesundheit „Teilhabe stärken, Empowerment fördern, Gesundheitschancen verbessern!“, CD-Rom, Gesundheit Berlin e.V. 2008.
- Böhme, Christa:** Schlusswort: Der Gesunde Sprengelkiez im Spiegel bundesweiter Praxis stadtteilbezogener Gesundheitsförderung, in: Gemeinsam im Stadtteil e.V. Gesunder Sprengelkiez und Klasse 2000. Projektdokumentation 2006/2007, S. 26 f.
- Böhme, Christa, und Arno Bunzel:** Biodiversität, Klima und Demographie – Erhalten und den Wandel gestalten: Die örtliche Landschaftsplanung zwischen fachlichem Anspruch und kommunalpolitischen Anforderungen. Fachkongress 2.–3.4.2008 in Leipzig. Tagungsbericht, Berlin, Juli 2008 (http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/landschaftsplanung/tagungsbericht_web.pdf).
- Böhme, Christa, Beate Hollbach-Grömig, Antje Seidel-Schulze:** Seniorenbezogene Gesundheitsförderung und Prävention in Städten und Gemeinden, in: Antje Richter, Iris Bunzendahl, Thomas Altgeld (Hrsg.): Dünne Rente – Dicke Probleme. Alter, Armut und Gesundheit – Neue Herausforderungen für Armutsprävention und Gesundheitsförderung, Frankfurt am Main 2008, S. 149–165.

¹ Autorinnen und Autoren aus dem Difu sind hervorgehoben.

- Bunzel, Arno**, Wilfried Erbguth, Ingrid Harnitzsch, Bernhard Heinrichs, Brigitte Kubica, Helmut von Nicolai, Thomas Schüler, Wolfgang Stoll: Umgang mit NATURA 2000-Gebieten bei Vorhaben der Landesentwicklung. Dargestellt am Beispiel Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. v. Wilfried Erbguth, Arbeitsmaterialien der ARL Nr. 344, Hannover 2008.
- Bunzel, Arno**: Kommentierungen zu § 1a BauGB, in: Ralf Bleicher, Arno Bunzel, Thomas Engel, Jörg Finkeldei und Lucia Wecker: Baurecht, Ergänzbare Vorschriftenammlung mit Kommentar, 104. Ergänzungslieferung, Kronach, München, Bonn, Potsdam, Oktober 2008.
- Bunzel, Arno**: Umsetzung und Beendigung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen. Bericht über eine Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik am 15. November 2007, in: Grundstücksmarkt und Grundstückswert (GuG), H. 3/2008, S. 135–141.
- Bunzel, Arno**: Weiterungen des interkommunalen Abstimmungsgebots, in ZfBR 2008, S. 132–141.
- Bunzel, Arno**: Internet und Bauleitplanung – Rechtliche Grundlagen für die Nutzung elektronischer Informationstechnologien im Bauleitplanverfahren, in: Baurecht, H. 2/2008, S. 301–312.
- Bunzel, Arno**, und Vera Finger: Tagungsbericht. Brennpunktseminar des Deutschen Instituts für Urbanistik am 24.1.2008 in Berlin, Vor den Vergaberichtern – das Ende des kooperativen Städtebaus?, in: Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland NordÖR, H. 3/2008, S. 112 f.
- Floeting, Holger**: Intellectual Capital Reporting for Regional Cluster Initiatives and Networks – A Tool to Support Innovation and Regional Management, in: V. Schrenk, V. Popovich, D. Engelke, P. Elisei (Hrsg.): Mobility Nodes as Innovation Hubs – REAL CORP 008, 13. Internationale Konferenz zu Stadtplanung, Regionalentwicklung und Informationsgesellschaft, Geomultimedia 008, 3. Internationale Wiener Immobilienkonferenz, Tagungsband, Wien 2008, S. 291–298.
- Floeting, Holger**: Darf's ein bisschen mehr sein? Clusterstrategien und kommunale Wirtschaftsförderung, in: V. Schrenk, V. Popovich, D. Engelke, P. Elisei (Hrsg.): Mobility Nodes as Innovation Hubs – REAL CORP 008, 13. Internationale Konferenz zu Stadtplanung, Regionalentwicklung und Informationsgesellschaft, Geomultimedia 008, 3. Internationale Wiener Immobilienkonferenz, Tagungsband, Wien 2008, S. 227–233.
- Floeting, Holger**: Migrantenökonomien und die informelle Ökonomie: Strukturen, Zusammenhänge, Potenziale und Handlungsmöglichkeiten für Städte und Gemeinden, in: D. Henckel, G. Spars, F. Wukovitsch (Hrsg.): Arbeiten in der Grauzone. Informelle Ökonomie in der Stadt, Frankfurt am Main 2008, S. 127–150.
- Franke, Thomas**: Wo kann sich die „Soziale Stadt“ verorten?, in: Olaf Schnur (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis, Reihe VS Research, Wiesbaden 2008, S. 127–144.
- Grabow, Busso**: PPP-Projekte und Mittelstand – eine empirische Analyse, in: CityPartner (Deutscher Fachverlag GmbH), H. 2/2008, S. 30–32.
- Heinz, Werner**: Deutsche Städte und Globalisierung, in: Peter Biwald, Elisabeth Dearing, Thomas Weninger (Hrsg.): Innovation im öffentlichen Sektor, Graz 2008, S. 83–93.
- Heinz, Werner**: The radical change – German Cities in the wake of globalisation, in: Magnus Gräsbeck (Hrsg.): Conference on Metropolitan Challenges and Innovation, Helsinki 2008, S. 20–27.
- Heinz, Werner**: Der große Umbruch, in: DEMO, H. 10/2008, S. 28 f.
- Knipp, Rüdiger**, und Anne Drescher: Konzepte gegen den Fachkräftemangel, in: Der Neue Kämmerer, S. 154 f.
- Knipp, Rüdiger**, und Stefanie Magin: Monitoring und Evaluation von Integrationsmaßnahmen – Erfolgskontrolle für das strategische Integrationsmanagement in Kommunen, in: Innovative Verwaltung, H. –8/2008, S. 21 ff.
- Landua, Kerstin**: KINDERarmut + KinderARMUT? Ein Tagungsbericht, in: Forum Jugendhilfe, Nr. 4/2008, S. 46 f.
- Landua, Kerstin**: Personalbemessung und Qualitätsstandards im ASD als Schlüssel zur Qualitätssicherung. Ein Tagungsbericht, in: Das Jugendamt, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Nr. 7–8/2008; S. 356–358, und in: Forum Erziehungshilfen, Nr. 4/2008, S. 224–227, und in: Forum Jugendhilfe, Nr. 2/2008, S. 63–65, und in: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe, Nr. 9/2008, S. 371–372, und in: Jugendhilfe, Nr. 5/2008, S. 255–258.

- Landua, Kerstin:** Personalbemessung und Qualitätsstandards im ASD als Schlüssel zur Qualitätssicherung. Ein Tagungsbericht, in: Sozialmagazin, Nr. 7-8/2008, S. 8–88.
- Landua, Kerstin:** Normalisierung ist Erfolg. Ein Tagungsbericht, in: Blickpunkt Jugendhilfe, Berlin: VPK - Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V., Nr. 1/2008, S. 26–28, und in: Jugendhilfe, Nr. 2/2008, S. 59-62, und in: Dialog Jugendhilfe, Nr. 1/2008, Hannover, S. 31–33, und in: Wellenbrecher e.V., Online-Info Nr. 32/2008.
- Landua, Kerstin:** Mythos Wirkungssteuerung, in: Sozialwirtschaft, Baden-Baden, Nr. 2/2008, S. 22–24.
- Landua, Kerstin:** Leicht gesagt und schwer getan? Wirkungsorientierte Steuerung so gestalten, dass sie nicht zum Mythos wird. Ein Tagungsbericht, in: Blickpunkt Jugendhilfe, Berlin: VPK – Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V., Nr. 5/2008, S. 26–29.
- Landua, Kerstin:** Buntgescheckte Jugendarbeit, in: Sozialmagazin, Nr. 2/2008, S. 62 f.
- Landua, Kerstin:** Brauchen wir bundeseinheitliche Standards im ASD und im kommunalen Kinderschutz? Konzepte der Personalbemessung + Qualitätsaspekte des für Jugendhilfe, Nr. 3/2008, S. 35 f., und in: Das Jugendamt, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Nr. 5/2008, Berlin, S. 25–27.
- Libbe, Jens,** und Ulrich Scheele: Räumliche Aspekte von Qualitäts- und Versorgungsstandards in der Wasserwirtschaft, in: Informationen zur Raumentwicklung (IzR), H. 1/2008: Infrastruktur und Daseinsvorsorge in der Fläche, S. 101–112.
- Preuß, Thomas,** Uwe Ferber, Volker Schrenk: Die Arbeitshilfe zur Erstellung von Start-Up-Plänen für Brachflächen, in: Handbuch Altlastensanierung und Flächenmanagement, hrsg. von Volker Franzius, Michael Altenbockum und Thomas Gerhold, Heidelberg u.a. 2008, Nr. 8216.
- Reimann, Bettina:** Integration von Zuwanderern im Quartier: Ausgangslage, Herausforderungen und Perspektiven, in: Olaf Schnur (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis, Reihe VS Research, Wiesbaden 2008, S. 193–208.
- Reimann, Bettina,** und Heike Hanhörster: Quartiersarbeit durch Beteiligung der Bewohner, in: das rathaus. Zeitschrift für Kommunalpolitik, H. 5/2008, S. 135–137.
- Reimann, Bettina,** und Heike Hanhörster: Beteiligung durch Vernetzung. Die Rolle von Migrantinnen- und Moscheevereinen im Berliner Quartiermanagement, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, H. 4/2008, Baden-Baden, S. 139–141.
- Schneider, Stefan:** Investitionen in die Zukunft, in: Der Gemeinderat, H. 12/2008, S. 30–32.
- Seidel-Schulze, Antje,** und **Busso Grabow:** Difu-Jahresgutachten Mobilfunk 2007. Selbstverpflichtung und Verbändevereinbarung haben sich trotz weiterer Verbesserungspotenziale bewährt, in: NST-Nachrichten, H. 7-8/2008, Hannover, S. 159–161.
- Uttke, Angela,** für das Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung, Fak. Raumplanung, TU Dortmund (Hrsg.): Internationale Bauausstellung Emscher Park. Die Projekte 10 Jahre danach, Essen 2008, S. 304.
- Uttke, Angela,** Christa Reicher und Ursula Kleefisch-Jobst: IBA – Internationale Bauausstellung: Wandel ohne Wachstum, in: IBA – L'Exposition internationale d'architecture: Mutation sans Croissance. Attention. Une Saison Culturelle Du Land Rhenanie Du Nord-Westphalie 2008/2009, S. 62–71.
- Uttke, Angela,** und Thorsten Schauz: IBA im Blick. Innovationsschub, Inszenierung, Marketing, in: PLANERIN, H. 5/2008, Berlin, S. 3 f.
- Uttke, Angela,** und Sylvia Wanczura: Demands of urban regeneration on urban planners and designers – a German perspective, in: Stanislaw Wahle-Strzelecka und Ewa Cichy-Pazder (Hrsg.) (2008): Charette. Kaztalcenie urbanistow w Polsce. Rola urbanisty w programowaniu procesow rewitalizacji, Poznan, S. 57–60.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Verkehrspolitische Handlungsfelder für eine effiziente Logistik, Stellungnahme vom November 2007, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, H. 1/2008, Köln.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Die Zukunft des ÖPNV – Reformbedarf bei Finanzierung und Leistungserstellung, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, H. 2/2008, Köln.

**Veröffentlichungen
nach Autoren**

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Strategien zur Minderung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor – Teil 1, in: Straße und Autobahn, Nr. 9/2008 und Nr. 10/2008, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V.

Anhang

Allgemeines

- Kurzinformation über das Institut:
- Zuwanderstädte des Difu, Stand: Mai 2009

Personalia

- Personalbestand/Personalveränderungen
- Difu-Direktkontakt: Arbeitsgebiete, Kommunikationswege

Abkürzungsverzeichnis

Stand: März 2009

Zuwanderstädte

AACHEN AMBERG ASCHAFFENBURG BAUTZEN BEELITZ
BERLIN BIELEFELD BOCHOLT BOCHUM BONN BOTTROP
BRAUNSCHWEIG BREMEN CELLE COTTBUS CUXHAVEN
DARMSTADT DORTMUND DRESDEN DÜSSELDORF ER-
FURT ERLANGEN ESSEN ESSLINGEN FALKENSEE FLENS-
BURG FORCHHEIM FRANKFURT/M. FRIEDRICHSHAFEN
FÜRTH GARBSEN GELSENKIRCHEN GIESEN GOTHA
GÖTTINGEN HAMBURG HAMM HANAU HANNOVER
HEIDELBERG HENNIGSDORF HERNE HILDESHEIM
ISERLOHN JENA KAISERSLAUTERN KARLSRUHE KIEL
KOBLENZ KÖLN KONSTANZ KRONBERG LAHR LANDAU
LANDSHUT LANGENHAGEN LEIPZIG LINGEN LUDWIGS-
BURG LÜNEN LUTHERSTADT WITTENBERG MAGDE-
BURG MAINZ MANNHEIM MARBURG MÜHLHAUSEN
MÜLHEIM/RUHR MÜNCHEN MÜNSTER NEUSS NÜRN-
BERG OFFENBACH OFFENBURG OLDENBURG OSNA-
BRÜCK PASSAU PLAUE POTSDAM PRENZLAU RAVENS-
BURG REGENSBURG REUTLINGEN RHEINE ROSENHEIM
RÜSSELSHEIM SAARBRÜCKEN SCHWEINFURT STADTRO-
DA STENDAL STUTTGART SUHL SULZBACH-ROSENBERG
TRIER TÜBINGEN UNNA WEIDEN WEIMAR WIESBADEN
WIESLOCH WISMAR WOLFSBURG WUPPERTAL

REGIONALVERBAND RUHR PLANUNGSVERBAND BAL-
LUNGSRAUM FRANKFURT/RHEIN-MAIN REGION HAN-
NOVER REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT HAVEL-
LAND-FLÄMING VERBAND REGION RHEIN-NECKAR VER-
BAND REGION STUTTGART ZWECKVERBAND GROß-
RAUM BRAUNSCHWEIG

Stand: Mai 2009

Weiterführende Informationen über die Institutsarbeit finden Sie auch im Internet unter www.difu.de. Einmal jährlich wird ein Seminarprogramm über die Fortbildungsangebote des Instituts herausgegeben. Vierteljährlich erscheint der Difu-Newsletter „Berichte“. Das Informationsmaterial ist kostenlos und kann in der Pressestelle angefordert werden.

Kontaktaufnahme

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH (Difu)

Berlin: Straße des 17. Juni 112; 10623 Berlin
Telefon: 030/39001-0; Telefax: 030/39001-100

Köln: Lindenallee 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/340308-15; Telefax: 0221/340308-28

E-Mail: difu@difu.de
Internet: www.difu.de

Geschäftsführer und wissenschaftlicher Direktor

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-215/214
Telefax: 030/39001-216
E-Mail: kj.beckmann@difu.de

Stellvertreter des wissenschaftlichen Direktors

PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
Telefax: 030/39001-269
E-Mail: bunzel@difu.de

Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: pressestelle@difu.de

Deutsches Institut für Urbanistik

Partner bei der Lösung kommunaler Aufgaben

Themenspektrum

- Siedlungsentwicklung, Flächennutzung, Städtebau
- Wohnen
- Wirtschaft und Arbeitsmarkt
- Finanzpolitik
- Infrastruktur
- Gesellschaft, Sozialpolitik und Gesundheitsförderung
- Verkehr
- Umwelt
- Bildung, Kultur und Denkmalpflege



Zielsetzung und Forschungsaufgaben

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde 1973 auf Initiative der deutschen Städte gegründet, um Kommunalverwaltungen durch wissenschaftlich fundierte Forschung und Fortbildung die Lösung ihrer kommunalen Aufgaben zu erleichtern und darüber hinaus längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Das Institut untersucht Fragestellungen der Kommunalpolitik, erforscht interdisziplinär Grundprobleme der Kommunen und erarbeitet methodische Grundlagen und Konzepte für die kommunale Planungs- und Verwaltungspraxis. In seinen Arbeitsschwerpunkten unterstützt es einzelne Städte auch bei der Lösung aktueller Probleme, soweit es sich um exemplarische Problemstellungen handelt.

Als Gemeinschaftseinrichtung von mehr als 100 Zuwendern (hauptsächlich Städten sowie Kommunalverbänden und Planungsgemeinschaften) orientiert das Difu seine Arbeit gezielt am Bedarf der Städte und bietet ihnen ein breites Spektrum von Leistungen an.

Forschungsberichte, Studien, Fortbildungsseminare sowie Informations- und Dokumentationsdienste dienen der anwendungsorientierten Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, dem Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und der Unterstützung bei der Umsetzung von Planungszielen in kommunales Verwaltungshandeln.

Durch Seminare, Informations- und Dokumentationsdienste sowie mehrere Veröffentlichungsreihen und Zeitschriften wird das im Difu erarbeitete Wissen zu kommunalen Fragestellungen der Praxis zur Verfügung gestellt.

Fortbildung

Berufsbegleitende Fortbildungsveranstaltungen des Difu zu aktuellen kommunalpolitischen Themen richten sich hauptsächlich an Führungskräfte, leitende Mitarbeiter der Verwaltung sowie Mitglieder von Vertretungskörperschaften. Den Großteil der jährlich mehr als 30 Weiterbildungsaktivitäten stellen „Berlin-Seminare“, die im Ernst-Reuter-Haus in Berlin durchgeführt werden. Darüber hinaus führt das Institut in Zusammenarbeit mit einzelnen Städten Kurzseminare auch vor Ort durch, deren Programme auf die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Städte oder Regionen zugeschnitten sind. Größere Fachtagungen runden das Fortbildungsangebot ab.

Information und Dokumentation

Informations- und Dokumentationsleistungen des Instituts dienen dem interkommunalen Erfahrungsaustausch und dem Transfer von Forschungsergebnissen in die kommunale Praxis. Grundlage hierfür sind die Erstellung von Datenbanken (ORLIS: Literaturpool zu kommunal bedeutsamen Sachgebieten; *kommDEMOS*: Umfragen aus den Kommunen), individuelle Datenbankrecherchen sowie die Herausgabe von Dokumentationsserien zu verschiedenen Themengebieten.

Veröffentlichungen

Das Difu gibt verschiedene Veröffentlichungsreihen heraus: „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“, „Difu-Impulse“, „Difu-Arbeitshilfen“, „Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften“, „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, „Difu-Papers“ sowie seinen vierteljährlich erscheinenden Newsletter „Berichte“.

Zuwender und Träger des Instituts

In den Kreis der Zuwender des Difu können nur unmittelbare oder mittelbare Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages sowie Mitgliedstädte des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aufgenommen werden. Zuwendendstädte profitieren vom regelmäßigen Angebot des Instituts, das ihnen kostenlos den Bezug der Institutsveröffentlichungen, die Teilnahme an Seminaren und anderen Weiterbildungsveranstaltungen zu ermäßigten Gebühren sowie den Zugang zu seinem Extranet ermöglicht. Ferner sorgen die Städte durch die Übermittlung eigener aktueller Fragestellungen an das Institut dafür, dass sich die Forschungs- und Fortbildungsarbeit an den realen Problemen der Städte orientiert.

Rechtsträger des im Jahr 1973 gegründeten Instituts war bis zum 31. Dezember 2007 der im Jahr 1951 vom Deutschen Städtetag und dem Land Berlin gegründete Verein für Kommunalwissenschaften (VfK). Seit der Umwandlung des Instituts in eine gemeinnützige GmbH zum 1. Januar 2008 ist der VfK, dessen acht Mitglieder vom Deutschen Städtetag und vom Land Berlin, dem Sitzland des Instituts, benannt werden, alleiniger Gesellschafter der GmbH.

Finanzierung und personelle Situation

Zur Finanzierung des als GmbH geführten Instituts tragen die Zuwender, der Verein für Kommunalwissenschaften e.V., das Land Berlin sowie der Bund bei. Hinzu kommen Eigenmittel des Instituts, beispielsweise Projektförderungen, sowie Einnahmen aus Seminaren und Veröffentlichungen. Im Institut arbeiten rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand 31.12.2008).

Zuwenderstädte

Aachen
Amberg
Aschaffenburg

Bautzen
Beelitz
Berlin
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Bottrop
Braunschweig
Bremen

Celle
Cottbus
Cuxhaven

Darmstadt
Dortmund
Dresden
Düsseldorf

Erfurt
Erlangen
Essen
Esslingen

Falkensee
Flensburg
Forchheim
Frankfurt/M.
Friedrichshafen
Fürth

Garbsen
Gelsenkirchen
Gießen
Gotha
Göttingen

Hamburg
Hamm

Hanau
Hannover
Heidelberg
Hennigsdorf
Herne
Hildesheim

Iserlohn

Jena

Kaiserslautern
Karlsruhe
Kiel
Koblenz
Köln
Konstanz
Kronberg

Lahr
Landau
Landshut
Langenhagen
Leipzig
Lingen
Ludwigsburg
Lünen
Lutherstadt Wittenberg

Magdeburg
Mainz
Mannheim
Marburg
Mühlhausen
Mülheim/Ruhr
München
Münster

Ness
Nürnberg

Offenbach
Offenburg
Oldenburg
Osnabrück

Passau
Plauen
Potsdam
Prenzlau

Ravensburg
Regensburg
Reutlingen
Rheine
Rosenheim
Rüsselsheim

Saarbrücken
Schweinfurt
Stadtroda
Stendal
Stuttgart
Sulzbach-Rosenberg
Suhl

Trier
Tübingen

Unna

Viersen

Weiden
Weimar
Wiesbaden
Wiesloch
Wismar
Wolfsburg
Wuppertal

Weitere Zuwender

- Metropolregion Rhein-Neckar
- Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
- Region Hannover
- Regionale Planungsgemeinschaft Havel-land-Fläming
- Regionalverband Ruhr
- Verband Region Stuttgart
- Zweckverband Großraum Braunschweig

Stand: Mai 2009

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates der Difu GmbH

Praktiker

Oberbürgermeister Martin Biermann, Stadt Celle
Beigeordnete Verena Göppert, Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages
Beigeordneter Folkert Kiepe, Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages
Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer, Stadt Dortmund
Christian Specht, Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim
Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, Planungsdezernent der Stadt Leipzig

Wissenschaftler

Prof. Dr. rer. pol. Franz Josef Bade, Fachgebiet Volkswirtschaftslehre, insbesondere Raumwirtschaftspolitik, Universität Dortmund
Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis, Juristische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Jörg Bogumil, Lehrstuhl für Vergleichende Stadt- und Regionalpolitik, Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Gisela Färber, Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
Prof. Dr.-Ing. Martin Haag, Institut für Mobilität und Verkehr, Universität Kaiserslautern
Prof. em. Dr. Dieter Läßle, Stadt- und Regionalökonomie, HCU Hamburg
Prof. Elke Pahl-Weber, Institut für Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin

Vertreter des Bundes

Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung
N.N., Bundesministerium der Finanzen
N.N., Bundesministerium des Innern

Personalbestand Gesamtjahr 2008

Im Jahre 2008 hatte die Difu GmbH erhebliche Fluktuationen zu verzeichnen, von denen der größere Teil durch die umgesetzten Umstrukturierungsmaßnahmen bedingt war und ein geringerer Teil natürliche Fluktuation zur Ursache hatte. Im Einzelnen musste zum 31.1.2008 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen eines mit dem Betriebsrat verhandelten Sozialplans die betriebsbedingte Kündigung ausgesprochen werden. Durch arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen bleiben drei Mitarbeiter länger oder mit Teilzeitanteilen im Difu angestellt. Daneben gingen im gesamten Jahr 2008 fünf MitarbeiterInnen in den Ruhestand, weitere 19 MitarbeiterInnen verließen das Institut teilweise durch Fristablauf ihrer Zeitverträge bedingt, teilweise auf eigenen Wunsch. Dem gegenüber stehen acht unbefristet beschäftigte neue MitarbeiterInnen und 27 MitarbeiterInnen, die projektbezogen befristet eingestellt wurden.

Diese besondere Situation verursachte im Difu das ganze Jahr erhebliche Belastungen. Die Folgen waren eine vorübergehend stärkere Konzentration der Aktivitäten nach innen. Im zweiten Halbjahr konnte durch das besondere Engagement aller MitarbeiterInnen und ihren konstruktiven Umgang mit den situationsbedingten Veränderungen die Umstrukturierung weitgehend geleistet werden.

Zum Stichtag 31.12.2008 waren 99 (2007: 73) Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeitverträgen beim Difu beschäftigt. In der Gesamtzahl der Mitarbeiter sind 45 Zeitkräfte (2007: 13) enthalten, die im Rahmen von befristeten Projektaufträgen beschäftigt sind. Zum Stichtag waren als Wissenschaftler bzw. wissenschaftliche Sachbearbeiter 53 (2007: 46) Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich der nichtwissenschaftlichen Tätigkeiten (Sekretariate/Sekr.-Sachbearbeitung/Veranstaltungsorganisation/Allgemeine Verwaltung) waren 46 (2007: 27) Mitarbeiter beschäftigt (2007: 14).

Das Difu hat im Jahre 2008 insgesamt 18 PraktikantInnen aus unterschiedlichen Studiengängen einen in der jeweiligen Studienordnung vorgeschriebenen Praktikumsplatz angeboten.

Sigrid Künzel
Organisationssekretärin

Dina Lieder
Sekretärin Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz

Dipl.-Ing. Vera Lorke
Umweltschutz in Stadt- und Regionalentwicklung

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Kommunaler Umweltschutz, Klimaschutz und Energieeffizienz, Umweltplanung

Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln
Kommunale Abfallwirtschaft, Stoffstrommanagement

Ulrike Vorwerk, M.A.
Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz

Bereich Fortbildung, Information, Kommunikation

Telefax: -268

Sylvia Bertz
Organisationssekretärin

Ina Kaube
Organisationssekretärin

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp
Verwaltungsmodernisierung, Öffentliche Finanzwirtschaft, Strategische Steuerung, Facility Management, Korruptionsprävention

Dr. rer. nat. Gerd Kühn
Einzelhandel und Stadtentwicklung, Kommunale Gewerbepolitik und Wirtschaftsförderung

Bettina Leute
Organisationssekretärin

Bereich Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

Telefax: -146

Katrin Adam
Organisationssekretärin

Dipl.-Dok. (grad.) Dörte Jessen
Öffentlichkeitsarbeit

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Projektleiterin

Dipl.-Lehrerin Rita Rabe
Literaturdokumentation, Bibliothek

Dipl.-Übers. Anne Taubert
Organisation, Tagungsbetreuung, Versand

Bereich Wissensmanagement

Telefax: -160

Beatrice Albrecht-Thiessat
Organisationssekretärin

Sachbearbeitung Kommunalweb, kommDEMOS, ORLIS

Steffen Ehlers
Web-Content-Management, Internet-Redaktion

Christel Fuchs
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung, Literaturdokumentation

Dipl.-Math. Norbert Gietzen
EDV-Administration, Netzwerkmanagement

Dipl.-Ing. Christine Grabarse
Web-Content-Management, Internet-Redaktion

Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber
Kommunalwissenschaftliche Dissertationen
Literaturdokumentation, Difu-Bibliothek

Dipl.-Ing. Peter Gröning
EDV-Administration, Netzwerkmanagement

Susanne Plagemann, M.A.
Informationsmanagement, Datenbankproduktion (ORLIS), Informationsdienste URBADOC

Doris Reichel, M.A.
Web-Content-Management, Internet-Redaktion

Jörg Schumacher
Datenbank-Administration,
Internet-Administration

Bereich Personal

Telefax: -110

Dagmar Kath
Sachgebietsleiterin

Difu-Direktkontakt

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitsgebiete Kommunikationswege

-287

-102

-276

-158

-288

-279

-156

-274

-233

-251

-213



Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Berlin
Ernst-Reuter-Haus
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Telefon: 030/39001-0
Telefax: 030/39001-100

Deutsches Institut für Urbanistik, Köln
Lindenallee 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/340308-0
Telefax: 0221/340308-28

E-Mail: vorname.nachname@difu.de
Internet: www.difu.de

Die MitarbeiterInnen sind teilweise in Voll- oder Teilzeitstellen beim Difu beschäftigt. Sofern es sich um Projektarbeit handelt, sind die MitarbeiterInnen befristet beschäftigt.

Stand: Mai 2009

Institutsleitung/Geschäftsführung Telefax: -216	Durchwahl	-245	Dipl.-Ing. Franciska Frölich v. Bodelschwingh Stadtentwicklung, Wohnungspolitik, Planungsrecht, Städtebau	Dipl.-Verwaltungswiss. Daniel Zwicker-Schwarm Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung, Innovations- und Technologiepolitik, regionale Kooperation	-154
Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann Geschäftsführer und wissenschaftlicher Direktor	-214	-190	Dipl.-Geogr. Gregor Jekel Stadtentwicklung, Wohnungspolitik		
Privatdozent Dr. Arno Bunzel Stellvertreter des wissenschaftlichen Direktors	-238	-196	Dipl.-Soz. Detlef Landua Kooperationsformen kommunaler Steuerungsbehörden, Jugendhilfeforschung	Bereich Infrastruktur und Mobilität Telefax: -241	
Regina Haschke Sekretärin des wissenschaftlichen Direktors	-215	-237	Susanna Mayer Organisationssekretärin	Dipl.-Ing. Wulf-Holger Arndt Integrierte Verkehrsplanung	-252
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Telefax: -130		-237	Jessika Pluth Organisationssekretärin	Doris Becker Organisationssekretärin, Sachbearbeiterin	-264
Cornelia Schmidt Sachbearbeiterin und Sekretärin	-208	-191	Dr. rer. soc. Bettina Reimann Integrationspolitik, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung	Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher Mobilität, Siedlungs- und Verkehrspolitik, Kommunale Verkehrsplanung	-260
Sybille Wenke-Thiem Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-209	-200	Christa Rothäusler Raumordnung, städtebauliche Planung	Dipl.-Ing. Simone Harms Fortbildung Radverkehr	-132
Redaktion Telefax: -275		-296	Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, Stadterneuerung	Dipl.-Ing. Arne Koerdt Verkehrspolitik, Radverkehr	-108
Klaus-Dieter Beißwenger Redakteur	-282	-270	Dr. Angela Uttke Städtebau, Stadtentwicklung und -gestaltung, Baukultur	Dipl.-Geogr. Hadia Köhler Kommunale Infrastruktur	-151
Christina Blödorn Layout	-188			Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt Jens Libbe Infrastruktursysteme, Öffentliche Dienstleistungen, Begleitforschung und Evaluation	-115
Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann Redakteur	-254			Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß Flächenhaushaltspolitik, Flächenmanagement, kommunaler Umweltschutz	-265
Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales Telefax: -269		-202	Nadine Dräger Organisationssekretärin	Dipl.-Pol. Johanna Theunissen Fortbildung Radverkehr	-133
Dipl.-Soz. Maja Arit Kooperationsformen kommunaler Steuerungsbehörden, Jugendhilfeforschung	-195	-221	Dipl.-Geogr. Holger Floeting Lokale und regionale Innovationspolitik, wirtschaftlicher Strukturwandel, Kommunale Wirtschaftspolitik	Dipl.-Ing. Angelika Uricher Parkraummanagement, Verkehrssteuerung	-240
Dipl.-Soz. Gesine Bär Stadtentwicklung, Gesundheitsförderung	-299	-248	Dr. rer. pol. Busso Grabow Kommunale Wirtschaftspolitik, Empirische Wirtschaftsforschung, E-Government, Stadtmaking, PPP	Bereich Umwelt Telefon: 0221/340308-0 Telefax: 0221/340308-28	
Dr. rer. pol. Stephanie Bock Stadt- und Regionalentwicklung, internationaler Kontext, Gender Mainstreaming, Begleitforschung	-189	-293	Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Gröming Kommunale Wirtschaftsförderung, Stadtmaking, Interkommunale Kooperation, demographischer Wandel	Dr. phil., Dipl.-Ing. Werner Heinz Kommunale und regionale Entwicklungspolitik, innovative Kooperationsformen (öffentlich-privat, interkommunal, international)	-10
Dipl.-Ing. Christa Böhme Integrierte Stadtentwicklung, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, Naturschutz, Landschaftsplanung	-291	-261	Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider Kommunale Investitionen, PPP, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung	Anna Hogrewe-Fuchs Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	-16
Privatdozent Dr. Arno Bunzel Öffentliches Bau- und Planungsrecht, Raumrelevantes Umweltrecht	-238	-198	Dipl.-Sozialwiss. Antje Seidel-Schulze Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung, Stadtentwicklung, Statistik	Dipl.-Geogr. Franziska Kausch Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	-11
Dipl.-Geogr. Thomas Franke Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, Sozialraumorientierung	-107	-203	Dipl.-Ing. Andrea Wagner Planung und Aktivierung von Gewerbeflächen		

Abkürzungsverzeichnis

AB1	Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht
AB2	Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen
AB3	Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr
AB4	Abteilung Köln
AB5	Arbeitsbereich Fortbildung
AB7	Arbeitsbereich Information und Dokumentation
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AFET	Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Hannover
AGfJ	Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
AGGSE	Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung
AK NVP	Arbeitskreis Nahverkehrsplanung
AKQuF	Arbeitskreis Quartiersforschung
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover
ARSU	Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH, Oldenburg
ASD	Allgemeiner Sozialer Dienst
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BauGB	Baugesetzbuch
BBSR	Bundesamt für Bauwesen, Stadtentwicklung und Raumordnung, Bonn/Berlin
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn/Berlin
BBU	Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen
BfN	Bundesamt für Naturschutz, Bonn
BIN	Bürger initiieren Nachhaltigkeit
BIWAQ	ESF-Bundesprogramm Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier
BKK	Betriebskrankenkasse
BKR	Büro für Kommunal- und Regionalplanung, Aachen
BM	Bürgermeister
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin/Bonn
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin/Bonn
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn/Berlin
BMF	Bundesministerium der Finanzen, Berlin/Bonn
BMFSJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
BMG	Bundesministerium für Gesundheit, Bonn/Berlin
BMI	Bundesministerium des Innern, Berlin/Bonn
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin/Bonn
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin/Bonn
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin/Bonn
BPPP	Bundesverband Public Private Partnership, Hamburg
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln
COST	European Cooperation in Science and Technology
DASL	Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung
DE	Dokumentationseinheiten
DGfG	Deutsche Gesellschaft für Geographie, Berlin
DfK	Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften
DFN	Deutsches Forschungsnetz
DGfG	Deutsche Gesellschaft für Geographie, Berlin
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin/Köln
DJI	Deutsches Jugendinstitut, München
DNS	Domain Name System
DST	Deutscher Städtetag, Berlin/Köln
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin/Bonn
DVWG	Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft
EA	Einheitlicher Ansprechpartner
ETI	Energie Technologie Initiative

Abkürzungen

ElektroG	Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten
EMF	Elektromagnetische Felder
E-x-AKT	Institut für Empirische und Aktuelle Wirtschaftsforschung, Berlin
ExWoSt	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau
FGSV	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Köln
FHTW	Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin
FHVR	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin
GEFAK	Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung mbH, Marburg
GEL	Gasentladungslampen
GRW	Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
HAGE	Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung e.V., Marburg
IBA	Internationale Bauausstellung
lfl	Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig
lfs	Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, Berlin
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
IL	Institutsleitung
IMS	Informationen zur modernen Stadtgeschichte
INFA-ISFM	Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur – Management GmbH, Ahlen
IRB	Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau, Stuttgart
IRS	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner
ISFM	Institute für Site und Facility Management, Ahlen
ISR	Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin
IT	Informationstechnologie
IWW	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung, Mülheim an der Ruhr
IZMF	Informationszentrum Mobilfunk, Berlin
JAS	Verein für baukulturelle Bildung „JAS – Jugend-Architektur-Stadt e.V.“
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Köln
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
kommDEMOS	Difu-Datenbank „Kommunale Demoskopie“
KOSIS	Verbund Urban Audit Deutschland
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
MASGF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie des Landes Brandenburg, Potsdam
MWME	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW
MORO	Modellvorhaben der Raumordnung
NEA	NEA Transport research and training, Zoetermeer, Niederlande
netWORKS	Socio-Ecological Regulation of Network-Related Infrastructure Systems
NRW	Nordrhein-Westfalen
NST	Niedersächsischer Städtetag
NVP	Nahverkehrsplan
NZFH	Nationales Zentrum frühe Hilfen, Köln
OPL	One-Person-Libraries
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ORLIS	Difu-Datenbank „Orts-, Regional- und Landesplanungsinformationssystem“
PL	Projektleiter
PPP	Public Private Partnership
PRAC	Policy Research & Consultancy
PwC	PricewaterhouseCoopers
REFINA	Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement
RICARDA	Regional Intellectual Capital Reporting – Development and Application of a Methodology for European Regions
RSBK	Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH, Frankfurt am Main

RVR	Regionalverband Ruhr, Essen
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
RWTH Aachen	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
SAN	Storage Area Networks
SEBI	Senatsbibliothek Berlin
SPSS	Statistical Product and Service Solution; Statistikprogramm für Sozialwissenschaften
TA	Technikfolgenabschätzung/Technology Assessment
TU	Technische Universität
TUB	Technische Universität Berlin
U.A.N.	Kommunale Umwelt-Aktion
URBADOCS	Online-Datenbankportal der Vereinigung URBANDATA
URBALINE	Internationale Literatur-Datenbank (englisch)
URBAMET	Association des professionnels de l'urbanisme, de l'habitat et des déplacements, Frankreich
URBANDATA	Europäische Vereinigung für Forschung und Information zur Urbanistik
URBATERR	Internationale Literatur-Datenbank (spanisch)
VDS	Verband Deutscher Städtestatistiker, Nürnberg
VfK	Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin
VMZ	Verkehrsmanagementzentrale
VPK	Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V.
VWSG	Vereinigung der Wirtschaftsförderer Süddeutscher Großstädte
WEEE	Directive on Waste Electrical and Electronic Equipment – europäische Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte
WHO	World Health Organization
WIK Consult GmbH	Wissenschaftliches Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste, Bad Honnef
ZAM	Zentrales Adressmanagement
ZIA	Zentraler Immobilien-Ausschuss

Abkürzungen